STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19180316

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg – Carl von Ossietzky –
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 64. Sonnabend, den 16. März 1918. 32. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Bezugspreis: durch die Austräger wöchentlich 40 ₰, monatlich ℳ 1,75, vierteljährlich ℳ 5,20 frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 6 ₰, bei den Straßenhändlern 10 ₰, Sonntagsnummer 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 45 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 25 ₰ zuzüglich 20 v.Ht. Teuerungszuschlag. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 4 Uhr nachm.), in den Filialen (bis 3 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen — Buchhandlung, Erdgeschoß, Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock, Fehlandstr. 11.

Vor schwersten Entscheidungen.

Niemand wird ohne innere Bewegung gelesen haben, was unser Kriegsberichterstatter Dr. Köster am Schlusse seines Berichts über die Unterredung mit den Oberbefehlshabern der deutschen Armee sagte: sobald der Hebel an der riesenhaften Präzisionsmaschine angedreht ist, wird eine furchtbare Bewegung die Erde Europas erschüttern. „Der Angriff soll — wie es an anderer Stelle des Berichts heißt — eröffnet werden, wenn die Umstände es zwingend erfordern; er wird aus einem verantwortungsvollen inneren Muß entspringen, er wird erst dann beginnen, wenn volle Sicherheit über den Erfolg besteht, aber er wird auf alle Fälle so erfolgen, daß ein Vergleich mit früheren Offensiven nicht möglich ist. Noch wartet die verantwortliche Heeresleitung, ob es unbedingt zu dieser Entscheidung kommen muß. Doch gilt schließlich auch hier, was für den Osten gesagt wurde: Wenn ein Verständigungsfriede nicht möglich ist, bleibt allein der Appell an die Waffen. Das will heißen, daß es die Regierungen der Westmächte noch immer in der Hand haben, die „sinnlose Entscheidung der Gewehre und Kanonen", wie Lloyd George seiner selbst spottend den Krieg genannt hat, zu umgehen und Europa die Aufrürmung einer neuen Schädelpyramide zu ersparen. Wird man im Lager der Entente diese Warnung verstehen? Wird man die vielleicht nur noch kurze Frist, die vom Ausbruch der Katastrophe trennt, zur Anbahnung von Verhandlungen ausnützen? Es hat leider nicht den Anschein. Das Ultimatum an Holland, in dem der Vierverband die Auslieferung des gesamten Schiffsraumes für Fahrten zu seinen Gunsten fordert, allerdings gegen reichliche Bezahlung und „Ersatz der torpedierten Schiffe nach dem Kriege", kann leicht zu einer solchen Verschärfung der Situation führen, daß jenes innere Muß herausspringt, durch das der Hebel zur letzten furchtbaren Kraftprobe angedreht wird.

Holland hat alles getan, seine Neutralität ehrlich durchzuführen, aber es ist seinem Schicksal nicht entgangen, das es in eine ganz ähnliche Lage zu bringen droht, wie Griechenland. Von seinen rund 1 400 000 Tonnen Schiffsraum soll es nur 900 000 Tonnen für seinen eigenen Handel mit Indien und den Ländern der Entente behalten, die übrigen 500 000 nehmen die Alliierten für Kriegszwecke in Anspruch. Wenn es sich nicht bis zum 15. März bereit erklärt, die Bedingungen der Alliierten anzunehmen, sollen seine Schiffe, soweit sie sich im Machtbereich Englands und Amerikas befinden, beschlagnahmt und die Getreidelieferungen an Holland eingestellt werden. Das ist laut „Associated Preß" von England und Amerika der holländischen Regierung ausdrücklich mitgeteilt. Eine wundervolle Illustration zu Lloyd Georges neuester Rede über die selbstlose Kriegführung Großbritanniens zur Befreiung der Nationen. Es hat lange gedauert, ehe sich die Entente entschloß, in dieser brutalen Form Holland die Daumenschrauben anzusetzen, aber die Schiffsverluste infolge des Unterseekrieges müssen doch so einschneidend sein, daß man nun zu diesem äußersten Mittel greift, um alles, was an Schiffsraum noch irgend vorhanden ist, in die Hand zu bekommen. Auch auf Schweden soll ein ähnlicher Druck ausgeübt worden sein, ohne daß es freilich eines Ultimatums bedurfte, weil die schwedische Tonnage schon in aller Stille an England verkauft worden ist. Nicht so leicht kann sich Holland, selbst wenn es wollte, dem Verlangen der Entente fügen. Es muß mit seiner geographischen Lage, mit der unmittelbaren Nachbarschaft Deutschlands rechnen, das Hollands Einwilligung in das Vierverbands-Ultimatum als Bruch der Neutralität auffassen und Holland fortan als feindliches Gebiet auffassen würde. Was das für den kleinen Staat bedeuten würde, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Unter Umständen kann die Entscheidung Hollands über das Ultimatum den Gang der Ereignisse derart beeinflussen, daß das Wort sich noch erfüllt, wonach der Krieg erst dann zu Ende geht, wenn es keinen Neutralen mehr gibt.

Nahe daran sind wir schon. Und wenn es der Entente gelänge, den Rest der Neutralen auf ihre Seite zu ziehen, sie würde gewiß nicht zögern, selbst das Zeichen zum Angriff zu geben, um Deutschland doch noch niederzuringen. Unter diesem Gesichtspunkt muß letzten Endes auch der Frieden im Osten mit seinen anscheinend verfehlten und übereilten Maßnahmen betrachtet werden. Solange der Kriegswille noch vorwaltet, werden beide kriegführenden Parteien versuchen, die unterworfenen Länder an freier Bewegung zu hindern, um zu verhüten, daß sie vom Gegner in Beschlag genommen werden, der sich, wie das Vorgehen gegen Holland zeigt, nicht im geringsten durch Rücksichten auf Neutralität und Selbstbestimmungsrecht davon abhalten läßt, das zu tun, was ihm Vorteil verspricht.

In der letzten entscheidenden Phase des Krieges kehren noch einmal die Momente aus der Zeit unmittelbar vor Kriegsausbruch wieder, in denen das Schicksal der Völker an einem Faden hing. Auch damals ging es um Neutralitätsfragen, die neuerdings durch den französischen Minister Pichon wieder aufgerührt worden sind, als er jenes jetzt erst entzifferte Geheimtelegramm des deutschen Reichskanzlers an den deutschen Botschafter v. Schoen in Paris mitteilte, worin angeordnet war, daß im Falle der französischen Neutralitätserklärung Deutschland die Besetzung der Festungen Toul und Verdun für die Dauer des deutsch-russischen Krieges beanspruchen würde. Der verantwortliche Absender des Telegramms, Herr v. Bethmann Hollweg, hat sich dem Vertreter eines Münchener Blattes gegenüber zu dieser Sache geäußert und im wesentlichen folgendes ausgeführt:

„In Frankreich meint man, das Telegramm sei ein Zeugnis dafür, daß wir es gewesen seien, die den Krieg gewollt hätten. Diese Vorstellung schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Mit der russischen Mobilmachung, mit der Weigerung Rußlands, sie rückgängig zu machen, war der Krieg da. Wir waren in den Krieg hineingezwungen, und unsere einzige Sorge, unsere einzige Pflicht konnte nur mehr sein, alles zu tun und alles anzuspannen, damit wir nicht unterlägen. Daß wir nicht allein gegen den russischen Mobilmacher, sondern auch gegen Frankreich zu fechten hätten, daran konnte im Ernst kein Mensch zweifeln. Das russisch-französische Bündnis, auch wenn sein Wortlaut heute noch nicht veröffentlicht ist, hatte in der gesamten Politik beider Länder während der letzten Jahrzehnte genugsam gezeigt, daß jeder Krieg für uns ein Zweifrontenkrieg sein würde, und zum Ueberfluß sagen es ja die eigenen Veröffentlichungen unserer Feinde über die Vorgänge im Juli 1914 selbst, daß Rußland sich des Beistandes Frankreichs vergewissert hatte, als es den österreichisch-serbischen Konflikt zum Kriegsanlaß nahm. Ohne diese Gewißheit und zugleich ohne die berechtigte Erwartung, daß auch Englands Kriegshilfe nicht ausbleiben werde, hätte Rußland nimmermehr zum Schwert gegriffen. Ueber diese Sachlage war ich nicht im geringsten Zweifel, als die Instruktion an den Botschafter Baron v. Schoen abging, aber gerade um deswillen durften wir die Eventualität nicht unberücksichtigt lassen, daß Frankreich etwa eine provisorische, für die Dauer aber nicht verläßliche Neutralitätserklärung abgeben sollte. Gegenüber der erdrückenden Uebermacht der uns gegenüberstehenden Koalition wären wir nach dem Urteile unserer maßgebenden militärischen Instanzen in eine völlig unhaltbare Lage geraten, wären wir von vornherein dem Untergange preisgegeben gewesen, wenn, nachdem der Krieg einmal da war, die Feinde uns auch noch das Gesetz des militärischen Handelns diktiert hätten. Hätte Frankreich unter dem Schutze einer scheinbaren anfänglichen Neutralität seine Vorbereitungen bis aufs Letzte beendet, um dann in einem ihm günstigen Augenblick, wo wir im Osten tief engagiert gewesen wären, über uns herzufallen, nun — ich brauche nicht auszuführen, in welche verzweifelte Lage wir geraten wären. Nur eine mit sicheren Garantien umgebene Neutralität konnte uns davor schützen. Eine solche Garantie aber war wiederum nach dem Urteile der zuständigen militärischen Instanzen nur gegeben, wenn in den Gürtel der uns vorgelagerten Festungen und Sperrforts ein Loch gesprengt wurde. Am Vaterlande hätte ich mich in seiner höchsten Not versündigt, wenn ich über dieses militärische Urteil hinwegegangen wäre.

Nun, die Haltung Frankreichs hat es dahin gebracht, daß seine Neutralität nicht aktuell wurde, daß die Frage nach ihrer Garantierung in den durch die Instruktion vom 31. Juli vorgesehenen Formen überhaupt nicht zur Erörterung kam. Aber ich möchte die französischen Staatsmänner, die von dieser Instruktion jetzt so viel Aufhebens machen, daran erinnern, daß Deutschland in den darauf folgenden Tagen noch eine andere Form der Neutralitätsgarantie vorgeschlagen hat, eine Form, die längst durch offizielle Publikationen bekannt gemacht ist und die sich nicht auf eine gar nicht ausgeführte Instruktion bezieht. Als sich uns die leider auf einem Mißverständnis beruhende Aussicht eröffnete, daß der Krieg durch Dazwischentreten Englands auf den Osten lokalisiert werden könne, haben wir ausdrücklich erklärt, daß uns eine von Frankreich erklärte Neutralität völlige Gewähr biete, falls sie von England garantiert werde. Nichts kann schärfer und unzweideutiger dartun, daß wir es auf keinerlei der Ehre Frankreichs zu nahe tretende Haltung, geschweige denn auf einen Ueberfall Frankreichs abgesehen hatten, daß wir vielmehr bis zum letzten Augenblick zu allem bereit waren, was diese Weltkatastrophe abwenden konnte.

Aus dieser Darlegung geht zweierlei deutlich hervor: die französischen Vorwürfe, daß Deutschland durch ein entehrendes Ansinnen Frankreich zum Kriege gezwungen habe, sind unbegründet, da jenes Ansinnen im Juli 1914 gar nicht gestellt worden ist; daß es aber für einen bestimmten, unwahrscheinlichen Fall in Bereitschaft gehalten wurde, kam daher, daß die politische Reichsleitung sich der militärischen Heeresleitung unterordnen mußte. Nicht um Vergangenes braucht man also zu streiten, sondern höchstens darum, ob es auch in Zukunft so bleiben soll, daß in den Stunden, wo über Krieg oder Frieden entschieden wird, die politische Leitung sich der militärischen unterzuordnen hat. Aus der Tatsache, daß die deutsche Heeresleitung vor der Entscheidung, die jetzt in ihre Hand gelegt ist, eine Haltung einnimmt, die deutlich zeigt, daß dem Gegner Zeit gelassen wird, sich zu besinnen, ob sie die Verständigung der furchtbaren Entscheidung durch die Waffen vorziehen wolle, möchten wir schließen, daß diesmal die politische Tragweite der Entschlüsse ihre Berücksichtigung findet. Aber dringend notwendig wäre es, noch vor dem Auftauchen neuer Friedensmöglichkeiten Garantie dafür zu schaffen, daß neben der militärischen und politischen Reichsleitung auch die Volksvertretung und insbesondere die Arbeitervertreter Einfluß auf die Formulierung der Friedensbedingungen gewinnen.

Deutscher Heeresbericht.

Amtlich. WTB. Großes Hauptquartier, 15. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die tagsüber schwache Artillerietätigkeit verstärkte sich vor Einbruch der Dunkelheit in wenigen Abschnitten. Während der Nacht lebte sie in Verbindung mit eigenen und feindlichen Erkundungsvorstößen vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Blinkstelle der Franzosen auf der Kathedrale von Reims wurde erneut in Tätigkeit beobachtet. Heftiges Zerstörungsfeuer lag von Mittag an auf unseren Stellungen nördlich und nordöstlich von Prosnes. Starke französische Abteilungen, die am Abend in breiter Front vorstießen, konnten nur westlich von der Straße Phuizy—Nauroy in unserem vorderen Graben Fuß fassen; im übrigen wurden sie im Nahkampfe zurückgeworfen.

Auf dem östlichen Maasufer hielt tagsüber gesteigerte Feuertätigkeit an.

Osten.

Feindliche Banden, die in der Ukraine die von Gomel—Kiew nach Bachmatsch führende Bahn bedrohten, wurden in mehrfachen Kämpfen zerstreut. Bachmatsch wurde besetzt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Der Unterseebootskrieg.

Amtlich. WTB. Berlin, 15. März.

Im Sperrgebiet um England, vorwiegend im Aermelkanal, fügten unsere U-Boote den Gegnern neuerdings einen Verlust von

20 000 Brutto-Register-Tonnen

Handelsschiffsraum zu. — Alle versenkten Schiffe, darunter drei wertvolle Dampfer von 4000 bis 5000 Brutto-Register-Tonnen, waren bewaffnet und größtenteils stark gesichert. Namentlich festgestellt wurde der tiefbeladene französische Dampfer „Senegambie", 1628 Brutto-Register-Tonnen.

Den Hauptanteil an den Erfolgen hatte Kapitänleutnant Wiebeg.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Feindliche Fliegerangriffe auf das Heimatgebiet.

Wolffs Bureau meldet: Unsere Gegner unternahmen im Februar 23 Luftangriffe auf das deutsche Gebiet, davon richteten sich 13 gegen das lothringisch-luxemburgische und Saar-Mosel-Industriegebiet. Sie riefen in keinem Falle Betriebsstörungen hervor; meist kamen die Flugzeuge dank der Abwehrmittel nicht an die Werke heran. Von den übrigen zehn Angriffen galten drei Angriffe Trier, je ein Angriff Saarbrücken, Offenburg i. B., Wehlen a. d. Mosel, Ludwigshafen, Zweibrücken, Mannheim, Pirmasens. Während militärischer Schaden hier nicht verursacht werden konnte, war der Schaden an Häusern und Privateigentum mehrfach nicht unerheblich. Im ganzen fielen den Angriffen 12 Menschenleben zum Opfer; 15 Personen wurden schwer und 21 leicht verletzt. Ein feindlicher Doppeldecker fiel in unsere Hand.

Oesterreichische Ministererklärungen über die Kriegslage.

Entlassung der ältesten Landsturmjahrgänge.

In Wien fand eine Besprechung der Klubobmänner aller Parteien des Abgeordnetenhauses über die Frage der Entlassung der ältesten Landsturmjahrgänge statt. Ueber den Verlauf der Besprechung verlautet: Der Landesverteidigungsminister Czapp erklärte, die Ansicht, durch die Entlassung der Ostfront könne mit Beurlaubungen im weitesten Maße gerechnet werden, sei in tatsächlichen Verhältnissen nicht begründet. Man könne nicht alle an der Ostfront stehenden Formationen von dort abziehen, weil die gegenwärtigen Verhältnisse im Osten dies noch nicht zulassen. Anderseits zeige auch der Gegner an der Südwestfront noch gar keine Absicht, eine Annäherung zu den Friedensverhandlungen zu bekunden. Der Minister teilte einen kaiserlichen Armeebefehl über die Entlassung der Landsturmjahrgänge 1867, 1868 und 1869 mit und fügte hinzu, daß die Mannschaften der Jahrgänge 1870 und 1871 nach Maßgabe der aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden tauglichen Kriegsgefangenen jüngerer Jahrgänge aus der Front gezogen und im Hinterlande verwendet werden sollen.

Der Armeebefehl lautet: Ich befehle, daß die den Geburtsjahrgängen 1867, 1868 und 1869 angehörenden und zum Landsturmdienste herangezogenen Personen und die 1867, 1868 und 1869 geborenen Angehörigen der landsturmpflichtigen Körperschaften sowie jene Personen dieser Jahrgänge, die im Wege der freiwilligen Assentierung in das gemeinsame Heer und die Kriegsmarine oder in Landwehren auf Kriegsdauer eingetreten sind, insofern sie nicht selbst um Wiederbelassung im aktiven Militärdienste bitten, mit Ausnahme der Gagisten des Ruhestandes und des Verhältnisses außer Dienst, wie folgt zu beurlauben: 1. Die vorbezeichneten Angehörigen aus den Geburtsjahrgängen 1867 mit Beginn am 15. März, Endtermin Ende Mai 1918. 2. Die Angehörigen des Geburtsjahrganges 1968 mit Beginn am 1. Juni, Endtermin am 15. September. 3. Die Angehörigen des Geburtsjahrganges 1869 mit Beginn am 16. September, Endtermin am 31. Dezember 1918.

Im Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses kündigte Minister Czapp folgende weitere Maßnahmen an: Nach Maßgabe des Umfanges der Heimkehrbewegung erfolgt die successive Durchführung der Beurlaubung weiterer Jahrgänge im Anschluß an die Beurlaubung der Jahrgänge 1869. Die successive Beurlaubung wird mit dem Gefangenenaustausch derart in Zusammenhang gebracht werden, daß einzelne Jahrgänge entsprechend dem Fortschreiten des Gefangenenaustausches der Volkswirtschaft rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden. Die Militärverwaltung wird bestrebt sein, die jeweils im Alter an die zur Beurlaubung gelangenden Jahrgänge sich anschließenden nächst älteren Landsturmjahrgänge aus der Front herauszuziehen, so daß die denselben Angehörenden zur Verwendung im Etappenbereich oder dem Hinterlande zugeführt werden. Ferner wurden Verfügungen getroffen, um alle Frontdienstuntauglichen, welche im Hinterlande verwendet werden oder infolge verminderter Arbeitsfähigkeit tatsächlich entbehrlich sind, in das Zivilverhältnis zurückzuversetzen. Auch wurde die Durchführung aller Superarbitrierungen strengstens verboten. Der Minister richtete an den Ausschuß einen Appell, nicht außer acht zu lassen, daß wir uns, wenn auch eine unserer Fronten dank der großen Erfolge unserer und der verbündeten Armeen mehr oder weniger entfallen sei, noch immer im Kampfe um unsere Existenz mit dem Gegner befinden, der uns zahlenmäßig überlegen ist und bedauerlicherweise bisher nicht im geringsten Neigung zeigte, auf einen Verständigungsfrieden einzugehen. Der militärische Krieg tobt weiter an den verbleibenden Fronten in unverminderter Heftigkeit. Auch ihn müssen wir unter allen Umständen durchhalten. Weniger denn je darf im Kriege eine Armee verdorren. Die Militärverwaltung verschließt sich nicht den Wünschen der Bevölkerung, muß aber anderseits auch darauf rechnen können, daß die militärischen Bedürfnisse nicht in den Hintergrund gestellt werden. Sie darf um so mehr Anspruch darauf erheben, als es sich um ein Volksheer handelt. Der Minister sprach sich dann gegen sämtliche Abänderungsanträge aus.

Panamerikanische Bestrebungen.

Der „Temps" meldet aus Buenos Aires: Die brasilianische Regierung wird in Uebereinstimmung mit der Regierung der Vereinigten Staaten eine Konferenz der südamerikanischen Nationen nach Panama einberufen zur Festlegung einer panamerikanischen Verständigung während und nach dem Kriege.

Vom Seekrieg.

Aus Ymuiden wird berichtet, daß elf holländische Fischerlogger aus Katwijk, Scheweningen und Maassluis überfällig sind.

„Progres de Lyon" meldet: Der ehemalige deutsche Dampfer „Virginia" und jetzige amerikanische Dampfer „Jason" ist auf der Ueberfahrt nach Frankreich von einem deutschen U-Boot durch Granattreffer schwer beschädigt, konnte aber den nächsten französischen Hafen erreichen.

Die britische Schiffsbaufrage.

Archibald Hurd faßt im „Daily Telegraph" die britische Schiffahrtslage folgendermaßen zusammen: Großschiffe, zu durchschnittlich 5000, Kleinschiffe zu 1000 Tonnen angenommen, verloren wir im Vorjahr 4½ Millionen. Wir ersetzten durch Bau und Ankauf 1½ Millionen und erlitten somit einen Netto-Verlust von 20 pZt. unserer Gesamttonnage. Im Januar und Februar waren trotz aller Reorganisation und optimistischen Reden die Bauergebnisse nicht besser als im Vorjahre. Der neutrale Schiffsmarkt ist so gut wie erschöpft. Von internierten feindlichen Schiffen ist kaum noch etwas zu erwarten. Die Vereinigten Staaten und die anderen Länder können uns, wie Geddes zugab, nicht sofort beispringen. Anderseits können unsere Lebensmittelrationen nicht weiter gekürzt werden, ohne die Moral und die physische Widerstandskraft des Volkes zu beeinträchtigen. Hurd betont, daß jedes jetzt verlorene Schiff einen Verlust an dem stark verminderten Bestand bedeute und daher verhältnismäßig viel empfindlicher sei als früher und an prozentualer Schwere zunähme, bis die Schiffsbaustockung durch radikale Maßnahmen beseitigt werde. Er schiebt die Schuld der Leitung des Schiffsbaues durch Nichtfachmänner, wie Geddes und Anderson, zu, von denen der erstere ein tüchtiger Eisenbahndirektor, der letzte vielleicht ein guter Reeder sei, die aber beide von dem Schiffsbau nichts verständen. Die Sturmglocke, sagt Hurd, wurde jetzt geläutet, jedermann fängt jetzt an zu verstehen, daß die Pläne entweder schlecht waren, oder, wenn sie gut waren, versagt haben; während dessen zerstört der Feind weiter unsere Schiffahrtskraft, die unsere wesentliche Kampfkraft ist, ohne welche die Marine, das Heer, die Munitionsversorgung, die Verpflegung und alles andere der Erschöpfung entgegengehen müsse. Der Schreiber schließt: Wenn die gegenwärtige Lage gebessert werden soll, müssen sofort durchgreifende Neuordnungen vorgenommen, die Beziehungen zwischen Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinfacht und taktvoll an die Meister und Leute appelliert werden, daß alles, wofür wir kämpfen, von ihren Anstrengungen in den nächsten paar Monaten abhängt.

Englische Drohungen gegen Deutschland.

Der Präsident der nationalen Gewerkschaften der Seeleute und Heizer, Havelock Wilson, erklärte in einer Versammlung in London über den U-Bootkrieg, die Deutschen würden für ihre Verbrechen gegen die Neutralen und die Engländer gestraft werden. Im Falle einer internationalen Konferenz würde kein Mitglied der Gewerkschaften zustimmen, Delegierte über See zu befördern, um mit den Delegierten aus Deutschland zusammenzutreffen. Außerdem würde ein zweijähriger Boykott verhängt werden, der für jedes begangene Verbrechen um einen Monat verlängert werden würde. Dieser Boykott erreichte bereits eine Dauer von fünf Jahren vier Monaten und würde nur dann rückgängig gemacht werden, wenn die Deutschen eine Mäßigung zeigten.

Der Arbeitsminister erklärte am 13. März in einer Versammlung in Manchester, daß nach dem Kriege die Rohstoffe, über welche die Alliierten verfügten, den Mittelmächten nicht zugängig gemacht würden.

Zum Frieden mit Rumänien.

Der Führer der konservativen Partei, Alexander Marghiloman, der bekanntlich im besetzten Gebiet verblieb, äußerte sich dem Vertreter der Zeitung „Actionnea Romana" gegenüber über die Friedensfrage u. a. folgendermaßen: Je früher wir Frieden geschlossen hätten, desto größere Vorteile hätten wir gehabt. Je länger wir den Friedensschluß hinausziehen, desto schwieriger wird die Lage. Ich habe von Anfang an meine Meinung über die Lage geäußert, trotzdem wurde Krieg gemacht. Wir müßten den Augenblick suchen, Friedensverhandlungen zu beginnen, damit es nicht spät werde. Am 2. Januar, als die Friedensverhandlungen mit Rußland in Brest-Litowsk begannen, warnte ich die Regierung Bratianus durch eine Denkschrift, die ich durch Vermittlung des Herrn Arions durch die Front sandte. Mein Vorschlag wurde jedoch nicht in Erwägung gezogen, obwohl er logisch begründet war, zumal Rußland, auf dessen Veranlassung hin wir den Waffenstillstand geschlossen hatten, die Friedensverhandlungen begannen. Die Ereignisse sind aus den Frieden der Ukraine zu ersehen, die ein Maximum an Vorteilen sich sicherte, weil sie damals unterhandelte.

Die Ukraine und Schweden.

„Nya Daglight Allehanda" melden, daß demnächst eine ukrainische Delegation in Stockholm erwartet werde, um die Anerkennung der Ukraine durch Schweden nachzusuchen.

Türkischer Kriegsbericht.

WTB. Konstantinopel, 15. März. Der amtliche Tagesbericht meldet u. a.: Ein feindlicher Zug, der im Jordan-Tal auf Mackera vorgehen wollte, wurde verlustreich abgewiesen. In Trapezunt fielen 82, in Erzerum bis jetzt 32 Geschütze, in Manchatum 18 Minenwerfer in unsere Hand. Armenier in Stärke von 2600 Mann mit sechs Maschinengewehren und 240 Reitern griffen am 11. März unsere in Achlat und Karrutsch befindlichen Truppen an; sie wurden verlustreich abgeschlagen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Der Reichskommissar für die Ostgebiete, Ministerpräsident z. D. Dr. Graf von Keyserling, ist zum Kommissar des Reichskanzlers für die Bearbeitung der Angelegenheiten von Litauen, Kurland und die übrigen östlichen Gebiete mit Ausnahme Polens berufen worden. Graf Keyserling soll alle politischen Angelegenheiten, die mit der Entwicklung dieser Länder zukünftiger Gestaltung und ihrem Verhältnis zu Deutschland zusammenhängen, unter der direkten Verantwortlichkeit des Reichskanzlers bearbeiten.

Der „Lokal-Anzeiger" berichtet aus dem Haag: „Times" meldet aus Valparaiso: Graf Luxburg ist heute hier eingetroffen.

Die türkische Kammer bewilligte auf Vorschlag des Marineministers Deschemal Pascha, der die dringliche Behandlung verlangte, einen außerordentlichen Marinekredit von einer Million Pfund.

Allgemein-politische Nachrichten.

Der Bankerott der „Unabhängigen" in Niederbarnim.

Als bei der Nachwahl für Liebknecht in Potsdam-Osthavelland der Genosse Stahl mit 15 000 Stimmen gegen 5000, die auf Dr. Mehring fielen, gewählt war, sagten die Wortführer der Unabhängigen: der Regierungssozialist ist mit bürgerlicher Hilfe gewählt worden. Alle Darlegungen, alle Nachweise, daß bürgerliche Hilfe nicht nötig gewesen und auch gar nicht in dem behaupteten Umfang gewährt sei, nützten nichts. Man konnte ja das Gegenteil nicht beweisen. In Niederbarnim ist die Sache anders gelaufen. Hier hat die Entwicklung des Wahlkampfes und das Ergebnis der Wahl die Möglichkeit geschaffen, ganz genau und unwiderleglich den Bankerott der Unabhängigen festzustellen. Die Bürgerlichen haben hier nicht Gewehr bei Fuß gestanden, sondern sie haben selbst drei Kandidaten aufgestellt: einen Fortschrittler, einen im Kreis eingesessenen und sehr beliebten Nationalliberalen und einen Konservativen. Und sie haben kräftig und in umfangreicher Arbeit für diese drei Kandidaten agitiert, die dann auch rund 15 300 Stimmen auf sich vereinigten. Trotzdem hat Wissel mit 28 430 den Unabhängigen Dr. Breitscheid, der 18 640 Stimmen erhielt, um 9790 Stimmen überholt.

Und das in Niederbarnim, dem langjährigen Wahlkreis Arthur Stadthagens, der ihn den Unabhängigen zuführte und in ihrem Sinne unablässig ihn drei Jahre lang bearbeitet hat. Kaum ein Wahlkreis ganz Deutschlands bot wohl günstigere Möglichkeiten für die „Unabhängigen", wie dieser Kreis mit einem Stück Berlin-Ost und den östlichen Berliner Vororten. Und kaum eine Zeit war den Unabhängigen günstiger für ihre Agitation als diese Tage, in denen die Politik des 4. August 1914 ihre schwerste Belastungsprobe überstehen soll.

Aber dennoch hat der gesunde Sinn der Mehrheit der Arbeiter des Wahlkreises sich unter der alten in so manchem Kampf bewährten Fahne der sozialdemokratischen Partei zusammengefunden und sich gegen die unabhängigen Quertreiber entschieden. Das eröffnet die hoffnungsvollsten Ausblicke für die Zukunft der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die sich nicht von einer zwar sehr lauten, im Grunde aber ihrem Wesen nach ganz ohnmächtigen Minderheit von Schreiern vernichten lassen wird.

Das Wahlergebnis erfordert eine Stichwahl zwischen Wissel und dem „Unabhängigen", falls der nicht vorzieht, sich vor dem Stichwahltag einer anderen Partei anzuschließen. Er hat ja Uebung darin und hat einen entsprechenden Revers unterschrieben. Das Resultat der Stichwahl kann nicht zweifelhaft sein. Mögen selbst alle bürgerlichen Wähler zu Haus bleiben, der Sieg des Kandidaten der sozialdemokratischen Partei ist gesichert aus deren eigenen Kraft.

Der Reichskanzler gab sein Ehrenwort für Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen.

In der „Sozialen Praxis" teilt Professor Dr. Ernst Francke mit: Vor kurzem habe der Reichskanzler Graf Hertling zu ihm gesagt: „Ich stehe und falle mit dem gleichen Wahlrecht. Ich habe mein Wort verpfändet, und in meinem langen Leben bin ich niemals von meinem Worte gewichen."

Nun könnte man sich ja denken, daß der Reichskanzler, wenn er nicht mit dem gleichen Wahlrecht stehen kann, eben damit fallen würde. Aber jedenfalls darf man annehmen, daß er mit äußerster Entschiedenheit erst versuchen wird, das gleiche Wahlrecht durchzusetzen. Und hat er diese Entschiedenheit, so kann es nicht fehlen.

Neuer Arbeitsplan des Reichstags.

Der Aeltestenrat des Reichstages trat Freitag abermals zu einer Besprechung zusammen und änderte den gestern gefaßten Beschluß dahin: Der Friedensvertrag mit Rußland und Finnland soll nicht am Dienstag, sondern schon Montag die Vollversammlung des Reichstages beschäftigen. Vorausgehen soll die erste Lesung des Etatnotgesetzes und die Beratung des Berichtes des Hauptausschusses, betreffend den Erlaß der Bundesratsverordnung zur Ueberwachung der Geschäftsbücher und Preisunterlagen sämtlicher für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe. Die für morgen vorgesehene Beratung der auswärtigen Fragen im Hauptausschuß des Reichstags soll in vertraulicher Aussprache erfolgen.

Beschlüsse des Reichshauptausschusses, betreffend Sparsamkeit bei Heereslieferungen.

Der Hauptausschuß des Reichstags beriet abermals die Frage der Heereslieferungen. Dabei wurden wiederum die Fälle Daimler und v. Behr-Pinnow erörtert. Schließlich wurden folgende Anträge einstimmig angenommen: In sämtlichen für den Heeresbedarf arbeitenden Betrieben die Geschäftsbücher und andere für die Berechnung der Preise maßgebende Unterlagen überwachen zu lassen, alsbald bei sämtlichen zentralen Beschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine Preisprüfungsstellen einzurichten und eine Zentralprüfungsstelle der Kriegslieferungen zu schaffen, die die Tätigkeit aller einzelnen Prüfungsstellen überwachen soll. Zurückgezogen wurde der Antrag, die für den Heeres- und Marinebedarf arbeitenden Be-

triebsleitungen zu militarisieren und diesen Betrieben für die Zeit der Militarisierung nur solche Preise zu zahlen, die eine Verzinsung des investierten Kapitals zu 5 pZt. gestatten.

Die Reichstagsmehrheitsparteien zur kurländischen Frage.

Bei der Besprechung, die Anfang der Woche die Vertreter der Mehrheitsparteien mit dem Reichskanzler hatten, sind namentlich die Ostfragen behandelt worden. Dabei sprachen sich die Vertreter der Mehrheit in der kurländischen Frage entschieden gegen eine Personalunion mit einem anderen deutschen Staat aus. Nicht ganz ohne Zusammenhang damit dürfte es sein, daß der Kaiser wohl dem kurländischen Landesrat für seine Begrüßung gedankt, auf das Angebot der Herzogskrone aber nicht erwidert hat.

Von den Leuten, die die Vaterlandsliebe gepachtet haben.

Konservative Agitation gegen die achte Kriegsanleihe.

Luckau in der Lausitz ist eine Domäne der konservativsten Konservativen, ein Herd der Alldeutschen. Das Mandat zum preußischen Abgeordnetenhaus hat ein Dr. Band, der der extremsten konservativen Richtung angehört. Dieser Dr. Band hat neulich einen „Mahnruf" erlassen, der in seiner Summe darauf hinauslief: wenn die Regierung sich nicht ausdrücklich verpflichte, einen Annexionsfrieden zu schließen, so sollten die kapitalkräftigen Bewohner des Kreises der neuen Kriegsanleihe gegenüber zurückhaltend sein. Dies landesverräterische Treiben eines preußischen Abgeordneten überbietet nach der „Freisinnigen Ztg." jetzt noch ein Artikel der „Neuesten Nachrichten" des Kreises Luckau. Es ist schon schlimm, wenn es da heißt: „Werden unsere Werbeleute auch jetzt wieder willigen Zeichnern gegenüberstehen? Jetzt, nachdem das Volk darüber aufgeklärt worden ist, wie groß unsere Reichsschuld ist und wie viel größer sie noch werden wird? Nachdem das Volk durch Pressenachrichten von einer Konfiskation des Vermögens bis zu 10 pZt. und noch mehr und andere Nachrichten beunruhigt worden ist? Zu diesen Nachrichten hat die Regierung geschwiegen, und das Volk sah in diesem Schweigen ein stummes Zugeständnis, und die Folgen werden sich bei der Zeichnung ersehen lassen."

Aber noch deutlicher wird der Artikelschreiber, wenn er sagt: „Früher konnten die Kriegsanleihewerber auf ängstliche Fragen wegen der Sicherheit mit voller Ueberzeugung antworten: „Keine Sorge, der Feind haftet uns dafür! Er soll die Last der Millionen als Last durch lange Jahre zu schleppen haben!" Was aber sollen sie jetzt antworten, jetzt, wo solche Fragen wohlberechtigt sind, jetzt, wo scheinbar diese schier erdrückende Last dem deutschen Volke aufgebürdet werden soll, aufgebürdet, ohne Notwendigkeit, nur aus Schonung gegen den besiegten, aber unversöhnten Feind! Wird das deutsche Volk sein Geld auch auf ein Achselzucken hin dem Staate ausliefern? Die Antwort darauf ist leicht gegeben und bedarf wohl kaum der Wiedergabe."

Und geschlossen wird, nachdem gesagt ist, wenn wir auch schließlich auf die Annexion von Landesteilen mit ihrem Völkergemisch verzichten, solle wenigstens der Feind in Gold zahlen und zu dieser Ansicht müsse sich die Regierung bekennen: „Man verweise die geplanten Konfiskationen ins Reich der Fabel und erkläre klar und bestimmt, welche Sicherheiten dem deutschen Volke gegeben werden. Geschieht das nicht, dann müssen wir die Aufstellung eines eigenen Rezeptes zur Geldbeschaffung anempfehlen."

Das ist deutlich! Bisher haben wir immer vernommen, daß Geld die vornehmste Munition im Kriege sei. Ob man nun den Hetzern, die die Schaffer dieser Munition in der höchsten Not des Vaterlandes zu einem Streik bewegen wollen, auch den Prozeß machen wird, wie vor einigen Wochen den streikenden Munitionsarbeitern?

Keine Versammlung der Vaterlandspartei.

In Nr. 51 des „Hamburger Echo" teilten wir nach einer Korrespondenz mit, daß in Striegau eine Versammlung der Vaterlandspartei stattgefunden habe, in der die Hälfte der Besucher dazu amtlich angeregte Soldaten gewesen seien. Wie jetzt festgestellt ist, war die betreffende Versammlung nicht von der Vaterlandspartei, sondern vom Aufklärungsausschuß des Generalkommandos einberufen. Der Privatdozent Leutnant Dr. Hennig hat in ihr gesprochen.

Mit dieser Feststellung fallen alle an den Bericht geknüpften kritischen Bemerkungen als unzutreffend hinweg.

Sozialdemokratischer Stadtrat in Königsberg.

Wie das „Berliner Tageblatt" aus Königsberg i. Pr. meldet, wurde der erste sozialdemokratische Stadtrat Ostpreußens, Borowski, in sein neues Amt eingeführt. Die Bestätigung des Regierungspräsidenten war nach der Wahl umgehend erfolgt.

Oesterreichisches Dementi zur Polenfrage.

Zu den gestern auch im „Echo" vermerkten Nachrichten über eine neue Lösung der polnischen Frage unter Zurückstellung der österreichisch-polnischen Lösung bemerkt die poln. Preßagentur in Wien, daß erste polnische Kreise in der österreichisch-polnischen Konzeption auch jetzt noch ein reales aussichtsreiches Programm für die Lösung der polnischen Frage erblicken. Wie die Polnische Preßagentur erfährt, wird von unterrichteter Seite hierzu bemerkt, daß von einer bevorstehenden Lösung der polnischen Gesamtfrage im Anschluß an die Berliner Besprechungen nicht die Rede sein könne.

Erhöhung der Mannschaftslöhne und Steuervorlagen in Oesterreich.

Das österreichische Abgeordnetenhaus nahm nach einer Meldung des Wiener k. k. Telegramm- und Korrespondenzbureaus in allen Lesungen den Antrag auf Erhöhung der Mannschaftslöhne, ferner die Vorlage auf Aenderung der Rentensteuer und Zuschläge zu den direkten Steuern an. Der Finanzminister Wimmer betonte den engen Zusammenhang der dem Hause unterbreiteten direkten und indirekten Steuern und trat für die Erledigung der Vorlage, betreffend die indirekten Steuern bis April, ein, was schon mit Rücksicht auf die im Mai auszugebende neue Kriegsanleihe notwendig ist. Wir können, sagte der Minister, die neue Kriegsanleihe mit Erfolg nicht auf den Markt bringen, wenn wir nicht für den Zinsendienst entsprechend vorsorgten. Die ehefte Erledigung der Steuervorlagen liege im allgemeinen Interesse der Volkswirtschaft.

Arbeiter! Parteigenossen!
Agitiert
für das „Hamburger Echo".

Tages-Bericht.

Freitag, den 15. März.

Hamburg.

Auch ein Erfolg der Anreizpolitik.

Wie groß der Reingewinn der Zuckerfabriken ist, ersieht man an folgendem Beispiel: Die Zuckerfabrik in Cannstatt verteilte für das vergangene Geschäftsjahr eine Dividende von 25 Prozent. Darin kommt aber noch lange nicht der ganze Profit zum Ausdruck, der so groß war, daß nach reichlichen Abschreibungen ein derartiger Rest verblieb, daß jedem Aktionär auf seine alte Aktie eine neue geschenkt werden mußte. „Nimmt man an", führt die „Schwäbische Tagwacht" aus, „der Kurswert der Aktie sei gleich ihrem Nennwert, so ergibt sich schon eine Dividende von 25 Prozent + 33⅓ Prozent, also insgesamt 58⅓ Prozent. Da aber die Aktien dieser Fabrik auf 540 stehen, so tragen je M. 3000 Nennwert zunächst die ausgeschriebenen 25 Prozent Dividende also M. 750. Zu dieser Summe kommt noch der Wert der neuen Aktien von M. 5400, und es ergibt sich ein Gewinnanteil von M. 6150 für M. 3000 Aktien. Das ist also die wahre Dividende von 205 Prozent!!"

Auch in diesem Betriebe täte, gleichwie in den Rüstungsbetrieben, eine Nachprüfung und Preisreduktion dringend not.

Aufruf an die Jugend zur Landarbeit.

Der stellvertretende kommandierende General sandte uns, mit dem Ersuchen um Abdruck, folgenden Aufruf:

Frühlingsanfang! Aus dem Schoß der Erde ringt sich die keimende Saat der wärmenden Sonne entgegen. Aber — sind auch in diesem Jahre der Helfer genug, die sprießenden Pflanzen zu hegen, die goldenen Aehren zu bergen?

Gen Westen fluten immer neue Scharen unseres reisigen Volkes, zur letzten, schicksalsgewollten Entscheidung entboten. Nach Osten ruft seine gefangenen Söhne der Russe zurück: mehr denn zwei Millionen! Was bleibt uns im Lande? Außer den dringend Zurückgestellten die Bejahrten, die Kranken, die Schwachen, die Frauen; sie alle für Industrie und Landwirtschaft voll ausgenutzt und trotzdem bei weitem nicht ausreichend. Doch noch harrt unseres Winkes als wertvoller Rückhalt unserer lernenden Jugend ungehobene Kraft! Daß gerade sie im Jahre 1918 uns bitterer vonnöten denn je, kann im Korpsbezirk wohl keine Stelle besser beurteilen, als das Generalkommando selbst, das für Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt den letzten Ausgleich zu schaffen hat.

Der Landmann hat die Arme der Jungmannschaft so recht schätzen gelernt; sie selber will in ehrlicher Begeisterung ihre Pflicht tun gegen das Vaterland. Da mögen denn nun auch die Eltern meiner eindringlichen Mahnung folgen, ihre Genehmigung zur Landarbeit zu geben, und wollen vertrauen, daß die befürchtete Schädigung in der Schule oder auf dem Lande durch geeignete Maßnahmen der heimischen Behörden sehr wohl vermieden werden kann. Gewiß mag es vielen schwer werden, auf die ungestörte Fortbildung ihrer Söhne zu verzichten. Dafür habe ich tiefstes Verständnis. Aber zuerst gilt es: Den Krieg gewinnen mit allen Mitteln! Und um dieses Ziel zu erreichen, ist kein Opfer zu groß. Darum noch einmal: Wir brauchen die ganze Kraft unserer Jugend für die Sicherstellung unserer Volksernährung. Möge sie uns freiwillig gestellt werden!

Der stellvertretende kommandierende General.
v. Falk,
General der Infanterie.

Altona und Umgegend.

Gemeinschaftliche öffentliche Sitzung der städtischen Kollegien

am 14. März, abends 7 Uhr, im Rathause. Zu Beginn der Sitzung führt der Oberbürgermeister Schnackenburg die beiden neugewählten Stadtverordneten Mohr und Bruhn in ihr Amt ein.

Einsetzung einer Kommission für Jugendpflege. Senator Marlow wies bei der Begründung darauf hin, daß auf dem Gebiete der Kinder- und Jugendpflegearbeit teils Nebeneinander-, teils Miteinanderwirken von Stadtverwaltung, Kirchengemeinden, Unterstützungs-Institut und anderen Vereinen eifrig und erfreulich stattgefunden habe, daß die gemachten Anfänge aber noch sehr der Vervollkommnung bedürfen. Wenngleich während des Krieges größere Unternehmungen notgedrungen noch zurückgestellt sein werden, so erscheint es ihm aber doch geboten, schon jetzt für die nach Wiederkehr des Friedens in Angriff zu nehmende Arbeit einen einheitlichen Gesamtplan aufzustellen, damit, sobald die Möglichkeit dazu gegeben ist, die Ausgestaltungsarbeit der Jugendpflege ungesäumt begonnen werden kann. Die mit der Ausarbeitung eines solchen Planes betraute Kommission für Jugendpflege soll bestehen aus drei Magistratsmitgliedern, sechs Stadtverordneten, fünf hinzugezogenen Bürgern, dem Stadtschulrat, dem Stadtarzt und dem Direktor der gewerblichen Fortbildungsschule.

Oberbürgermeister Schnackenburg wies auf die Verpflichtung eines jeden einzelnen hin, für die Bevölkerung zu tun, was in seinen Kräften liege. Während des Krieges ist der Geburtenrückgang ein sehr großer. Und gerade in den Großstädten haben wir uns der Jugend ganz besonders anzunehmen. All' die Vereine und Bestrebungen, die hier bestehen, tun gewiß viel und in ganz ausgezeichneter Weise. Aber es fehlt doch ein Mittelpunkt, der die nötige Einheitlichkeit erstrebt und die Anregungen gibt. Und dieser Mittelpunkt soll die Kommission sein — In der Diskussion, an der sich die Stadtverordneten Warburg, Kirch (SD.), Sievert (SD.) und Löwenthal beteiligten, wurde erwartet, daß auch Frauen in die Kommission mit hineingewählt werden. Der Oberbürgermeister hielt diese Forderung für eine Selbstverständlichkeit; ebenfalls wünscht er aber auch, daß die Geistlichkeit in der Kommission vertreten sei. — Die Einsetzung einer solchen Kommission wurde darauf einstimmig beschlossen.

Zeichnung auf die 8. Kriegsanleihe. Dem Antrage der Kämmerei-Kommission, zu genehmigen, daß auf die 8. Kriegsanleihe stadtseitig 2 Millionen Mark gezeichnet werden und daß zur Deckung dieses Betrages eine Anleihe aufgenommen wird, wurde ohne Debatte zugestimmt.

Beihilfe zu Kriegsteuerungszulagen an die Lehrerinnen der Privatschulen. Allen Lehrerinnen an den öffentlichen Schulen ist eine einmalige Kriegsteuerungszulage von M. 150 zuteil geworden. Der Schuldeputation erscheint als billig, eine wenigstens annähernd gleich hohe Teuerungszulage, und zwar von M. 120, auch den Lehrerinnen der Privatschulen zuzuwenden. Sie beabsichtigt, den Herrn Minister zu bitten, davon ⅓ aus Staatsmitteln zu bewilligen. Das zweite Drittel zu tragen, wird den Schulvorsteherinnen zugemutet werden dürfen, sodaß noch ein ⅓, d. h. bei der jetzigen Zahl von 41 Lehrerinnen M. 1640 zu decken wären. Um sowohl diese einmalige Kriegsteuerungszulage als auch die für 1917 bewilligte laufende auch für 1918 zu gewähren, bedarf es eines Betrages von rund M. 5740.

Die beantragte Summe von M. 5740 wurde ohne Debatte bewilligt.

Regelung der Zahlung einer besonderen Teuerungszulage an die Angestellten und Arbeiter. Gemäß dem Beschlusse der städtischen Kollegien vom 7. Februar d. Js. haben sich die zuständigen Kommissionen in Verbindung mit der Kämmereikommission erneut mit der Regelung der Zahlung einer besonderen Teuerungszulage an die Angestellten und Arbeiter befaßt. Auf Vorschlag der Kommission beschlossen die Kollegien:

1. Alle vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter, die vor dem 1. Januar 1917 in städtische Dienste getreten sind, erhalten die nach der Vorlage vom 8. Januar 1918 vorgesehenen Beträge (M. 200 für Verheiratete, M. 150 für Ledige und M. 20 Kinderzulagen) in einer Summe unter Anrechnung der bereits gezahlten ersten Rate ausgezahlt. Maßgebend für diese Regelung waren die entsprechenden Bestimmungen der Hamburger Vorlage.

2. Die nach dem 1. Januar 1917 bis 30. September 1917 eingestellten und am Stichtage, 1. Januar 1918 noch im Dienste der Stadt beschäftigten Angestellten und Arbeiter erhalten die Zulage in den vorgesehenen vier Teilbeträgen, sofern sie an den Zeitabschnitten (1. April, 1. Juli, 1. Oktober 1918) noch bei der Stadt beschäftigt werden.

Erlaß der Lustbarkeitssteuer für das Schiller-Theater. Die Lustbarkeitssteuer des Schiller-Theaters beträgt für die Zeit vom 1. September 1917 bis 31. März 1918 M. 32454,94. Sie ist bisher nicht eingezogen, sondern dem Schiller-Theater gestundet worden. Da das Schiller-Theater sich zurzeit bemüht, in jeder Beziehung den Anforderungen zu genügen, welche an ein Volkstheater zu stellen sind, so bittet der Magistrat zu beschließen, daß dem Schiller-Theater eine Beihilfe in Höhe der für die Zeit vom 1. September 1917 bis 31. März 1918 von ihm zu zahlenden Lustbarkeitssteuer gewährt wird.

Da Stadtverordneter Gillerich bei diesem Punkte auch die Altonaer Stadttheater-Angelegenheit angeschnitten hatte, wies in der Beantwortung der von dem Stadtverordneten gestellten Frage Senator Dr. Harbeck darauf hin, daß jedenfalls eine Trennung zwischen dem Hamburger und Altonaer Stadttheater eintreten wird. Die gepflogenen Verhandlungen sind augenblicklich in einem Stadium, daß darüber noch nichts mitgeteilt werden kann. Der Oberbürgermeister glaubte, daß wir in der Stadttheater-Frage zu einer befriedigenden Lösung kommen würden. Das Schiller-Theater sei jetzt, so führte er weiter aus, in guten Händen. An den Vorstellungen könne man seine helle Freude haben. Man könne nur wünschen, daß sich die Stadtverordneten das Theater auch einmal von drinnen ansehen. Er empfehle dem Schiller-Theater eine Beihilfe in Höhe der Lustbarkeitssteuer zu gewähren. Kirch (SD.) hob auch die hervorragenden Leistungen des Schiller-Theaters hervor. Er müsse aber betonen, daß Direktor Pichler, als er das Theater übernahm, gleich damit gerechnet habe, keine Lustbarkeitssteuer bezahlen zu brauchen, da er ja sonst höhere Preise hätte festsetzen müssen. Die Kollegien stimmen der Vorlage einstimmig zu.

Darauf wurde vertraulich verhandelt.

Vor der gemeinschaftlichen öffentlichen Sitzung fand eine Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums statt, in der zunächst der Viehkommissionär Wieck in der Wohlersallee als Schiedsmann des Norderteils auf 3 Jahre wiedergewählt wurde. — Für die Wahl eines unbesoldeten Senators an Stelle des verstorbenen Senators Hinspeter, dessen Wahlperiode 1920 abgelaufen sein würde, soll eine Ersatzwahl vorgenommen werden. Beschlossen wurde daß die letztgewählte Präsentationskommission auch für diese Wahl in Frage kommen soll. Im Falle daß die Zahl der Magistratsmitglieder sich von 9 auf 10 erhöhen sollte, wurde Stadtverordneter Bischoff als weiteres Mitglied in die Präsentationskommission berufen. — In die Wahlkommission werden berufen die Stadtverordneten König, Brauer, als Stellvertreter Wöhnert.

Altona vor einer Steuerkatastrophe.

In einem Steuerprozeß hat das Oberverwaltungsgericht im Gegensatz zu der Entscheidung der Vorinstanz den Einkommensteuertarif der Stadt Altona für ungültig erklärt. Die städtischen Kollegien haben sich bereits im Anschluß an die geheime Sitzung mit der Angelegenheit beschäftigt und die für das kommende Steuerjahr zu treffenden Maßnahmen besprochen. Voraussichtlich wird der Erlaß eines besonderen Gesetzes erforderlich werden, um der Stadt Altona die Möglichkeit zu verschaffen, der Eigenart ihrer Lage auf steuerlichem Gebiete gerecht zu werden. Auch gegenwärtig ist ja der Stadt durch das Kommunalabgabengesetz eine Ausnahmestellung mit Rücksicht auf die notwendige Anpassung an die Hamburger Einkommensteuer eingeräumt. Der Magistrat beabsichtigt, den Zeitungen in den nächsten Tagen eine eingehende Darstellung der ebenso eigenartigen wie für unsere Stadt bedeutungsvollen Angelegenheit zugehen zu lassen.

Der Ottensener Kommunalverein und die Senatorwahl.

Der Ottensener Kommunalverein hielt am 8. März seine Generalversammlung ab, in der auch eine längere Aussprache über die bevorstehenden Senatorwahlen stattfand. Die Notwendigkeit, eine der unbesoldeten Stellen durch einen Angehörigen der sozialdemokratischen Partei zu besetzen, wurde nicht anerkannt. Ob Gründe für eine solche Wahl überhaupt vorliegen, ließ man dahingestellt sein. Die in der Presse und im Publikum über diesen Punkt umlaufenden Gerüchte über die Begründung der beabsichtigten Maßnahmen wurden als stichhaltig nicht angesehen, zumal in der beabsichtigten Wahl ein Verstoß gegen den bislang hierorts geübten Burgfrieden bei den kommunalen Wahlen in weiten Kreisen der Bevölkerung erblickt werden würde. Die endgültige Stellungnahme des Vereins wurde einer demnächst stattfindenden Versammlung vorbehalten.

Die Aussprache scheint politisch auf einem ziemlich niedrigen Niveau gestanden zu haben; es ist ja sonst gar nicht zu verstehen, daß heute noch, nach 3½ Jahren Weltkrieg, solche spießbürgerlichen Ansichten zum Ausdruck gebracht werden. Mit veralteten Anschauungen hat der Krieg aufgeräumt! Ein neuer Geist beseelt die Menschheit. Hoffentlich zieht der neue Geist recht bald auch im Ottensener Kommunalverein ein.

Unsere Lebensmittel für die nächste Woche. Es gibt 1800 Gramm Brot, 70 Gramm Margarine, 60 Gramm Nährmittel, 200 Gramm Brotaufstrich, 200 Gramm Fleisch, 100 Gramm Wurst, 6½ Pfund Kartoffeln. Die Schwerarbeiter erhalten außerdem noch 2½ Pfund Kartoffeln. Kinder bis zu ½ Jahre bekommen auf Abschnitt 1 der gelben Nährkarte 375 Gramm Nährmittel, die von ½ bis 1 Jahr 500 Gramm. Kinder vom ersten bis zum dritten Jahre erhalten 250 Gramm Kindergerstenmehl. Kinder vom 7. bis zum 14. Jahre werden vom 16. bis 22. März voraussichtlich keine Magermilch erhalten können.

Bezirksweise Verteilung von Sauerkohl. In den Bezirken 1—147 gelangen auf Nr. 97 der Warenbezugskarte für Sonderverteilungen in den bekannten Geschäften 400 Gramm Sauerkohl zum Preise von 20 ₰ für 400 Gramm zur Abgabe. Die Abgabe erfolgt ab Sonnabend, 16. März, soweit die einzelnen Geschäfte bis dahin mit Sauerkohl beliefert sind.

Abgabe von Salzheringen. Von Mitte nächster Woche an gelangen in sämtlichen Fischgeschäften norwegische Kleinheringe (kleine Salzheringe), soweit vorrätig, zum Verkauf. Der Preis wird durch Aushang in den Geschäften bekanntgemacht.

Ausgabe von Zwieback. Der vom Preußischen Landesamt für Nährmittel und Eier zur Verteilung überwiesene Zwieback gelangt vom Ende dieser Woche an in den bekannten Geschäften gegen Zwiebackkarte zur Ausgabe. Der Preis hierfür beträgt laut Vorschrift für die Rolle von zirka 125 Gramm 40 ₰.

Endlich eine Regelung des Bezugs von Freibankfleisch. Nach Ablauf der bisher ausgegebenen Karten für Freibankfleisch wird eine andere Regelung der Kartenausgabe stattfinden. Wer Freibankfleisch beziehen will, hat sich in der Zeit vom 10. bis 20. März einen Schein von seiner zuständigen Brotkommission zu besorgen und denselben ausgefüllt bis zum 22. März dort zurückzugeben. Die Ausgabe der Karten erfolgt später nach näherer Bekanntmachung ebenfalls durch die Brotkommission.

Die Altonaer Straßenbahn hat seit Freitag morgen ihren Betrieb in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Strafkammer I. Der Milchhändler Busse aus der Paulinenallee ist vor einiger Zeit vom Schöffengericht wegen Milchpantscherei zu M. 300 Geldstrafe verurteilt worden, wogegen er Berufung einlegte. Hiermit hatte er insofern Glück, als es ihm gelang, nachzuweisen, daß vor seiner Verurteilung die Lieferanten der Milch wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz abgeurteilt wurden. Das Gericht nahm daher an, daß er von dem Zustande der Milch wegen der er verurteilt wurde, keine Kenntnis gehabt habe. Er wurde aus diesem Grunde freigesprochen.

Schöffengericht. Der Tischler Vogt hatte Beschäftigung auf einer hiesigen Fabrik in der Mühlenfabrikate hergestellt wurden. Hierbei hatte er Gelegenheit, sich große Mengen des Fastrikates anzueignen, bis seine Diebereien eines Tages entdeckt wurden. Er bestreitet die ihm zur Last gelegten Diebstähle. Dabei wird jedoch festgestellt, daß Vogt vor einem Jahre zweimal wegen Bettelns bestraft wurde. Trotzdem war es ihm möglich M. 1000 bei der letzten Kriegsanleihe zu zeichnen. Er wird für überführt erachtet und zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Von der Anklage der Milchverfälschung freigesprochen. Der in der Paulinenallee wohnende Milchhändler Busse und seine Ehefrau wurden vor einiger Zeit vom Schöffengericht wegen Milchfälschung zu je M. 300 Geldstrafe verurteilt. Auf eingelegte Berufung hat jetzt das Landgericht das Urteil aufgehoben und beide kostenlos freigesprochen. In der Verhandlung wurde nachgewiesen, daß Lieferanten des Busse auf dem Lande wegen Milchfälschung mehrfach Strafmandate erhielten und daher die Behauptung der Angeklagten, die Verschlechterung der Milch sei schon erfolgt, ehe sie in ihren Besitz gelangt sei, nicht widerlegt werden kann und auch glaubwürdig erscheint.

1000 Mark Belohnung! Der erste Staatsanwalt in Altona teilt folgendes mit: In den Nächten zum 26. Januar, 3. Juni 1917 und 3. Februar 1918 sind in Eddelak (Kreis Süderdithmarschen) an drei verschiedenen Stellen geladene Handgranaten von außen durch die Fenster in bewohnte Häuser geworfen und in den beiden ersten Fällen durch die Explosionen erhebliche Sachschäden verursacht worden. Bisher konnte die Person des Täters nicht festgestellt werden. Für die Ermittlung des Täters hat der Regierungspräsident eine Belohnung von M. 1000 ausgesetzt. Sachdienliche Angaben sind bei dem Ersten Staatsanwalt in Altona anzubringen.

Diebstähle. Aus dem Gebäude eines Truppenteiles wurden 20 neue Pistolen gestohlen. — In der Großen Roosenstraße wurden aus einem Lagerkeller drei Faß Butter gestohlen. — In der letzten Nacht wurden mehrere Kinder dabei ertappt, daß sie bei einem Kaufmann in der Bahrenfelderstraße die Fensterscheiben zertrümmerten und aus der Schaufensterauslage Wäsche stahlen. Eine Frau, die hierbei als Aufpasser mitwirkte, wurde mit festgenommen. — Einem Geschäftsreisenden wurden in einer Wirtschaft dessen Brieftasche und Papiere, auf den Namen Karl Schock lautend, gestohlen.

Aus den Elbgemeinden.

Klein-Flottbeck. Sonnabend Verkauf von Wurst beim Krämer Ritscher.

Groß-Flottbeck. Bei den Schlachtern wird Sonnabend Fleisch verkauft.

Nienstedten. In der Schlachterei von Havemann gibt es am Sonnabend Fleisch. Bei den Händlern ist am Sonnabend Marmelade erhältlich.

Dockenhuden. Bei den Schlachtern wird am Sonnabend Fleisch verkauft. — Die Ausgabe der Brot- und Fleischkarten erfolgt am Sonnabend.

Blankenese. Montag kommen in der Bahnhofstraße 7 Eier zum Verkauf. In sämtlichen Schlachtereien wird Sonnabend Fleisch abgegeben. — Die Ausgabe der Brot- und Fleischkarten findet am Sonnabend von 1½ bis 3 Uhr statt.

Osdorf. Verkauf von Rüben, Wurzeln, getrockneten Zwiebeln und Pflanzschalotten am Sonnabend von 2 bis 4 Uhr in der Schule.

Stellingen-Langenfelde. Verkauf von Butt am Sonnabend auf Nr. 40 der Fischkarte. Eimsbüttelerstr. 16 von 8—12 Uhr für Bezirk 3, Nr. 59 bis Ende, von 2—4 Uhr Bezirk 4, Nr. 1—149; Allee 27 von 8—9 Uhr Bezirk 8, Nr. 172 bis Ende, von 9—12 und 2—3 Uhr für Bezirk 9 und Bezirk 6, Nr. 1—29. — Kräuterheringe auf Nr. 39 der Fischkarte Eimsbüttelerstr. 16 von 4—6 Uhr für Bezirk 5, Nr. 120—208, Allee 27 von 3—5 Uhr für Bezirk 6, Nr. 30—89. — Marmeladenverkauf am Sonnabend in allen Geschäften. — Verkauf von Rindfleisch am Sonnabend. Die Verkaufszeiten sind bei den Schlachtern einzusehen.

Lokstedt. Butt, Pfd. 90 ₰ und M. 1, sind am Sonnabend von 8—10 Uhr bei Nothdurft, Hindenburgstraße, und Matt, Königstraße, auf die Brotkarten Nr. 1—600 zu haben. — Ausgabe der Brot- und Fleischkarten am Sonnabend von 11—1 Uhr in der Knabenschule.

Niendorf. Rindfleisch-Verkauf am Sonnabend bei allen Schlachtern nur auf Reichsfleischkarte.

Schleswig-Holstein.

Neumünster. Glänzender Wahlsieg. Die am Mittwoch erfolgte Ersatzwahl zum Stadtverordnetenkollegium für den durch Tod ausgeschiedenen Stadtverordneten Sanitätsrat Dr. Barlach brachte der Arbeiterschaft einen glänzenden Erfolg. Von 767 abgegebenen Stimmen erhielt der Kandidat der Arbeiterschaft, Geschäftsführer Hanemann, 465 Stimmen, der Kandidat des Bürgerausschusses, Fabrikant Schütt, 302 Stimmen. Die Wahl, die nicht im Zeichen des Burgfriedens stattfand, hat den Beweis erbracht, daß es der Arbeiterschaft wohl möglich ist, wenn sie geschlossen auftritt, auch Erfolg zu erringen. Das Ergebnis der Wahl muß für die Arbeiterschaft ein erneuter Ansporn sein, bei kommenden Wahlen ebenso auf dem Posten zu sein wie bei dieser.

Deutscher Reichstag.

(Telephonischer Bericht.)
141. Sitzung.
Freitag, 15. März 1918, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Krause.

Auf der Tagesordnung stehen

Anfragen.

Dr. Cohn (USD.) führt den Fall eines kriegsinvaliden Mechanikers an, der aus politischen Gründen unter Mißbrauch des Hilfsdienstgesetzes von dem Einberufungsausschuß aus verschiedenen Stellungen herausgerissen wurde, so daß er schließlich beschäftigungslos blieb.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärt, gegen den betreffenden militärischen Vorgesetzten sei das Erforderliche veranlaßt worden. Die Behörden werden darauf hingewiesen, daß das Hilfsdienstgesetz keine Handhabe zur Ver-

Die Lehrerschaft zum Ausbau der Hamburger Volksschule.

In einer ungewöhnlich stark besuchten Versammlung im Curiohause nahm am 13. März die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens (Hamburger Lehrerverein) Stellung zur Umgestaltung der Volksschule. Herr Wallerstradt, Vorsitzender des Ausschusses zur Vorberatung eines Unterrichtsgesetzes, führte etwa folgendes aus:

Der Krieg hat die Notwendigkeit eines Aufstieges der Begabten klarer gemacht. Die Demokratisierung und der starke Rückgang der natürlichen und künstlichen Bevölkerungszunahme lassen nach Mitteln suchen, den Begabten bessere Bildungswege zu eröffnen. Das sind wohl auch die inneren Gründe der jetzigen Hamburger Reform, die ebenso, wie zahlreiche ähnliche Anläufe in anderen deutschen Staaten und Städten, nur ein Kompromiß zwischen dem Gedanken der Einheitsschule und dem bestehenden System sind, an der schreienden Ungerechtigkeit der Staatsschule aber nichts Wesentliches ändern. Sollte das kommende Unterrichtsgesetz weiter gehen, so begrüßen wir diesen ersten Schritt, wenngleich er sich bedauerlicherweise nur mit der Volksschule befaßt, begrüßen auch die darin liegenden sozialpolitischen Fortschritte.

Der Redner schilderte die Entstehungsgeschichte des geplanten Ausbaues der Volksschule. Die beiden Vorbereitungsklassen, die je 30 Selektaner in einem Jahre in die Untersekunda führen sollen, hält er für sehr bedenklich wegen der hohen Stundenzahl und des fast fehlenden Unterrichtes in deutscher Sprache (zwei Wochenstunden). Von neuzeitlicher Pädagogik könne dabei keine Rede sein. Außerdem verlieren die Volksschüler dann immer noch gegen die Realschüler ein Jahr. Das ist also nur ein Notbehelf.

Die Gabelung in einen deutschen und einen fremdsprachlichen Zug ist hier schon näher geschildert worden. Der Redner äußerte eine ganze Reihe Bedenken dazu. Aufs stärkste griff er die Tatsache an, daß zu dem ganzen Ausbau der Volksschule die Lehrerschaft nicht einmal befragt worden ist, obgleich sie in der Schulsynode ein dazu gesetzlich bestimmtes Organ besitzt. Die Lehrerschaft hätte erwarten müssen, daß bei ihrem Sachverstand und ihrem seit Jahrzehnten lebendigen Interesse für solche Fragen die Behörde, der Senat und der bürgerschaftliche Ausschuß sie gutachtlich befragt hätten. Für andere Arbeiten wisse man sie wohl zu finden. Aeußerst bedenklich ist die Art der jetzigen Auswahl der Schüler für den fremdsprachlichen Zug. Eine Berliner Prüfung sei vorbildlich gewesen. Pädagogisch richtiger wäre ein fünfstufiger, nicht, wie jetzt, ein vierstufiger gemeinsamer Unterbau. Am schwersten wiegt aber, daß es nicht gelungen ist, die Volksschule organisch in das gesamte Bildungswesen einzuordnen. Statt für den F-Zug die Realschule zum Vorbild zu nehmen, ist die preußische Mittelschule genommen worden, deren Ziel schon jetzt von der Hamburger Volksschule fast erreicht wird. Damit wird das Ansehen des F-Zuges unter dem der Realschule bleiben und ein direkter Uebergang der Volksschüler auf höhere Schulen ohne Zeitverlust unmöglich gemacht. Es bleibt also bei der Standesschule. Die geplanten Uebergangsklassen zur höheren Schule sind pädagogisch recht bedenklich und überflüssig, wenn der F-Zug die Realschule als Vorbild nähme. Der Redner wies die schultechnischen Bedenken der Vorlage einzeln zurück und schlug vor, den F-Zug unmittelbar in einen dreistufigen höheren Zug einmünden zu lassen, sowie die Lehrpläne für Knaben und Mädchen gleichzusetzen.

Der Senat will in seiner Vorlage den deutschen Zug nicht zurücktreten lassen; jedoch zeigt der Satz von den „höheren Lehrzielen des F-Zuges" schon die beginnende Entwertung, die den deutschen Zug zur Schule der Unbegabten macht. Unter den Berufen, die für die Schule dieses Zuges aufgezählt werden, fehlen die Handelsberufe und Staatsstellungen. Sollen diese dem deutschen Zug verschlossen werden? Das gänzliche Fehlen der fremden Sprachen setzt den Zug in den Augen der Oeffentlichkeit schon herab, da, wenn auch ganz unberechtigt, fremdsprachliche Kenntnisse als Bildungsmaßstab und Kennzeichen des Herkommens gewertet werden. Soll der fremdsprachliche Zug später vielleicht eine Domäne der Mittelschullehrer werden, mit differenzierendem Gehalt? Träger des pädagogischen Fortschritts wird der deutsche Zug. Für ihn muß aber der sofortige fünfstufige Ausbau mit ähnlichen Berechtigungen wie der F-Zug gefordert werden. Persönlich vertritt der Redner den Gedanken eines technischen Lehrerseminars im Anschluß an den deutschen Zug, um dessen Schülern die Lehrerlaufbahn nicht zu verschließen. Eine Abzweigung vom deutschen Zug müßte eine vertiefte wissenschaftliche Ausbildung ermöglichen und in eine vierte Art höherer Schule, die deutsche Schule, einmünden. Das verhindere ein Herabsinken des deutschen Zuges.

Der Redner befürchtete, daß derselbe Geist zähen Festhaltens an der Standesschule, wie er aus der jetzigen Reform spreche, auch im bevorstehenden Unterrichtsgesetz enthalten sein würde, sprach jedoch die Hoffnung aus, daß die Lehrerschaft dabei gehört werde, und forderte endlich die Versammlung auf, die Augen offen zu halten, um sich nicht das Erstgeburtsrecht der Einheitsschule durch das Linsengericht einer kleinen Reform abkaufen zu lassen. Das Schulwesen Hamburgs steht vor seiner Schicksalsstunde. (Langandauernder starker Beifall.)

In der Besprechung gelang es Herrn Blindmann nicht, die zahlreichen Bedenken zu zerstreuen. Er tritt für die Abschaffung der Realschule ein. Die Volksschule dürfen wir nicht überbürden, da schon jetzt ein Teil das Ziel nicht erreicht. Ein anderer Teil kann allerdings weiter als jetzt gefördert werden. Trennen wir, dann fällt der jetzige Druck der Ueberbürdung. Die Wertung der Schule hänge auch davon ab, was die Lehrer aus ihr machen, und da habe er volles Vertrauen. Die Uebergangsklassen seien vom Uebel, aber nur eine gute Organisation des ganzen Schulwesens mache sie überflüssig. Darum müssen wir recht hörbar nach der Einheitsschule rufen. Die Organisation der Schule nach dem Geldsack sei unmoralisch. Durch die jetzige Reform erreichten wir aber, daß die höhere Schule nicht mehr den Begüterten allein gehöre. Weitere Uebergangsmöglichkeiten müßten geschaffen werden. Die jetzige Reform gäbe einer Anzahl Volksschüler die Sicherheit der Aufnahme in höhere Schulen, aus denen dafür unbegabte Kinder Wohlhabender entfernt würden. Wenn dann eine erhebliche Zahl von Realschülern kein oder geringeres Schulgeld zahlt, ist der soziale Unterschied gemildert.

Herr Wilh. Möller vergleicht die jetzige Lage mit der vor 100 Jahren, wo die Volksschule und die Reformpädagogik Pestalozzis dem zusammengebrochenen Staat wieder aufhelfen sollten. Der fremdsprachliche Zug wird dem deutschen Zug die Begabten nehmen. Begabte sind aber auch nötig für Berufe, die keine fremden Sprachen erfordern. Die vorgesehenen Fremdsprachen genügen nicht, da das praktische Leben viele mehr erfordert, wozu die Schule Gelegenheit geben sollte. Auch andere Begabungen als die sprachliche sollten berücksichtigt werden. Der Redner weist darauf hin, daß es niemals eine abgeschlossene Bildung gebe und Abschlußklassen daher Unsinn seien. Statt dessen sollten die Kinder das Bewußtsein haben, daß das Wichtigste und Schönste, was sie lernen könnten, nicht in der Schule gelehrt werde.

Herr Wendt wendet sich gegen den Einfluß der Einjährigenberechtigung auf die Volksschule und bedauert, daß die politischen Parteien den Bildungsfragen so geringes Interesse zuwenden. Er wünscht beide Schülergruppen im gleichen Zuge, aber mit verschiedener Stundenzahl der einzelnen Fächer, zu belassen, um nicht den günstigen Einfluß der Begabten auf die Unbegabten zu entbehren. Die jetzige Reform sei eine grundsätzliche Uebernahme des bislang bekämpften Mannheimer Schulsystems und führe von der Einheitsschule ab.

Herr Weihrauch betont, daß die Gliederung der Schule nicht nach pädagogischen Grundsätzen, sondern nach Faktoren außerhalb der Schule geschehe. Da wir am Einjährigenprivileg nichts ändern können, müssen wir uns ihm anpassen. Es sei zu empfehlen, mit dem Unterrichtsgesetz einige Jahre zu warten, um die jetzige Reform auszuprobieren.

Herr Schult begrüßt den deutschen Zug als Erleichterung, betont nochmals das Festhalten an der Einheitsschule, hofft aber, daß der Wahlreform in Preußen auch eine Schulreform folgen werde, die auf Hamburg übergreife. Herr Köster möchte, daß nach einem Weg gesucht werde, einen Teil der Begabten dem deutschen Zug zu erhalten, am besten durch sofortigen fünfstufigen Ausbau auch des deutschen Zuges.

Herr Thüme hält es auch für wünschenswert, bei der Umgestaltung des hiesigen Schulwesens erneut zu fordern, daß die wissenschaftliche Ausbildung der Volksschullehrer auf die Universität verlegt werde. — Eine diesbezügliche Entschließung wird angenommen.

Ohne Widerspruch beschließt die Versammlung folgendes: Unter erneuter Bekräftigung des Einheitsschulgedankens stimmt die Gesellschaft dem Bericht ihres Unterrichtsausschusses zu und ersucht ihn, im Sinne seiner Forderung auf die Oeffentlichkeit und die Behörden einzuwirken.

folgung politisch Mißliebiger aus einer Arbeitsstelle bieten darf.

Stahl (SD.) führt Beschwerde darüber, daß das Kriegsministerium zwei Gemeindeschulen in Spandau trotz Weigerns des Magistrats zu Wohnungszwecken für Munitionsarbeiterinnen in Gebrauch genommen hat.

Generalhauptmann **v. Coupette**: Die Maßnahme war notwendig, um eine Entlastung des überlasteten Bahnverkehrs Spandau-Berlin herbeizuführen und um für die Arbeiter eine bessere Unterkunftsmöglichkeit zu beschaffen. Ursprünglich hatte sich der Magistrat bereit erklärt, die Schulen zu vermieten. Die Verhandlungen scheiterten aber an der zu hohen Mietsforderung, daher war die Heeresverwaltung genötigt, die Gebäude zu beschlagnahmen.

Fischer (SD.) führt unter Hinweis auf das vierjährige Kind, das das Opfer einer solchen Schießerei geworden ist, Beschwerde darüber, daß in jüngster Zeit wiederholt an belebten Stellen des Berliner Stadtbezirks von militärischen Begleitmannschaften auf Soldaten bei Fluchtversuchen geschossen worden ist.

Generalmajor **v. Wrisberg** erwidert, daß die betreffenden Dienststellen angewiesen sind, die Anordnungen über den Transport festgenommener Militärpersonen, insbesondere in den Großstädten, auf ihre Durchführbarkeit während des Krieges nachzuprüfen und sie nötigenfalls zu ändern.

Scheidemann (SD.): Nach Zeitungsberichten sind in dem Strafprozeß gegen die Geschäftsführer der Maschinenfabrik Wiesbaden von der Strafkammer des Landgerichts Wiesbaden die Grundsätze der Rechtsprechung über den Begriff des „übermäßigen Gewinns" im Sinne der Kriegswucherverordnungen als nicht maßgebend für die Kalkulationen bei den Lieferungen von Kriegsmaterial erklärt worden. Beabsichtigen die Verbündeten Regierungen einer Durchlöcherung der Kriegswucherverordnungen zugunsten der Kriegsindustrie durch eine Ergänzung der Verordnungen vorzubeugen?

Ein **Ministerialdirektor** erwidert: Auf die Sache selbst kann nicht eingegangen werden, da das Strafkammerurteil noch nicht rechtskräftig ist und der Staatsanwalt Revision eingelegt hat. Bei der bevorstehenden Neuregelung des Kriegswucherrechts wird jedenfalls daran festgehalten werden, daß die Grundsätze über den Begriff des übermäßigen Gewinns auch bei den Preisfestsetzungen bei Heereslieferungen maßgebend bleiben.

Voigtherr (USD.) führt Beschwerde, daß der „Bergischen Arbeiterstimme" in Solingen verboten sei, über den Ostfrieden zu schreiben.

Generalmajor **v. Bergh**: Das ist der Zeitung nicht verwehrt worden. Sie hat bisher sechs Leitartikel über den Ostfrieden veröffentlicht. Einige Worte der Einleitungssätze sind von der Zensur gestrichen. Dagegen sind in einigen kleineren Artikeln über den Ostfrieden Streichungen vorgenommen worden.

Kunert (USD.) fragt an, ob es richtig sei, daß den militärischen Polizeistellen in Magdeburg und Halle die Berechtigung erteilt worden ist, in Spionage- und Sabotage-Fällen die Ortsbehörden um Auskunft über den Postverkehr der betreffenden Personen zu ersuchen.

Generalmajor **v. Wrisberg**: Durch Spionage- und Sabotage-Versuche ist nicht nur die öffentliche Sicherheit, sondern auch die Sicherheit des Deutschen Reichs gefährdet. Bei Verfolgung solcher verbrecherischer Versuche ist die Militärverwaltung an die im Postverkehr geltenden Bestimmungen über die Geheimhaltung nicht gebunden. Die Verfügung hatte nur den Zweck, die mit der Ueberwachung beauftragten militärischen Personen den Ortsbehörden gegenüber zu legitimieren.

Kunert (USD.) führt Beschwerde darüber, daß der Versand des „Volksblatt für Halle-Saalkreis" an die Frontsoldaten durch das Magdeburger Generalkommando verboten ist.

Generalmajor **v. Wrisberg**: Das „Volksblatt" hat wiederholt Artikel veröffentlicht, die geeignet waren, den einheitlichen Geist des Heeres zu beeinträchtigen. Trotz ernster Einwirkungen auf die Zeitung, trotz Verbots der Zeitung auf drei Tage und trotz Androhung des Verbots des Versands an militärische Personen ließ sich die Zeitung weiterhin durch Veröffentlichung aufreizender Artikel Verstöße gegen die Zensur zuschulden kommen, und aus diesem Grunde ist das Verbot erfolgt.

Müller-Meiningen (Vp.) fragt an, was die Regierung für die deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien getan hätte, von denen seit längerer Zeit jede Nachricht ausgeblieben sei.

Ein **Vertreter des Kriegsministeriums** erwidert, daß beabsichtigt sei, sobald die Verhältnisse es zulassen, eine Zentralpoststelle für deutsche Kriegsgefangene in Rußland einzurichten. Dem Kriegsministerium lägen bisher noch keine Nachrichten vor, daß die sibirischen Kriegsgefangenenläger geräumt sind. Im Friedensvertrag ist gesagt, daß sich nach seiner Ratifizierung deutsche Kommissionen nach Rußland begeben, um dort die Abtransportierung mit größter Beschleunigung in die Hand zu nehmen.

Baudert (SD) weist auf die schwere Benachteiligung der Verbraucher von Gas durch die Gasverordnungen hin.

Direktor im Reichswirtschaftsamt **Müller**: Es sind Richtlinien gegeben, um eine ungerechte Auslegung der Gasverordnungen zu verhindern.

Hierl (SD.) führt Beschwerde, daß bei den meisten Truppenteilen die Zahlung der Gefangenenlöhnung an die Angehörigen nach den alten niedrigen Sätzen erfolgt.

General **v. Owen**: Die Löhnungsaufbesserung ist für die Unteroffiziere und Mannschaften bestimmt, nicht für die Angehörigen. Für diese ist durch die Erhöhung der Familienunterstützung in erheblichem Umfange gesorgt. Deshalb liegt keine Veranlassung vor, diesen ohne weiteres nun auch die erhöhten Sätze der Löhnung zugute kommen zu lassen. Die Truppen sind aber angewiesen, in besonderen Fällen dies doch zu tun.

Der Gesetzentwurf über Kriegsabgaben der Reichsbank wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ein Nachtragsetat, der 8½ Millionen für Grunderwerb zu einem Dienstgebäude für die Zwecke der Reichsschuldenverwaltung verlangt, wird nach kurzer Debatte an den Haushaltsausschuß verwiesen.

Die Vorlage, betreffend Kriegszuschläge zu den Gerichtskosten und den Gebühren der Rechtsanwälte, wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über die Veranstaltung von Lichtspielen, die durch den Entwurf konzessionspflichtig gemacht werden sollen.

Kuckhoff (Z.): Mit der Konzessionspflicht allein werden sich keineswegs alle Schäden des Kinos beseitigen lassen. Vielleicht wäre es gut eine Zentrale für Filmzensur zu schaffen, die nicht eine politische Behörde sein dürfte, sondern von Künstlern und Pädagogen beraten sein müßte.

Schulz-Erfurt (SD.): Meine Freunde stehen dem Entwurf ohne Sympathie gegenüber. Es handelt sich um ein Verlegenheitsgesetz. Wir werden im Ausschuß versuchen, das Gesetz zu verbessern. Die höhere Entwicklung des Kinos im Dienste der Kultur ist dadurch beeinträchtigt worden, daß das Kapital sich dieser neuen Erfindung bemächtigte, waren doch vor dem Kriege 2 Millionen im Kinowesen angelegt. Das Kapital will verdienen und zu diesem Zweck sind ihm alle Mittel der ungesunden Sensation recht. Zu wünschen wäre ein umfassendes Reichsgesetz, das nur im Zusammenhang mit einem Reichstheatergesetz zu denken wäre. Gegen den Konzessionszwang haben wir das Bedenken, daß Mißbrauch damit getrieben werden kann, und daß er zu einer Monopolisierung der ungerechtfertigten Unterdrückung der Kleinen führen kann. Bekannt ist die Bestimmung, daß die Konzession zu versagen ist, wenn der Verdacht besteht, daß die Darbietungen den guten Sitten zuwiderlaufen. Wer entscheidet denn das? Das kann leicht zu einer Sittlichkeitsschnüffelei führen, gegen die wir die größten Bedenken haben. Unbedingt bedarf das Gesetz einer Ergänzung dahin, daß die Volksbildungsanstalten, die sich des Kinos bedienen, von der Konzessionspflicht befreit sind. Unbedingt notwendig ist auch ein Reichsamt für Volksbildung.

Ortmann (NL.): Die Lichtspiele sind auf dem Wege, ein bedeutender Kulturfaktor zu werden. Ich betrachte sie als einen Ersatz für das Theater, allerdings nicht für einen vollwertigen. Das Kino muß vorläufig noch Kinderkrankheiten durchmachen. Eine gesunde Entwicklung des Kinos zu fördern, soll das Gesetz helfen.

Graf **v. Carmer** (K.): Das Lichtspielwesen hat sich in den letzten Jahren außerordentlich vervollkommnet, daher muß der Staat dafür sorgen, daß die Kinos wirklich das werden, was sie sein könnten. Es muß den Kinovorstellungen ein Riegel vorgeschoben werden, die noch auf demselben Niveau stehen, wie die Schmutz- und Schundliteratur.

Mumm (DF.): Das Gesetz ist notwendig. Wir können nicht durch einen skrupellosen Kapitalismus die Volksseele vergiften lassen.

Dr. **Cohn** (USD.): Wenn verrohende Lichtspiele dargestellt werden so sind nicht die Mieter des Films schuld, sondern die großen Gesellschaften, wie die Ufa, die die Films herstellen. Aber hier liegt der Hase im Pfeffer. Die große Filmproduktion ist gerade entstanden unter Mitwirkung von Regierungsstellen. Man hat eben im Kriegsministerium erkannt, daß sich mit dem Film politische Wirkungen erzielen lassen. Die Gefahr des politischen Mißbrauchs ist deshalb eine bedenkliche Seite dieses Gesetzes.

Die Vorlage geht hierauf an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Nächste Sitzung: Montag, 2 Uhr: Etatnotgesetz und Daimler-Angelegenheit.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

(Telephonischer Bericht.)

128. Sitzung.

Freitag, 15. März, 11 Uhr vormittags.

Am Ministertisch: Finanzminister Dr. Hergt.

Der Antrag Winkler (K.) und Genossen auf Erlaß eines Etatnotgesetzes wird nach kurzer Befürwortung durch den Finanzminister Dr. Hergt dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Hierauf wird die zweite Lesung des

Etat des Finanzministeriums

mit der Besprechung der Teuerungszulagen fortgesetzt. Der Ausschuß hat eine Entschließung angenommen, in welcher er sich mit der von der Regierung in Aussicht gestellten Regelung durch Bildung von Teuerungsbezirken einverstanden erklärt. Berichterstatter ist Abg. Dr. Gottschalk (NL.). Der Ausschuß beantragt ferner eine angemessene Erhöhung der Lohnbezüge aller nicht im Beamtenverhältnis Beschäftigten bei der Eisenbahn.

Finanzminister Dr. **Hergt** begrüßt das Kompromiß zwischen Ausschuß und Regierung, das nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommen sei. Eine dauernde Mißstimmung der Beamtenschaft müßte vermieden werden. Die Regierung mußte an den Teuerungsbezirken festhalten, da große Unterschiede in der Ernährung und den Preisen zwischen den Großstädten und den ländlichen Gegenden bestehen. Die laufenden Teuerungszulagen sind doch recht nennenswert erhöht und die Gemeinden werden darin nachfolgen. Freilich kann der Staat die Kosten für die Gemeinden nicht übernehmen, da er für die Neuregelung ohne die Pensionäre bereits 120 Millionen ausgeben muß. Daß kinderlose Verheiratete 30 pZt. mehr erhalten als Junggesellen, ist durchaus berechtigt. Der Minister erläutert dann die Zuwendungen an die Pensionäre. Aus Staatsmitteln sollen etwa 10 Millionen Mark als langfristige, mäßig verzinsbare Darlehen an Beamte zur Verfügung gestellt werden. Die Vergebung soll durch einen Zwischenträger erfolgen, am liebsten durch die Beamtenschaft selbst. Zum ersten Mal hat sich die Regierung vor einer Aktion mit den Organisationen der Beamten in Verbindung gesetzt. Ich hoffe, sowohl hier wie später bei der Besoldungsordnung auf ein segensreiches Zusammenarbeiten mit den Verbänden.

Ein **Ministerialdirektor** gibt Auskunft über die den nichtangestellten Eisenbahnern zugeführten Erhöhungen.

Oelze (K.): Es ist für die Disziplin bedenklich, wenn Beamte weniger verdienen als ihnen untergebene Arbeiter. Eine Vertretung entsprechend den Arbeiterausschüssen wird man den Beamten nicht versagen können. In der Ernährung stehen die kleineren Städte verschiedentlich schlechter da, als die Großstädte, die ja die Schoßkinder der Regierung sind. Die ländlichen Erzeugnisse wandern restlos in die Großstadt. Der Redner tritt dann noch für Zulagen an die Altpensionäre ein.

Dr. **Heß** (Z.): Die Kriegshilfe für unsere Beamten ist ein wichtiger Teil der sozialen Frage. Wenn der Beamte, weil er nicht mehr das Gefühl hat, daß der Staat seine Lebensinteressen wahrnimmt, sich nicht mehr zur Erhaltung der bestehenden Staatsform verpflichtet erachtet, so wird das unseren Staat erschüttern. Redner bespricht dann ebenfalls die Verhältnisse in den Klein- und Großstädten und behauptet, daß er in Berlin wesentlich besser und billiger lebe, als in seiner Heimat.

Leinert (SD.): Die jetzige Neuregelung bringt wohl eine wesentliche Besserung, aber alle Wünsche der Beamten sind damit noch nicht erledigt. Die Teuerungszulage sollte ganz gleichmäßig für alle Beamten sein. Nur in besonders teuren Orten sollte auch eine besondere Unterstützung eintreten. Gegen eine Wiederholung des Begriffs der Steuerbezirke bei der Besoldungsreform müßten wir aber auch protestieren.

Delius (FVp.): Die Mitschuld unserer Regierung an den Ernährungs- und Preisverhältnissen ist unleugbar und hat erst die Kriegszulage nötig gemacht. Der Staat muß sich stets zuerst seiner sozialen Pflichten als Arbeitgeber erinnern. Die früheren Zulagen wurden stets ohne Anhören der Beamtenschaft festgesetzt. Daß es jetzt anders werden soll, ist ein bemerkenswerter Fortschritt des Finanzministers. Der Minister wäre noch weiter gegangen, wenn das Reichsschatzamt nicht gebremst hätte.

Dr. **Gottschalk** (NL.): Auch wir begrüßen das Verhalten des Ministers gegenüber dem Beamtenverband und wünschen, daß es in anderen Verwaltungen Nachahmung finde. Gegen die Teuerungsbezirke tragen wir starke Bedenken.

Dr. **Wagner**-Breslau: Auch wir begrüßen die neue Regelung als eine wesentliche Besserung der Lage der Beamten.

Haenisch (SD.): Mit Rücksicht auf die Erklärung des Finanzministers ziehe ich namens meiner Freunde den Antrag Braun zurück.

Damit schließt die Besprechung. Die Ausschußanträge werden angenommen. Nächste Sitzung Montag: Steuerverwaltung. Schluß gegen 5 Uhr.

Soziale Rundschau.

Ein Notschrei Hinterbliebener in der Seefahrt Verunglückter.

Nach den Bestimmungen des See-Unfallversicherungsgesetzes wird für die Berechnung der Renten der Verunglückten beziehungsweise für die der Hinterbliebenen nicht der tatsächliche Verdienst des Mannes, sondern gemäß § 1067 der Reichsversicherungsordnung das Elffache der zur Zeit des Unfalles in Kraft stehenden, vom Reichskanzler gemäß §§ 1068, 1069 der Reichsversicherungsordnung für die einzelnen Klassen von Seeleuten einheitlich für die ganze deutsche Küste festgesetzten monatlichen Durchschnittsheuern zugrunde gelegt. Dazu werden für die an Bord gewährte Beköstigung zwei Fünftel des Durchschnittssatzes der Heuer eines Vollmatrosen für elf Monate hinzugerechnet. Die hiernach geltenden Sätze sind vom Reichskanzler zuletzt am 19. Dezember 1912 festgelegt. Ist es schon an sich ein Unrecht, daß ebenso wie bei den in der Landwirtschaft beschäftigten Personen nicht der tatsächlich verdiente Lohn des Verunglückten der Rentenberechnung zugrunde gelegt wird, so ist dies unter den Verhältnissen, die heute in der Seefahrt herrschen, doppeltes Unrecht. Die Risiken, die die Seeleute beim Anmustern in Friedenszeiten eingehen, sind gegenüber den jetzt herrschenden nicht zu vergleichen. Wie häufig verschwinden Dampfer mit Mann und Maus, und nichts hört man von der ganzen Besatzung wieder. Dieses vermehrte Risiko wird ganz natürlich durch entsprechende Erhöhung der Heuer auszugleichen gesucht. Dieser Ausgleich fällt aber bei der Entschädigung verunglückter Mannschaften oder deren Hinterbliebenen vollständig fort. Hier gelten noch immer die 1912 festgelegten Sätze, die schon für die Friedenszeit außerordentlich niedrig bemessen waren. Führen wir uns dies einmal an einem Beispiel vor Augen: Der erste Maschinist eines im Dezember 1917 verloren gegangenen Dampfers, von dem niemand gerettet ist, hatte eine Monatsheuer von M 380; er würde also daraus ein Jahreseinkommen von M 4560 gehabt haben. Rechnet man dazu noch für die Beköstigung an Bord einen monatlichen Betrag von gering gerechnet M 75, so würden sich daraus für das Jahr M 900 ergeben. Insgesamt also würde er aus seiner Tätigkeit ein Einkommen von M 5460 gehabt haben. Würde dieser Verdienst von einem nach der gewerblichen Unfallversicherung versicherten Arbeiter erzielt sein, und solche Verdienste gibt es doch in der Rüstungsindustrie, so würde die Witwe nach folgender Berechnung Rente bekommen: M 1800 werden von dem Einkommen voll gerechnet und von dem diesen Betrag übersteigenden Einkommen nur ein Drittel, also von M 3660 würden noch M 1220 in Ansatz zu bringen sein, so daß sich der der Rentenberechnung zugrunde zu legende Jahresarbeitsverdienst auf M 1800 plus M 1220 gleich M 3020 belaufen würde. Davon erhält die Witwe als Jahresrente ein Fünftel oder M 604 pro Jahr, ein Betrag, der sicher nicht als zu hoch angesehen werden kann. Bei der Witwe des Maschinisten aber gestaltet sich die Sache noch ganz wesentlich ungünstiger. Nach den 1912 vom Reichskanzler festgelegten Sätzen gilt als Durchschnittsheuer für einen ersten Maschinisten auf Frachtdampfern in großer Küstenfahrt (Fahrten in größerem Umfange kommen jetzt überhaupt nicht in Betracht) monatlich M 210 und für einen Vollmatrosen M 70. Da von letzterer Summe für die Beköstigung an Bord zwei Fünftel oder M 28 (M 28 für die Beköstigung eines erwachsenen Mannes in dieser Zeit und für einen ganzen Monat!) zu dem Gehalt von M 210 hinzuzurechnen ist, so ergibt sich hieraus monatlich M 238. Das Elffache hiervon ist M 2618, und der Rentenberechnung würde danach M 1800 plus ein Drittel von M 818, somit also M 2072,70 zugrunde zu legen sein. Da die Witwe hiervon wiederum ein Fünftel als Jahresrente bekommt, so würde sich diese auf M 414,55 jährlich stellen. Wenn man bedenkt, daß der Verunglückte nach der obigen Angabe ein Jahreseinkommen von M 5460 hatte und die Witwe jetzt mit M 414,55 oder 7,6 pZt. des früheren Einkommens des Mannes auskommen soll (die Witwe eines Vollmatrosen würde nach den geltenden Sätzen gar nur M 215,60 im Jahr erhalten), so sind das Verhältnisse, die zum Himmel schreien und die dringend Abhilfe bedürfen, sei es auch zunächst nur dadurch, daß der Reichskanzler die 1912 festgelegten Sätze schleunigst einer Neuregelung unterzieht. — Ueberhaupt ist in der gesamten Unfallversicherung die Art der Berechnung der Renten der Hinterbliebenen untereinander wenig gerecht, und würde es eine dankbare Aufgabe unserer Abgeordneten sein, hier entsprechende Abänderungsanträge zu stellen. Jede der Hinterbliebenen, ganz gleich, ob Witwe oder Kind, bekommt als Rente ein Fünftel des anrechnungsfähigen Jahresarbeitsverdienstes des verunglückten Ernährers, doch dürfen die Renten zusammen nicht mehr als drei Fünftel betragen. Sind mehr Hinterbliebene vorhanden, so werden die Renten entsprechend gekürzt. Richtiger und gerechter wäre es aber doch, wenn der auf die Witwe entfallende Teil höher bemessen würde. Hat sie doch die Pflichten des verstorbenen Ernährers zu übernehmen, für die Erziehung der Kinder zu sorgen und die Kosten des gemeinschaftlichen Haushalts zu tragen, auch wenn für die Kinder mit der Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres die bis dahin gezahlte Rente fortfällt. Wenn man daher der Witwe statt der ihr zustehenden 20 pZt. des anrechnungsfähigen Jahresarbeitsverdienstes eine Rente von 30 pZt. geben würde und jedem Kinde, sofern es nicht Vollwaise ist, statt bisher 20 pZt., 15 pZt. bis zum Höchstbetrage von, wie bisher, 60 pZt, so würde diese Art der Bemessung der Renten sicher eine gerechtere sein. Die Berufsgenossenschaft würde dadurch auch nicht zu sehr belastet werden, den Hinterbliebenen aber würde ganz wesentlich geholfen. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, die Sache an den maßgebenden Stellen in Fluß zu bringen. Unsere Seeleute, die heute unter ungeheuren Gefahren den Verkehr mit den neutralen Ländern noch aufrecht erhalten, haben es verdient, gehört zu werden.

P. H., Lübeck.

Vereine und Versammlungen.

Metallarbeiter-Verband, Gruppe Dreher und Maschinenbauer. Versammlung am 11. März im Gewerkschaftshause. Den Jahresbericht erstattete Richter. Er wies auf die rege Tätigkeit hin, die vor dem Kriege in der Gruppe herrschte, die aber bei Ausbruch des Krieges völlig lahmgelegt war. Der starke Abgang zum Militär, worunter sich ein großer Teil agitatorisch tätiger Kollegen befand, sowie die plötzlich eintretende Arbeitslosigkeit wirkten lähmend auf die Agitation. Hierzu kam die Meldepflicht auch für Werkstättenversammlungen, die weiter zur Beeinträchtigung der Agitation wesentlich beitrug und Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit aufkommen ließ. Erst allmählich trat eine Wendung zum Besseren ein. Die rücksichtslose Vertretung der eigenen Interessen der Arbeitgeber zwang unsere Kollegen, ihre Gleichgültigkeit aufzugeben und sich wieder mehr als bisher der Organisationsarbeit zuzuwenden. Die Beschäftigung von Frauen hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Schätzungsweise sind in den Landbetrieben der Metallindustrie für das Städtegebiet Hamburg, Altona, Ottensen, Wandsbeck gegen 10 500 Frauen beschäftigt. Genaue Angaben darüber liegen uns leider nicht vor. Bemühungen unserseits, einwandfreies Material zu erhalten, fand in den Kreisen unserer Mitglieder nicht die nötige Würdigung. Die Arbeitszeit beträgt noch teilweise 12 Stunden. Anregungen auf Einführung der Dreiwechselschicht seitens der Arbeiter blieben unbeachtet. Die Entlohnung der Arbeiterinnen entspricht nicht immer ihren Leistungen. Die Löhne schwanken zwischen 25 und 50 ₰, der Akkordverdienst zwischen 42 und 64 ₰ die Stunde. Feste Einstellungslöhne zu schaffen, lehnten die Landbetriebe mit der Begründung ab, noch nicht genügend Erfahrung mit der Frauenarbeit gesammelt zu haben. Die Agitation unter den Frauen war schwierig, jedoch nicht ohne Erfolg. Leider ging ein großer Teil neugewonnener Mitglieder der Organisation wieder verloren. Der Grund hierfür dürfte in der starken Fluktuation zu suchen sein. Die Ursache des häufigen Wechsels der Arbeitsstelle dürfte nicht allein in der unterschiedlichen Entlohnung, sondern vielmehr darin zu suchen sein, daß die Frauen den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen waren. Die Zahl der Mitglieder ist gestiegen von 8372 im 4. Quartal 1916 auf 10152 am Schlusse des 4. Quartals 1917, die der weiblichen Mitglieder von 316 auf 662. Zur Belebung der Agitation und Erörterung sonstiger Angelegenheiten fanden 95 Werkstättenversammlungen, darunter drei Frauenversammlungen, sechs Agitationskommissions-Sitzungen, zwei Delegiertenund zwei Gruppenversammlungen statt. Auch die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat sich die Gruppenleitung angelegen sein lassen. In Verbindung mit der Verwaltung haben wir während der Kriegszeit zwei Lohnbewegungen eingeleitet. Bei unseren Forderungen legten wir das Hauptgewicht auf die Erhöhung der Einstellungslöhne und der bestehenden Löhne. Das Resultat war eine Erhöhung der Einstellungslöhne von insgesamt 11 ₰ die Stunde und der bestehenden Löhne von 6 ₰ pro Stunde. Arbeiterinnen erhielten die Hälfte vorstehender Sätze. Weiter wurde die Auslösung bei Montagen, die bisher M. 4 betrug, für die Dauer des Krieges um 50 pZt., also auf M. 6 erhöht. Alles in allem hat die Gruppenleitung auch unter schwierigen Verhältnissen des Krieges alles getan, die wirtschaftliche Lage der Kollegen zu bessern. Nicht nur haben wir Verschlechterungen verhindert, sondern auch wesentliche Verbesserungen durchgeführt, die, wenn sie auch den Verhältnissen nicht entsprechen, für unsere Zukunftslohnpolitik von wesentlicher Bedeutung sind. Das Neugeschaffene zu wahren und zu festigen, muß Aufgabe unserer Kollegen sein. Nach Erledigung einiger Wahlen schloß Harder mit einer dringlichen Mahnung an die Versammlung, für Stärkung der Organisation ihre Pflicht zu tun, die schwach besuchte Versammlung.

Schlachter. In der Versammlung am 10. März beschäftigte man sich mit der Beitrags- und Unterstützungsfrage. Bergmann gab in seinem einleitenden Vortrage einen Ueberblick über die bisher im Verbandsorgan gemachten Vorschläge. Die meisten Kollegen haben bestimmte Vorschläge nicht gemacht, sondern nur im allgemeinen erklärt, daß die Beiträge zu erhöhen seien und zum Teil auch die Unterstützungen. Zwei Meinungen seien vorhanden. Erstens: Einen Kriegszuschlag zu erheben und zweitens: Beiträge nach Lohnklassen zu erheben und sie zu erhöhen, desgleichen auch die Unterstützungen. Die Befürworter der letzteren Meinung stehen auf dem Standpunkt, daß eine gründliche Neuregelung das Beste sei. Hierauf besprach Bergmann den Vorschlag der Hamburger Kommission, sowie den von Krause gemachten. In der Diskussion hielt man den Vorschlag der Hamburger Kommission für den besten. Es wurde erklärt, daß man gern höhere Beiträge zahlen wolle, aber auch eine Regelung der Unterstützungssätze für notwendig halte. In einer Abstimmung erklärte sich die Versammlung einstimmig zu dieser Auffassung. Hierauf gab Bergmann die Abrechnung vom Januar. Die Einnahmen betrugen M. 1990,25, die Ausgaben M. 756,29, davon für Unterstützungen M. 276. An die Hauptkasse sind M. 733,96 gesandt. Im Februar war eine große Arbeitslosigkeit, die in letzter Zeit nachgelassen hat. Im Februar wurden an Unterstützungen M. 765 gezahlt. Beschlossen wurde noch, die Versammlungen jeden dritten Mittwoch im Monat abzuhalten.

Kriegsdepeschen.

Deutscher Abendbericht.

Amtlich. WTB. Berlin, 15. März, abends. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Die „Angliederung" Kurlands an das Deutsche Reich.

WTB. Berlin, 15. März. Bei dem heutigen Empfang der Abordnung des Kurländischen Landesrates durch den Reichskanzler verlas Unterstaatssekretär v. Radowitz die Antwort auf den bekannten Beschluß des Landesrates. Darin heißt es: Mit voller Freude und Rührung haben Seine Majestät von der an ihn gerichteten Bitte Kenntnis genommen, die Herrschaftskrone Kurlands anzunehmen. Die allerhöchste Entscheidung wird nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen getroffen und dem Landesrat mitgeteilt werden. Mit lebhafter Freude und Genugtuung haben Seine Majestät ferner ersehen, daß der Wunsch des Landesrates auf eine enge Verbindung des Herzogtums mit dem deutschen Reiche gerichtet ist. Der Ausführung dieses Wunsches steht nichts mehr im Wege. Seine Majestät haben mich beauftragt, im Namen des Deutschen Reiches das wiedererrichtete Herzogtum Kurland als freies und unabhängiges Herzogtum anzuerkennen, ihm den Schutz und Beistand des Deutschen Reiches beim Aufbau seiner Verfassung, die auch eine Landesvertretung auf breiter Grundlage vorsehen muß, zuzusichern und wegen der Festlegung und Formulierung der vom Landesrat beschlossenen engen Verbindung mit dem Deutschen Reiche das Weitere zu veranlassen.

Der Luftkrieg im Westen.

WTB. Berlin, 15. März. Auch der 13. März brachte bei durchschnittlich günstiger Witterung an der Westfront rege Tätigkeit und bemerkenswerte Erfolge unserer Luftstreitkräfte. Erfolgreich und verlustlos durchgeführte Erkundungsflüge bis annähernd 100 Kilometer hinter die feindliche Front gewährten Einblicke in die Maßnahmen des Gegners. Ein Bahnknotenpunkt bei Chalons wurde mit 2500 Kilogramm Bomben angegriffen. Im ganzen verlor der Gegner 17 Flugzeuge und drei Fesselballons. Wir verloren 5 Flugzeuge. Besondere Beachtung verdient der 65. Luftsieg des Rittmeisters v. Richthofen und der Abschuß von drei Flugzeugen aus einem Geschwader von 8 Einheiten das die offene Stadt Freiburg mit Bomben angriff.

Vom Seekrieg.

Angeblicher Angriff auf ein englisches Lazarettschiff.

WTB. London, 15. März. Reutermeldung. Amtlich. Das Hospitalschiff „Guildford Castle" wurde auf der Heimreise am Eingang des Kanals von Bristol am 10. März 5 Uhr 35 Minuten nachmittags von einem feindlichen U-Boot ohne Erfolg angegriffen. Das Schiff führte die Rote-Kreuzflagge und hatte alle für Hospitalschiffe vorgeschriebenen Lichter angezündet.

Nach einer anderen Meldung des Reuterschen Bureaus wurden auf das Hospitalschiff zwei Torpedos abgefeuert. Der erste ging fehl, der zweite traf den Bug des Schiffes. Das Schiff wurde schwer beschädigt, vermochte aber den Hafen zu erreichen, wo die zahlreichen Kranken und Verwundeten, die sich an Bord befanden, ohne Unfall an Land und ins Spital gebracht wurden.

Anmerkung des WTB.: An zuständiger Stelle ist über den von Reuter geschilderten Vorgang noch nicht näheres bekannt. Wir müssen uns vorbehalten, auf den Gegenstand zurückzukommen.

Zum Raub der holländischen Schiffe.

WTB. Amsterdam, 24. März. Wie die Niederl. Telegr.-Agentur erfährt, berichtet der niederländische Gesandte in London, daß von den in Singapore festgehaltenen Schiffen diejenigen, die unter Kontrakt mit der britischen Regierung fahren und die kleinen Dampfschiffe, die zwischen Singapore und den kleinen Nachbarinseln fahren, sofort freigegeben werden würden. Von den Alliierten hängt die Lebensmittelbeschaffung der Inseln größtenteils ab.

„Allgemeen Handelsblad" bemerkt zu der von Reuter telegraphierten britischen Erklärung, daß die Beschlagnahme der holländischen Schiffe keine neue Form von Seeraub sei. Diese Tat sei allerdings Seeraub und ein ganz grober Willkürakt. Die Holländer werden diese Beschönigung niemals einsehen und werden die Katze immer eine Katze und die alliierten Regierungen Schurken nennen. Sie werden der Gerechtigkeitsliebe, die Wilson so prächtig in Worten zum Ausdruck bringen kann, genau so viel Wert beimessen, wie der Liebe des Landes für die kleinen Nationen, die die Südafrikanischen Republiken ermordete. Wenn Amerikas Beamte jetzt so tun, als ob die Beschlagnahme unserer Schiffe notwendig wäre, um die Neutralen der ganzen Welt mit Lebensmitteln zu versorgen, so ist das nur eine armselige Ausrede.

Der Köder für Holland.

WTB. New York, 15. März. „Associated Preß" meldet aus Washington: Die Interessen Hollands würden in jeder Weise durch reichliche Zufuhren von Lebensmitteln gewahrt. Die Vereinigten Staaten und England übernehmen es, die Fortdauer des holländischen Schiffsverkehrs nach den ostindischen Kolonien zu erleichtern, so daß diese Kolonien mit Gütern versorgt und der Handelsverkehr geschützt wird. Man ließ Holland wissen, daß reichliche Mengen von Lebensmitteln zu seiner Verfügung stehen werden, wenn es Schiffe schickt, um sie zu transportieren, und zwar mit den bestimmtesten Versicherungen, daß diese Schiffe Kohlen bekommen und nicht requiriert werden sollen.

Caillaux gegen seine Widersacher.

WTB. Bern, 15. März. Von Caillaux befreundeter Seite ging den Pariser Blättern eine Note zu, in der die Einvernehmungen mit Caillaux in der vergangenen Woche dahin berichtigt werden, daß Caillaux mehrere Tage im Justizpalast seine Antwort auf die umfangreichen Zeugenaussagen dem ersten Botschafter-Sekretär in Rom und dem Militärattaché in Rom diktierte, wobei er große Widersprüche in den Zeugenaussagen aufdeckte und die Zeugen durch seine Entgegnungen zum Widerruf zwang. Die letzten Vernehmungen Caillaux' ergaben, daß Brunicardi ein Lockspitzel der französischen Botschaft in Rom war. Die Gegenüberstellung mit dem Militärattaché in Rom, welche Caillaux verlangte, wurde ihm mit der Begründung verweigert, der Zeuge sei erkrankt.

„L'Heure" schreibt, es sei seltsam, daß gewisse für die französische Botschaft in Rom niederschmetternde Aktenstücke plötzlich verschwanden. Die römische Botschaft befinde sich in einer sehr peinlichen Lage.

Aus Rußland.

WTB. London, 15. März. Reutermeldung. Ein Telegramm aus Petersburg meldet folgendes: Trotzky wurde zum Volksbeauftragten für militärische Angelegenheiten an Stelle Podwoyskis, der zurücktrat, ernannt. Der Posten des Höchstkommandierenden ist abgeschafft worden.

WTB. London, 15. März. Reutermeldung. Aus Petersburg wird vom 14. März gemeldet: Der Posten des Befehlshabers der Ostseeflotte wurde Admiral Raswosow angeboten. Der frühere Generalstabschef des Großfürsten Nikolaus, General Kilinski, wurde in Moskau unter der Beschuldigung des Einvernehmens mit Kaledin verhaftet. Es sind Berichte über ernste Gefechte bei Khokand in Zentralasien eingetroffen, die zwischen der Bevölkerung und den lokalen Sowjettruppen stattfanden. Große Hanfvorräte wurden vernichtet.

WTB. Petersburg, 15. März. Nach der Eroberung Rostows durch die Bolschewiki wurden viele Personen, die unter dem Verdacht standen, zu den Kosakentruppen zu gehören, erschossen. Der Stadt wurde eine Buße von 12 Millionen Rubel auferlegt. Die Bureaus aller antibolschewistischen Zeitungen werden nunmehr geschlossen. Es wurden dann Preise für Lebensmittel festgesetzt. Große Nachsuchungen nach Lebensmitteln wurden vorgenommen, um die Distrikte, wo eine Hungersnot herrscht, versorgen zu können. Die Einwohner verlassen in großer Zahl die Stadt. Die deutschen und ukrainischen Truppen setzen die Operationen in Südruß'and fort und besetzten Tschernigow. Außerdem liegt die Meldung vor, daß die Türkei den ganzen Distrikt Baku besetzte.

Briefkasten.

Sprechstunde der Redaktion ist nur vorm. von 10 bis 12 Uhr und nachm. von 6 bis 8 Uhr.

Telephonische Auskunft wird nicht erteilt.

A. S., Rellingen 99. Die Alimente müssen weitergezahlt werden.

Agrarier, Bahrenfeld. Es wiegen: 1 Pfennigstück 2 g, 1 Zehnpfennigstück 4 g, 2 Fünfpfennigstücke 5 g, 3 Zweipfennigstücke 10 g, 9 Fünfzigpfennigstücke 25 g, 9 Einmarkstücke 50 g.

Hammerburg. 1. Die Unterstützung wird nur im Falle der Bedürftigkeit gewährt. 2. Der Antrag ist beim Gemeindevorsteher zu stellen. Wird er abgelehnt, dann kann Beschwerde beim Landrat und schließlich beim Regierungspräsidenten erhoben werden.

Ehrenzulage. Das ist nicht der Fall. — Durch Reichsgesetz vom 2. Juni 1878 wurde den Inhabern des Eisernen Kreuzes 1. Klasse, die es im Kriege gegen Frankreich 1870/71 in den unteren Chargen bis zum Feldwebel einschließlich erworben hatten, sowie den Inhabern des Eisernen Kreuzes 2. Klasse, wenn sie zugleich das preußische Militär-Ehrenzeichen 2. Klasse oder eine diesem gleichzuachtende Dienstauszeichnung, die sie vor dem Kriege 1870/71 erhalten haben, besitzen, eine Ehrenzulage von M. 3 monatlich bewilligt.

Drei Streitende. Nur denjenigen Grundbesitzern ist die eigene Ausübung der Jagd auf ihrem Grund und Boden gestattet, die einen land- oder forstwirtschaftlich benutzten Grundbesitz von einer bestimmten Größe haben, der durch keine fremden Grundstücke in seinem Zusammenhang unterbrochen ist, wobei aber Wege und Wasserläufe als nicht trennend angesehen werden. Die Mindestgröße beträgt 300 Morgen = 76,6 Hektar in Preußen (einschließlich Schleswig-Holstein, Hannover, Nassau, Frankfurt a. M.), 240 Tagwerke = 81,8 Hektar in Bayern im Flachland und 400 Tagwerke = 126,3 Hektar im Hochgebirge, 50 Tagwerke = 17 Hektar auf Seen und Fischteichen, 300 Acker = 166 Hektar in Sachsen, 200 Morgen = 72 Hektar in Baden, 60 Morgen = 15,7 Hektar in Württemberg, 100 Hektar in Oldenburg, 58 Hektar in Sachsen-Meiningen bei Feld-, 91 Hektar bei Waldgrundstücken, 25 Hektar in Elsaß-Lothringen. In Mecklenburg ist jeder Grundbesitzer auf seinem Grund und Boden jagdberechtigt.

Veddel 34. Um zur Steuermannsprüfung zugelassen zu werden, ist erforderlich die Zurücklegung einer auf dem Ablauf des vollendeten 15. Lebensjahres folgenden mindestens 45monatigen Fahrzeit zur See, von welcher mindestens 24 Monate entweder als Vollmatrose auf Kauffahrteischiffen, davon 12 Monate auf einem Segelschiffe oder als Obermatrose in der Kaiserlichen Marine, und zwar mindestens 12 Monate auf seegehenden, mit voller Takelage versehenen Schiffen oder Fahrzeugen zugebracht sein müssen.

R. 28. Die Entlassung aus der Schule hat mit der Zahlung der Unterhaltskosten nichts zu tun.

Ein alter Abonnent, A. G. Danach müssen Sie sich bei der Verwaltung des genannten Krankenhauses erkundigen.

Waldemar 22. Ja; aber es wird sicher nicht geschehen.

M. H. Schaden kann es durchaus nicht, wenn Sie eine Untersuchung vornehmen lassen.

O. M. 118. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

Oeffentlicher Wetterdienst.

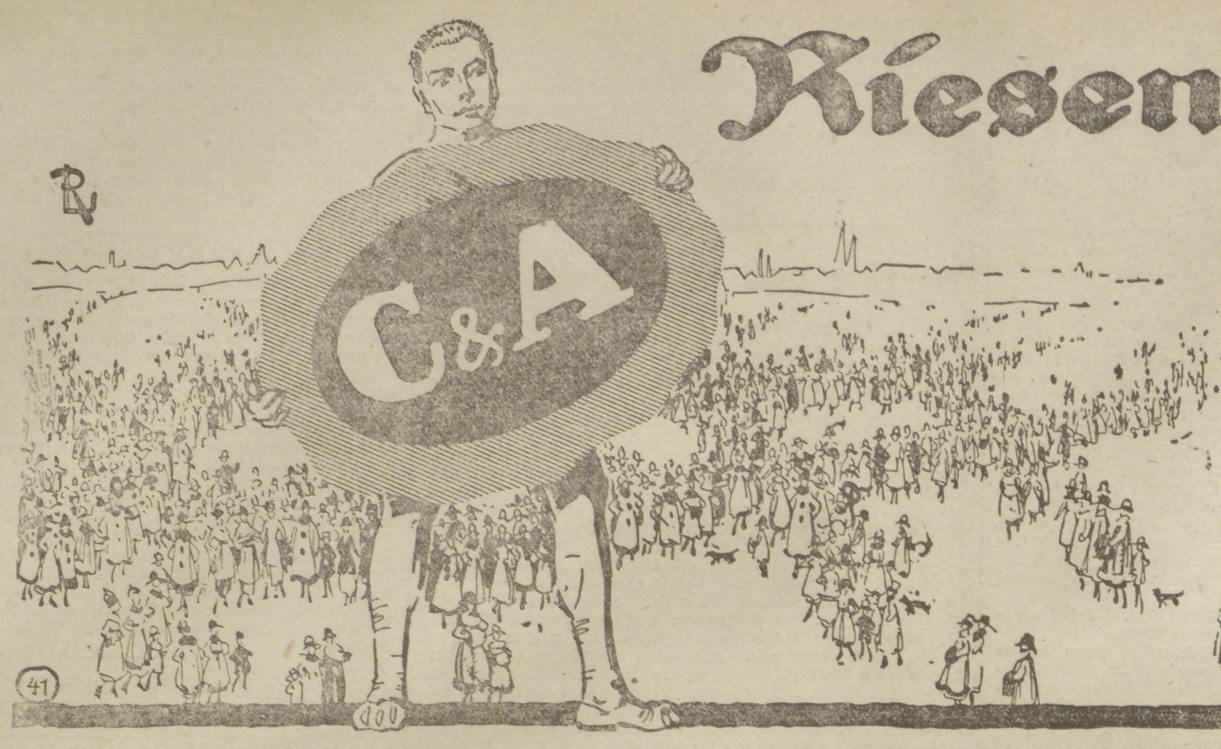
(Dienststelle Hamburg. Deutsche Seewarte.)

Witterungsübersicht vom Freitag, 15. März:

Gestern war es in unserem Bezirk etwas kühler als am Vortage, sonst vorwiegend heiter und trocken. Die Temperatur schwankte zwischen 4 Grad bis 8 Grad als den höchsten und 1 Grad bis — 1 Grad als den niedrigsten Werten. Heute morgen ist es bei teilweise bedecktem Himmel durchschnittlich kälter als gestern und trocken.

Wetteraussichten für Sonnabend, 16. März: Fortdauer der herrschenden Witterung wahrscheinlich.

Hierzu **eine Beilage** und das illustrierte Unterhaltungsblatt **„Die Neue Welt"** Nr. 11.



Riesen-Erfolge

wie wir uns ihrer rühmen können, werden nur durch Riesenanstrengungen erzielt. Das, sowie gründliche Sachkenntnis in Bezug auf

Damenkleidung

machen es uns möglich, Sie auch heute noch – im Rahmen des Erlaubten – zufrieden zu stellen.

Mönckebergstraße 9

Sonntags geschlossen!

Am 18. März begeht unser lieber Vater, der Gewerführer

Diedrich Blohm

bei der Firma **J. A. Körner**, Hamburg Steinhöft 3, sein **25jähriges Jubiläum.**

Dies zeigen an

Die Kinder.

Altona, Sandberg 6.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Sohn unser guter Bruder und Verlobter

Hermann Prüssmann

im Alter von beinahe 25 Jahren von seiner schweren Krankheit, welche er sich im Felde zugezogen, durch den Tod erlöst wurde.

Tief betrauert von seiner Mutter und Geschwistern und von seiner Verlobten.

Frau **M. Prüssmann** und Geschwister und Braut **Anni Georg.**

Besichtig.: Sonnabend, 4 Uhr. Leichenhalle, Sechslingspforte. Beerdigung: Sonntag, 17. März morg. 11 Uhr, v. Kapelle 5 Ohlsd.

Sozialdemokrat. Verein

für den

3. Hamburger Wahlkreis.

Distrikt Rotenburgsort.

Todesanzeige.

Allen Genossen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied

Herm. Prüssmann

dem Kriege zum Opfer gefallen ist.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung: Sonntag, den 17. d. M., vormittags 11 Uhr, von Kapelle 5.

Die Verwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband

Zweigverein Hamburg und Umg.

Sektion Maurer.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Kollege, der Maurer

Herm. Prüssmann

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung: Sonntag, den 17. März, vormittags 11 Uhr, von Kapelle 5 des Ohlsdorfer Friedhofes.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Sohn, unser liebevoller Vater, Bruder, Schwiegersohn u. Schwager, der Maurer

Willy Brahmst

nach kurzer, schwerer Krankheit in seinem 26. Lebensjahre plötzlich und unerwartet i. Barmb. Krankenhause a. 11. März gestorb. ist.

In tiefer Trauer:

Hedw. Brahmst, geb. Gruss, und Kinder; **Caroline Brahmst**, geb. **Hausen**; **Fritz Brahmst**, zurz. im Felde; **Otto Gruss** u. Frau; **Georg Gruss** und Frau, Dresden; **Otto Gruss**, zurz. im Felde, und Frau.

Beerdigung: Sonntag 17. März, mittags 1 Uhr von Kapelle 5, Ohlsdorf.

Freundlichst zugedachte Kranzspenden nach der Kapelle 5 erbeten.

Berichtigung.

In der Sterbeanzeige (Nr. 63 „Echo") soll es nicht **M. Namann** heißen, sondern

M. Nämann.

Veränderte Bureau- u. Sprechzeit.

Bureau geöffnet v. 8.30 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Sprechzeit von 4 Uhr nachm. bis 7 Uhr abends, Sonnabend bis 4 Uhr nachm., sonst nach Verabredung.

Dres. M. Heckscher u. Pardo,

Rechtsanwälte,

Gr. Burstah 4 I.,

Fernspr. 3, 3194.

Seidenstoffe

in allen Farben u. Qualitäten für Blusen und Kleider i. all. Preislagen v. **12,50** an

MÜNZER

Neuerwall 37.

Damen-Kostüme und Mäntel

in guter Verarbeitung = und prima Stoffe. =

Paletots u. Ulster

für Herren, Knaben und Jünglinge.

Süderstr. 70/72, Hamburg.

Kaufe jed. Post-Hausm.-Zigarr. u. Zigarillos. Riedel, Talstr. 97

---

3 Sozialdemokratischer Verein für den 3. Hamburger Wahlkreis 3

Distrikt Harvestehude.

Am Sonntag, d. 17. März, abends 7 Uhr, findet bei **H. Rosenbaum, Gärtnerstraße 41,** ein

Unterhaltungsabend

für unsere Mitglieder statt unter freundlicher Mitwirkung der Genossin **Käthe Hoffmann (Lieder zur Laute)** und des Genossen **Gadebusch (Rezitationen).**

Gäste sind willkommen!

Die Distriktsverwaltung.

Kaffee Reichshof

Inhaber: **Emil Dolle.**

Alois Pöschl

bester bayerischer Humorist

Carl Stöhr, Improvisator-Blitzdichter | **Mia u. Ludolf Köllisch**, Spiel-Duette

und **der grosse März-Spielplan.**

Feiner **böhm. Magen-Bittern** Liter M. 7. Restaur. **Thomsen**, Sophienstr. 54. Gefäße mitbr.

Räder für kleine Karren von M. 2,50 an. Wandsb. Ch. 18.

Leihhaus Süderstr. 70, Hchpt.

Annahme v. Pränd. z. hohem Vorsch. Verk. v. Uhr., Goldw.

Heute Sonnabend, 7½ Uhr: **Großer Preis-Skat.** Otto Pünjer, Bennsberg 15.

Zum Umzug

Teppiche

in **Velour, Plüsch, Tapestry** und **Bouclé**

M. 385,–, 265,–, 185,–, 125,–, 65,–

Stoff-Läufer

Velour, Tapestry und Jute

pro Meter M. 24,50, 16,50, 8,75, 7,35 **4.85**

Linoleum-Läufer

versch. Farben, 57 cm, 67 cm, 90 cm breit,

Meter ..... M. 9,50, 7,50 **6.50**

Linoleum-Teppiche, Druck u. Inlaid M. 95,–, 75,–, 60,–

Portieren

Vorhänge, 2 Shawls, 1 Falle

in Tuch, Filz, Velvet, Kochelleinen, Gobelin, Rips, Alpacca u. gewebt

M. 100,–, 75,–, 50,–, **38.50**, 22,–

Tischdecken

in Tuch, Filz, Gobelin u. Mohairplüsch in allen Farben,

M. 65,00, 28,50, 18,50, **12.50**

Diwan-Decken

in Mokette, Seal, Gobelin u. gewebt

Stück 165,00, 100,00, 65,00, 48,50, **28.50**

Wachstuch

weiss und blau

Meter 22,–, 16,50, **7.50**

Seal-Plüschvorlage

mit Rand

M. 13,50, 11,50, 8,00, **6.25**

Gardinen

Meterware in weiss u. creme

Meter M. 13,50, 11,50, 9,50, 7,85, **6.85**

Fachware in weiss u. creme

M. 125,–, 85,–, 68,–. **42.50**

Einzelne Tüll-Stores

Erbstüll

M. 75,–, 50,–, 36,50, **28.50**

Möbel-Cretonnes und -Satins, grosse Muster-Auswahl

Rollschutzwände „Wetterfest"

Bestes Fabrikat, in 12 Grössen.

Schlafzimmer

komplett, mit Patentrahmen und Matratzen von M. **875.00** an

Küchen-Einrichtungen

Büfett, Tisch und 2 Stühle

M. 485,–, 455,–, **315,–**

Bettfedern u. Daunen

pro Pfund

M. 8,50, 5,50, 3,25, 2,25, **1.70**

Gebr. Heilbuth

Dammtorstr. 6-9. — Hamburgerstr. 101/103.

Heiterer Abend

„Kaiserhof", Altona

(Grosser Saal)

Sonntag, 24. März 1918

7½ Uhr abends

unter gefälliger Mitwirkung von:

(mit gütiger Genehmigung d. betr. Herren Direktoren)

Hilde Knoth, Deutsches Schauspielhaus

Wilh. Bendow, Thalia-Theater

Heinrich Lang, Deutsches Schauspielhaus

Konrad Gebhardt, Deutsches Schauspielhaus

Erich Ziegel, Deutsches Schauspielhaus

Miriam Horwitz, Deutsches Schauspielhaus

Ilse Carlsen, Schiller-Theater

Hubert Endlein, Schiller-Theater

Paul Böckmann, Schiller-Theater

Max Roller, Hamburger Volks-Oper

Alfred Möller, Thalia-Theater

Georg Tucher, Schiller-Theater

Susi Stollberg, Schiller-Theater

Ella Löri, Soubrette

Wilh. Lindemann, Kapellmeister, Schiller-Theater (am Steinway-Flügel)

Chr. Warncke jun., Violin-Virtuose

Preise der Plätze M. 4,–, 3,–, 2,– u. 1,–.

Karten an der **Theaterkasse** des „Echo", Fehlandstr. 11, bei allen **Filialleitern** des „Echo" und an der **Tageskasse des Schiller-Theaters,** Altona.

Bieber-Kaffee

Das grosse Schlager-Programm:

Werner Alberti, Kgl. Kammersänger

Gesine Koster, Soubrette

W. Lohalm, Opernsänger

Mieze Hausmann

Georg Gau, gen. der Lachsturmmann

Fränzi Pitow

Gawanda-Konzerte

Gebrüder Wolf mit Partnerin und neuen Schlagern.

Beginn wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr nachm.

Suche f. m. Tochter e **Klavier** bis z. M. 1000 **M Fr. Martens,** Barmb., Eulenkamp 41. Tel. 6. 9237.

Herrl che Pianos v. M. 750 an **Fruchtallee 26.**

Hamburger Stadt-Theater.

Sonnabend 16. März, Anf. 7½ U.: **La Traviata.**

Sonntag, 17. März, mitt. 1 Uhr: **Mignon.**

Abends 7 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.**

Montag, 18. März, Anf. 8 Uhr: **Salome.**

Dienstag, 19. März Anf. 7 Uhr: **Die Hugenotten.**

Altonaer Stadt-Theater.

Sonnabend, 16. März Anf. 7 Uhr: **Judith.**

Sonntag, 17. März, mitt. 1 Uhr: **Als ich noch im Flügelkleide ...** Kleine Preise.

Anfang 6½ Uhr: **Peer Gynt.**

Montag, 18. März, Anf. 7½ Uhr: **Flachsmann als Erzieher.**

Dienstag, 19. März Anf. 7½ Uhr: **Die Stützen der Gesellschaft.**

Freitag, 22. März, abds. 7 U.: **Das Dreimäderlhaus.**

Thalia-Theater.

Sonnab., 16. März, nchm. 4 Uhr: Zum vorletzten Male: **Meine Frau, die Hochstaplerin** Lustspiel in 3 Akten von Alfred Möller und Lothar Sachs.

Abends 7½ Uhr: **Der Strom.** Drama in 3 Akten v. Max Halbe.

Sonntag, 17. März mitt. 12 U.: Geschlossene Vorstellung. (Kein Billettverkauf.) **Inspektor Bräsig.**

Nachmittags 3½ Uhr: **Zum letzten Male: Meine Frau, die Hochstaplerin.**

Abends 7½ Uhr: **360 Frauen.**

Montag, 18. März, abds. 7½ U.: **Die Ratten.**

Dienstag, 19. März, abds. 7½ U.: Gastspiel **Ella Kobold.** **Das Paar nach der Mode.**

Mittwoch, 20. März, abds. 7½ U.: **Die Ratten.**

Donnerst., 21. März, ab. 7½ U.: Zum 1. Male: **Hamlet.** Hamlet: **Ernst Lendesdorff.**

Montag, 25. Dienstag, 26. März, abends 7½ Uhr: **Außer Abonnement. Zweimaliges Gastspiel Alexander Moissi. Hamlet.**

Neuanmeldungen zum **Abonnement 1918/19** tägl. 10-½3 U. a. d. Tagest

---

Deutsches Schauspielhaus in Hamburg.

Sonnabend 16 März ab. 7½ U.: (Außer Abonnement.) **Alt-Heidelberg.** Schauspiel in 5 Aufzügen von Wilhelm Meyer-Förster. Anf. 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Sonnt., 17. März, mitt. 12½ U.: Zu Mittelpreisen. **Fünfte Vorstellung im Zyklus erfolgreicher Vorstellungen.** **Faust** von Goethe, der Tragödie I. Teil.

Abends 6 U. (zu gewöhnl. Pr.): **Faust** von Goethe, der Tragödie I. Teil.

Montag, 18. März, abds. 7½ Uhr: Zum Gedächtnis an Frank Wedekind, † 9. März 1918. **Erdgeist.**

Dienstag, 19. März, ab. 7½ U.: Zum 1. Male: **Uraufführung. Hausmusik.** Ehekomödie-Zyklus von Lothar Sachs. In Szene gesetzt von Max Montor. Scherzo: **Eheurlaub.** Allegretto vivace: **Der Freund meiner Frau.** Capriccio: **Die tieftrauernde Witwe.**

Mittwoch, 20. März, ab. 7½ U.: **Der rote Hahn** (Fortsetzung v. „Der Biberpelz"). Donnerst., 21. März abds. 7 Uhr: **Nathan der Weise.** Nächste Aufführung von: **Der Verschwender,** Sonntag 24. März abds 7 Uhr.

Neu-Anmeldungen zum Abonnement für die Spielzeit 1918/1919 werktäglich von 11 bis 1 Uhr im Theaterbureau (Bühneneingang Borgesch.).

Schiller-Theater.

Direktion **Hans Pichler.**

Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Letzte **Schüler-Vorstellung. Minna von Barnhelm.**

Abends 7½ Uhr: **Sappho.**

Sonntag, 12 Uhr. **Heimat.** 3 Uhr: **Aus Großvaters Zeiten.** 7½ Uhr: **Unter der blühenden Linde.**

Montag, abends 7½ Uhr: Gastspiel **Konrad Gebhardt. Aus Großvaters Zeiten.**

Neues Operetten-Theater

Spielbudenplatz 1.

Sonnabend, 16 März ab. 7½ U.: **Die Csárdásfürstin.**

Sonntag, 3 Uhr: Kleine Preise. **Die tolle Komteß.**

Abends 7½ Uhr: **Lenz und Liebe.**

Montag, 18. März, ab. 7½ Uhr: **Die Csárdásfürstin.**

Dienstag 19. März, abds 7 Uhr: Erstaufführung! **Alt-Hamburg.** Ein heiteres Spiel in 4 Akten von Stein und Steinmann.

Mittwoch, 20. März, abds. 7½ U.: **Lenz und Liebe.**

Donnerst. 21. März abds. 7½ U.: **Die Rose von Stambul.**

Freitag, 22. März, abds. 7½ U.: **Die Csárdásfürstin.**

Neues Theater.

Sonnab., 16. März, abds. 7½ U. **Zum 79. Male:** Gastspiel **Anton Franck.** **Die Königin der Luft.**

Sonntag, nachm. 3½ Uhr: **Die spanische Fliege** mit **Anton Franck** in der Hauptrolle.

Thalia-Theater.

Sonnabend, 16. März: **Hamburger Volks-Oper.**

Direktion: **Carl Richter.**

Sonnabend, 16. März, nachm. 4 Uhr: Kinder 25 ₰ bis M. 1.80. **Häusel und Gretel vor der Himmelstür.**

Abends 7½ Uhr:

1. Gastspiel d. Kammersängers **Alois Pennarini.** **Der Evangelimann.**

Sonntag, 3 Uhr: Kleine Preise. **Jungfer Sonnenschein.**

Abends 7½ Uhr: **Der Wildschütz.**

Montag, 18 März, abds. 7½ Uhr: 2. Gastspiel d. Kammersängers **Alois Pennarini.** **Der Zigeunerbaron.**

Dienstag, 19. März, abds 7½ U.: 3. Gastspiel des Kammersängers **Alois Pennarini.** **Der Evangelimann.**

Mittwoch, 20. März nachm 3½ Uhr: Schüler- und Familien-Vorstellung bei kleinen Preisen. **Martha.**

Abends 7½ Uhr: Abschieds-Gastspiel des Kammersängers **Alois Pennarini.** **Der Zigeunerbaron.**

Carl Schultze-Theater.

Direktion **Herman Haller.**

Sonnabend 16 März 7½ Uhr: **Drei alte Schachteln.**

Sonntag, 17. März, nchm. 2½ U.: Kleine Preise. **Das Fräulein vom Amt.** — Abends 7½ Uhr: **Drei alte Schachteln.**

Montag, 18. März, ab. 7½ Uhr: **Drei alte Schachteln.**

Dienstag, 19. März, ab. 7½ Uhr: **Der Zigeunerbaron.**

Ernst Drucker-Theater.

Sonnabend, Anf. 7½ Uhr: Der große Erfolg des Tages! Das Neueste! **Aus dem Tagebuch einer Butterfrau.** Titelrolle: Wilhelm Seybold.

Wandsbecker Stadt-Theater.

Sonntag, 17. März, 3 Uhr: **Königin Tausendschön u. Prinzessin Häßlich.** Kindermärchen in 5 Bildern von C. A. Görner,

Preise: 1.20, 90 75 50, 35 25.

Sonntag, 17. März, 7½ U.: **Gastspiel Elly u. Moritz Geisthövel.** **Der lustige Vagabund.** Spitzbubenoperette in 3 Akten von Julius Bischinsky.

Preise: M. 2,50, 2, 1.80, 1,50, 1.20, 1. —,70.

FLORA.

Dir.: **Siegfried Simon.**

März 1918.

Wiener Blut

Operette in 3 Akt. von **Viktor Léon u. Leo Stein.** Musik von **Johann Strauss.**

Mitwirkende: **Christa Hoffmann, Vera Dollen, Hermann Feiner, Alfred Maack.**

Anfang: Wochent. 7½ U. Sonntgs. 5 Uhr.

Eden.

Ab **15. März:** **Wir brauchen keine Männer mehr.** Burleske v. Otto Richter.

Vorher der vorzügl. **Varieté-Teil.**

Sagebiel

Drehbahn.

Unter dem Protektorat Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen Heinrich v. Preußen

Klar zum Gefecht

Marinespiel in 3 Akten von Heinrich Gilardone.

Täglich Anfang 3 Uhr

Sonntags **2 Vorstellungen,** nachm. 3½ u. abends 8 Uhr. Nachm. Militär und Kinder halbe Preise.

Mittwochs und Sonnabends 3½ Uhr:

Familien- u. Schüler-Vorstellung

(M. 2.—, 1.50, 1.—, 50 Pfg., Kinder die Hälfte).

Für Gold ein Freiplatz Für d. Marinelichesdienst.

„Der Hias"

Nur noch kurze Zeit

Täglich wechselndes, inhaltsreiches Programm mit neuen Darbietungen erster Künstler.

HANSA-THEATER

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 64.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Zweiter Verbandstag des Bauarbeiter-Verbandes.

k. Nürnberg, 13. März.

Den dritten Verhandlungstag füllte die Besprechung des Verbandsstatuts aus. Das einleitende Referat hielt Verbandsvorsitzender Paeplow, der den Statutenentwurf des Vorstandes eingehend begründete. Dieser sieht eine völlige Neugestaltung des Statuts und der Verbandseinrichtungen vor. Der Verband soll sich künftig nicht nur auf das Deutsche Reich, sondern auch auf die ihm auf Grund internationaler Verträge zugewiesenen Grenzgebiete der Nachbarländer erstrecken, wodurch den praktischen Bedürfnissen in diesen Bezirken Rechnung getragen wird. Da die Gewerkschaften infolge der Verbesserung des Vereinsgesetzes nicht mehr als politische Organisationen angesehen werden, schlägt der Vorstand vor, die bisherige besondere Jugendabteilung aufzuheben und die Jugendlichen dem Verband gleich als Mitglieder zuzuführen. In der Gliederung des Verbandes soll eine Aenderung insofern eintreten, als mehrere benachbarte Ortsvereine, die zum gleichen Wirtschaftsgebiet gehören, zu einem Bezirksverein zusammengelegt werden. Die Vereinsvorstände sollen erweitert werden, ihnen soll ein Vereinsausschuß zur Seite stehen. Der Beirat soll in der bisherigen Form bestehen bleiben. Paeplow wendet sich gegen Anträge, die den Beirat abschaffen oder ihm eine andere Zusammensetzung geben wollen. Vorstand und Beirat hätten gut zusammen gearbeitet. Nach den Aufnahmebedingungen sind künftig vom Beitritt ausgeschlossen Kranke und Invaliden, auch wenn sie zeitweilig arbeitsfähig sind. Personen über 60 Jahre alt sollen nur ausnahmsweise aufgenommen werden. Das Eintrittsgeld betrug bisher 50 ₰, nach der Vorlage des Vorstandes schwankt es zwischen ℳ 1 bis ℳ 5, je nach dem Lebensalter des Aufzunehmenden. Die wichtigste Reform des Statuts ist die der Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen. Paeplow betont, daß beide Fragen in untrennbarem Zusammenhang ständen. Wir haben im Vorbericht Einzelheiten der Vorlage besprochen, worauf hingewiesen sei. Der Vorstandsvorschlag geht auf wesentliche Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen. Wer aber, sagt Paeplow, erhöhte Unterstützungen will, muß auch erhöhte Beiträge wollen.

In der ausgedehnten Diskussion begründeten die Delegierten die zahlreich hierzu vorliegenden Anträge auf Abänderung der Vorstandsvorlage. Im allgemeinen werden die Vorschläge des Vorstandes günstig aufgenommen; sie entsprächen, wurde erklärt, dem Wunsche der Mehrheit der Kollegen. Gegenüber dem Vorschlag des Vorstandes auf Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auf das ganze Jahr wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß dadurch der Verband zu stark belastet werde.

Der Verbandstag überwies schließlich die Vorlage nebst den Anträgen einer Kommission. Morgen wird über die Verlängerung des Tarifvertrages beraten.

Konferenz des Verbandes der Schiffszimmerer Deutschlands.

Hamburg, 10. und 11. März.

Da es dem Verband der Schiffszimmerer wegen der Kriegsverhältnisse bisher nicht möglich war, eine ordnungsmäßige Generalversammlung abzuhalten, entschloß sich der Zentralvorstand zur Einberufung einer Konferenz, bestehend aus dem Vorstand, dem Ausschuß, den Bezirksleitern und Vertretern größerer Zahlstellen, um die durch die Kriegswirkungen dringend notwendig gewordenen Aenderungen, insbesondere im Beitrags- und Unterstützungswesen, vornehmen zu können. Der Konferenz lag eine Vorlage des Vorstandes vor, in welcher statt des bisher gezahlten einheitlichen Beitrages von 70 ₰ pro Woche ein solcher von ℳ 1 in der ersten und 80 ₰ in der zweiten Klasse vorgesehen ist. Demgemäß brachte die Vorlage eine den allgemeinen Teuerungsverhältnissen besser angepaßte Festsetzung der Unterstützungen. So war für Streikunterstützung statt der bisherigen Sätze von ℳ 10 und ℳ 12 pro Woche eine nach der Dauer der Mitgliedschaft geregelte Staffelung für die erste Klasse bis zu ℳ 3,50 und für die zweite bis zu ℳ 3 pro Tag vorgesehen. Für Arbeitslosenunterstützung war statt des bisherigen Satzes von ℳ 1,30 pro Tag eine Staffelung für die erste Beitragsklasse von ℳ 1,80 steigend bis zu ℳ 2,50 und in der zweiten Klasse ein Satz von ℳ 1,50 steigend bis zu ℳ 2 pro Tag aufgestellt. Als Neuerung war ferner bei Bezug von Unterstützung jeder Art Fortzahlung des Beitrages gefordert. Die Sätze für Krankenunterstützung blieben in der Vorlage unverändert, während für Sterbeunterstützung eine Erweiterung der Höchstgrenze von ℳ 45 auf ℳ 75 angeführt war. Zu dieser Vorlage waren von den Zahlstellen Breslau, Hamburg und Kiel-Gaarden-Wellingdorf Abänderungsanträge gestellt.

Der Verbandsvorsitzende Allers eröffnete die Konferenz und führte etwa folgendes aus:

Es sei zu erwarten, daß nach Kriegsende das Wirtschaftsleben Deutschlands bei Umstellung von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft vor schweren Erschütterungen kaum bewahrt bleiben werde. Wenn auch dem deutschen Schiffbau nach Kriegsende infolge des allgemeinen Mangels an Frachtraum eine glänzende Hochkonjunktur bevorstehe, so habe man doch auf den Werften mit der dann im allgemeinen schlechten Lage des übrigen Arbeitsmarktes zu rechnen, der die Unternehmer zu Versuchen ermutigen werde, die während des Krieges gewährten Erhöhungen der Verdienste der Werftarbeiter wieder abzubauen. Daher gelte es, für die Zukunft die Widerstandsfähigkeit der Organisation gegen solche Bestrebungen zu erhöhen, wozu in der Vorlage geeignete Mittel und Wege angegeben seien.

Bei Erstattung des Geschäftsberichts weist der Vorsitzende darauf hin, daß der geschäftsordnungsmäßige Termin für Abhaltung einer Generalversammlung bereits um drei Jahre überschritten sei. Die Mitgliederzahl weise seit Kriegsausbruch bis zum Jahre 1916 einen Rückgang, seit 1917 eine erhebliche Zunahme auf. An der Hand eines reichen Zahlenmaterials weist der Redner nach, daß in den letzten drei Jahren eine Lohnerhöhung um ℳ 16 766 pro Woche für die Mitglieder erreicht ist. Leider werde diese Erhöhung durch die Teuerung mehr als aufgehoben.

Die bei Kriegsausbruch von fast allen Verbänden vorgenommene Aufhebung aller Unterstützungseinrichtungen — mit Ausnahme der Arbeitslosenunterstützung — wurde durch das am 9. Mai 1915 wieder in Kraft gesetzte Statut rückgängig gemacht.

In weitere Details auf die Tätigkeit des Vorstandes und dessen Beschlüsse während der Kriegszeit eingehend, kommt Redner zu dem Schluß, daß ene nennenswerte Opposition gegen die Beschlüsse des Vorstandes durch die Mitglieder nicht erfolgte, woraus gefolgert werden könne, daß allseitiges Verständnis für die durch die Zeitverhältnisse gebotenen Maßnahmen obwaltete. Dies Vertrauen zum Verband zu erhalten, müsse für die Zukunft unsere höchste Aufgabe sein.

Aus dem vom Kassierer Wichers gegebenen Kassenbericht ist hervorzuheben, daß die Hauptkasse seit 1915 zwar in jedem Jahre Ueberschüsse erzielte, diese aber von Jahr zu Jahr gesunken sind. Die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung betrugen in den Jahren 1913 bis 1917 ℳ 57 050. An Familienunterstützung wurde von 1914 bis 1917 gezahlt ℳ 37 951.

Nach einer Generaldebatte über die zur Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswesens vorliegenden Anträge werden in der Spezialdiskussion die oben angeführten Anträge des Vorstandes angenommen. Eine Ausnahme hiervon macht nur die Bestimmung über Krankenunterstützung, die nach dem Beschluß der Konferenz nicht unverändert gelassen, sondern in der 1. Klasse um 20 ₰ pro Tag erhöht wird; die Unterstützten sind vom Beitrag befreit. Unter anderen werden noch folgende Bestimmungen der Vorstandsvorlage angenommen:

Jede Zahlstelle hat über die Wahl der Beitragsklasse, die für ihre Mitglieder gelten soll, durch Versammlungsbeschluß selbst zu entscheiden.

Reiseunterstützung wird wie Arbeitslosenunterstützung behandelt.

Zur Bestreitung örtlicher Verwaltungsausgaben behalten die Zahlstellen der Beitragsklasse I von jedem geleisteten Wochenbeitrag 12 ₰, die der Beitragsklasse II von jedem Beitrag 10 ₰ am Orte.

Ebenfalls angenommen wurden die vom Vorstand vorgeschlagenen Ausführungsbestimmungen, welche besagen, daß nach Annahme der Konferenzbeschlüsse durch die Urabstimmung die neuen Wochenbeiträge vom 1. Juli 1918, die erhöhten Unterstützungen am 1. Januar 1919 in Kraft treten; die Urabstimmung soll in der Zeit vom 23. März bis 15. April 1918 stattfinden. Die Resultate sind bis zum 22. April dem Vorstand einzusenden.

Bei der Aussprache über Agitation wurde von allen Rednern betont, daß die Kriegsverhältnisse außerordentlich hemmend wirkten. Doch trat überall der feste Wille zutage, nach Beseitigung dieser Hemmungen wieder mit aller Energie für den Ausbau des Verbandes sorgen zu wollen. Der Vorsitzende schloß sodann die Konferenz mit dem Wunsch, die Kollegen in großer Mehrzahl von der Nützlichkeit und Notwendigkeit der gefaßten Beschlüsse zu überzeugen, so daß ein gutes Resultat der Urabstimmung Mitgliedern und Verband zum Segen gereichen möge.

Arbeiterbewegung.

Deutsches Reich.

Der Zimmererverband im Jahre 1917.

Das Jahr 1917 hat auch dem Zimmererverbandes eine Mitgliederzunahme gebracht. Zwar ist sie nicht sehr groß, aber gegenüber dem starken Rückgange in den voraufgegangenen Kriegsjahren doch recht erfreulich. Während sich der Mitgliederbestand um 2008 erhöht hat, von 17 099 auf 19 107, ist der Bestand an Zahlstellen noch etwas zurückgegangen, und zwar von 632 auf 610. 22 Zahlstellen, die zu allermeist nur noch ein bescheidenes Dasein führten, mußten ihre Tätigkeit 1917 ganz einstellen, weil ihr Mitgliederbestand durch Einberufungen zum Heeresdienst nahezu vollkommen geschwunden war. Die Zunahme an Mitgliedern kommt vorwiegend größeren Verbandsorten zugute, in deren Nähe Kriegs- oder kriegswichtige Bauten zur Ausführung kamen; die private Bautätigkeit ruhte vollkommen. Einen starken Mitgliederzuwachs hatte der Zimmererverband in Ostpreußen erwartet, wo nach den getroffenen Vorbereitungen im Zerstörungsgebiet mit einer äußerst regen Bautätigkeit gerechnet werden mußte. Diese Erwartung ist nicht eingetreten; der Wiederaufbau Ostpreußens geht anscheinend langsamer vor sich, als geplant war. Der Mitgliederzuwachs im Gesamtverbande wäre ein größerer gewesen, wenn die Agitation mehr Unterstützung aus Mitgliederkreisen gefunden hätte.

Die Finanzlage des Verbandes ist anhaltend günstig. Das Verbandsvermögen stiegt im Jahre 1917 um ℳ 171 147, auf ℳ 5 251 683; davon entfallen ℳ 794 743 auf die Zahlstellenkassen, der Rest auf die Verbandshauptkasse. Unter den finanziellen Aufwendungen des Verbandes stehen auch 1917 an erster Stelle die Ausgaben für Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer. Bisher hat der Verband achtmal eine derartige Unterstützung gezahlt. Für die ersten sieben Raten (die achte kommt erst im ersten Vierteljahre 1918 zur Verrechnung) sind aus der Hauptkasse und aus Mitteln der Zahlstellen zusammen ℳ 1 445 367 ausgegeben.

Für die Verbesserung der Lage seiner Mitglieder hat der Zimmererverband auch im Jahre 1917 getan, was möglich war. Der Erfolg seiner Arbeit kommt in einer Teuerungszulage von 25 ₰ für die Stunde zum Ausdruck, wovon 15 ₰ ab 27. April und 10 ₰ ab 10. Dezember fällig wurden. Bilden diese Zulagen auch keinen Ausgleich für die durch die Teuerung verursachten Mehrausgaben, so verdienen sie doch billige Anerkennung. Die letzte im Dezember getroffene Vereinbarung sieht noch eine Zulage von 5 ₰ für die Stunde vor, die am 1. April 1918 eintreten soll. Soweit eine Uebersicht zu erlangen war, werden die Zulagen im allgemeinen gezahlt; nur in einzelnen Orten gibt es Unternehmer, die fast immer eine Ausnahme machen müssen. Recht unangenehm berührt es, daß in letzter Zeit Werksleitungen einzelnen kriegswichtigen Betrieben früher zugestandene Zulagen in Abzug bringen beziehungsweise auf die letzten zentral vereinbarten Zulagen anrechnen. Leider ist es bisher nicht gelungen, diese Maßnahmen rückgängig zu machen.

Ueber Arbeitslosigkeit und Krankheit unter den Mitgliedern werden im Zimmererverband regelmäßig Erhebungen veranstaltet. Arbeitslosigkeit war im Jahre 1917 so gut wie gar nicht vorhanden, im Gegenteil war die Nachfrage nach Arbeitskräften durchweg stärker als das Angebot. Auch über den Gesundheitszustand seiner Mitglieder kann der Verband nur Günstiges berichten; die Krankenziffer hielt sich das ganze Jahr hindurch selten niedrig. Daß das Verbandsleben im allgemeinen in ruhigen Bahnen verlief, ist den Zeitverhältnissen zuzuschreiben. Vielen Zahlstellen wäre allerdings eine regere Tätigkeit zu wünschen; vor allen Dingen könnte die Agitation unter den Unorganisierten mit größerem Eifer betrieben werden. Geschieht das und wird dadurch eine weitere Stärkung des Mitgliederbestandes herbeigeführt — die Möglichkeit dazu ist gegeben —, dann kann der Verband dafür bürgen, daß er wie bisher auch in Zukunft mit allem Nachdruck für die Interessen seiner Mitglieder und zugleich damit auch der aller Zimmerer Deutschlands einstehen wird.

Generalversammlung des Bäcker- und Konditorenverbandes. Die 14. ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands ist zum Montag, den 6. Mai, und folgende Tage nach Leipzig, Volkshaus, Zeitzer Straße 32, einberufen. Auf der vorläufigen Tagesordnung stehen unter anderm folgende Punkte: Der Reichstarif mit dem Zentralverband der Konsumvereine. Die Anträge auf Aenderung des Statuts und der Unterstützungs-Reglements. Der Kampf um die dauernde Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit. Unternehmergewinne und Arbeiterlöhne in unserm Berufe. Die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Gewerbes und unsere Tarifbewegung. Die Lehrlingsfrage im Bäcker- und Konditorgewerbe. Unsere internationalen Verbindungen.

Hamburger Staatsangelegenheiten.

Die Politisierung der Bürgerschaft

macht Fortschritte. Die Fraktion Linkes Zentrum hat nach langer, sehr erregter Debatte die Auflösung der Gruppe beschlossen. Ihren Uebertritt zur Nationalliberalen Fraktion haben erklärt: Dr. Baage, Dr. Bulle (Cuxhaven), Kehrhahn, Kümpel, H. Lütgens, Dr. Sieveking, Amandus Stubbe. Etwa 12 Herren haben sich ihre endgültige Erklärung noch vorbehalten, doch ist ihr Uebertritt zur Nationalliberalen Fraktion ebenfalls wahrscheinlich. Herr Schumacher schließt sich voraussichtlich der Linken an, Herr Köster den Konservativen.

Mitteilungen aus dem Hamburgischen Kriegsversorgungsamt.

Abgabe von Süßstoff.

In der Zeit vom 18. bis 22. März 1918 darf auf den Süßstoffabschnitt der für die Woche vom 16. bis 22. März gültigen Warenbezugskarte Nr. 45 ein Briefchen Süßstoff (H-Packung) in den Apotheken, soweit vorrätig, abgegeben und entnommen werden.

Aufhebung der für Steinwärder und den Kleinen Grasbrook eingerichteten Ausgabestelle für Lebensmittel- und sonstige Bezugskarten. Mit dem 16. d. M. wird die für Steinwärder und den Kleinen Grasbrook in der Volksschule Neuhoferstraße 5 eingerichtete Kartenausgabestelle des Kriegsversorgungsamtes aufgehoben, da die Volksschule Neuhoferstraße 5 eingeht. Vom 18. d. M. an hat ein Teil der bisher zur Verteilungsstelle 157 gehörigen Einwohner seine Karten im Bezirk 41 (Volksschule Taubenstraße 6), der andere Teil im Bezirk 159 (Volksschule Stelldeich 28) in Empfang zu nehmen, umzutauschen und zurückzuliefern. Das Nähere ist aus der heute veröffentlichten Bekanntmachung des Kriegsversorgungsamtes ersichtlich.

Tages-Bericht.

Freitag, den 15. März.

Hamburg.

Spart beim Kochen mit Gas!

Die Direktion der Gaswerke teilt uns mit: Die Verwendung des Gases ist bekanntlich zu Leuchtzwecken als Gasglühlicht, zum Kochen, zum Heizen von Räumen, zum Betrieb von Gasmotoren, zu technischen Zwecken verschiedenster Art. Der größte Teil der gesamten Gasabgabe dient neuerdings ohne Zweifel zum Kochen am Gasherd, der sich in den meisten Haushaltungen eingeführt hat; der Mangel an Kohlen für den Kohlenherd hat das Gaskochen ganz ungemein gefördert. Mit den bestehenden etwa 30 000 Münzgasanlagen sind ebenso viele Kochapparate mit zwei Flammenstellen in die Bevölkerung gebracht worden; leider war es neuerdings wegen Mangels an Material den Gaswerken trotz vielfacher Wünsche nicht möglich, die Zahl noch weiter zu erhöhen. Schon der eigene Nutzen sollte lehren, beim Kochen mit Gas die größte Sparsamkeit zu beobachten, da sich hierdurch die Gasrechnung verkleinert; bei einer großen Zahl der Kochstellen wird Sparsamkeit geübt; sie trägt wesentlich dazu bei, die vorhandenen, immer noch geringen Vorräte an Kohlen in den Gaswerken zu strecken. Es läßt sich sparsam und verschwenderisch kochen, wie jede Hausfrau aus Erfahrung weiß; so z. B. ist es im Kochtopf nicht möglich, Wasser oder Speisen durch die größte Gasflamme über 100 Grad Celsius, d. h. zum Kochen, zu bringen. Es ist also sparsam, nach dem Erreichen des Kochens die Gasflamme auf den fünften Teil wenigstens zu verringern, ohne daß das Kochen aufhört. Auch sollte die Größe der Flamme stets nur so groß gestellt werden, daß sie beim Ankochen etwa ¾ des Topfbodens berührt. Die Wärme genügt noch, den ganzen Topf zu heizen. Besonders bewährt sich der Gebrauch der Kochkiste, in welcher die zum Kochen erhitzten Speisen mehrere Stunden so heiß erhalten werden, daß sie ohne Gasverbrauch gar kochen. Die Lage der Gaswerke in bezug auf Kohlenvorräte ist immer noch so, daß um die den Winter hindurch geübte Sparsamkeit im Gasverbrauch jeder Art auch weiterhin dringend gebeten werden muß. Nur bei allseitiger Sparsamkeit wird es möglich sein, die jetzige Sperrzeit und Polizeistunde beizubehalten.

Lustbarkeiten in der Karwoche.

Im Anschluß an die im Anzeigenteil dieser Nummer veröffentlichte Verordnung des Generalkommandos wird darauf hingewiesen, daß zu den lärmenden Lustbarkeiten, die während der ganzen Karwoche und am ersten Osterfeiertag (von Palmsonntag 24. März bis Ostersonntag, 31. März einschließlich) verboten sind, nicht nur die Karussells, Schaukeln, Hippodrome u. dgl., sondern auch in geschlossenen Räumen stattfindende Lustbarkeiten gehören, wenn sie von der Straße aus ohne weiteres als laute und ausgelassene Veranstaltungen bemerkbar sind. Außerdem sind nach früheren Anordnungen an den drei letzten Tagen der Karwoche (Gründonnerstag, Karfreitag, Ruhetag einschließlich der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag) verboten: die Vorstellungen in den Theatern, soweit sie nicht vom Senat besonders genehmigt sind, Singspiele, Gesangs- und deklamatorische Vorträge, alle sonstigen Schau- und Darstellungen, auch die Lichtspielvorführungen, in den Wirtschaften auch Kegelspiel und Musik.

Ein gewerbsmäßiger Logisdieb. Der vielfach bestrafte, erst Ende vorigen Jahres aus dem Zuchthause entlassene Hermann Friedrich August Hasselbrück mietete im Januar in Hamburg und Altona unter allen möglichen verschiedenen Namen nacheinander an fünfzehn verschiedenen Stellen Logis. Bereits am Tage nach seinem Einzuge verschwand er überall wieder unter Mitnahme der Bettwäsche des von ihm benutzten Bettes. Aber auch andere Sachen, wie Kleidungsstücke, Geschirr usw., sowie ein Sparkassenbuch über ℳ 200 und ℳ 600 in barem Gelde hielt er des Mitnehmens wert. Am 1. Februar fand sein gemeingefährliches Treiben durch seine Festnahme ein Ende. Der geständige Angeklagte, der sich damit verteidigt, daß er keine Arbeit finden konnte, wird zu fünf Jahren Zuchthaus, sechs Jahren Ehrverlust verurteilt.

Hafen und Schiffahrt.

Erhöhungen der Elbe-Eilfrachten.

Am 1. April d. Js. tritt ein neuer Tarif der Vereinigten Elbe-Schiffahrtsgesellschaften für Elbschiffsverladungen zwischen Hamburg und Aken, Barby, Dresden, Schönebeck, Kl.-Wittenberg, Laube, Magdeburg, Meißen, Riesa, Tetschen, Torgau, ferner für die Verkehre an Magdeburg, sowie zwischen Sachsen und Stettin in Kraft, welcher Erhöhungen gegen die bisherigen Frachtraten vorsieht.

Neuer Hochseefischdampfer. Der für die Altonaer Hochseefischerei-Aktien-Gesellschaft neuerbaute Fischdampfer „Nienstedten“ machte seine Probefahrt. Der Dampfer ist auf der Schiffswerft und Maschinenfabrik von J. G. Hitzler in Lauenburg erbaut. Das Schiff hat die Abmessungen der neuerbauten Hamburger Hochseefischdampfer. Es hat eine Heißdampf-Dreifache-Expansionsmaschine von reichlich 400 indizierten Pferdekräften bei Ausrüstung des Kessels mit Dampfüberhitzer, elektrische Beleuchtung in allen Räumen. Auch besitzt es funkentelegraphische Einrichtung zur Nachrichtenübermittlung. An Hilfsdampfmaschinen besitzt es Dampfsteuermaschine, Dampfankerspill und Dampfwinde. Bei der Probefahrt erreichte es reichlich elf Seemeilen Geschwindigkeit. Die Abnahme erfolgte von der Reederei bereits während der Probefahrt. — Auf der genannten Werft ist auch das Schwesterschiff „Altona“ erbaut worden, das im Laufe dieser Woche zur Ablieferung gekommen ist.

Lebensrettung. Beim Festlegen seines Boots glitt der Ewerführerlehrling Anton Avermann ab und stürzte in den Zollkanal. Hier geriet er unter den Boden einer Schute. Mehrere Ewerführer eilten mit ihren Haken herbei und bewirkten seine Rettung. Die angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Der Gerettete konnte nach etwa einer Stunde nach seiner Wohnung gebracht werden.

Wandsbeck und Umgegend.

Lebensmittelabgabe in der Woche vom 17. bis 23. März.

Die Lebensmittel-Kommission teilt uns mit, daß in der Woche vom 17. bis 23. März 1918 folgende Lebensmittel abgegeben werden: 200 Gramm Weizengrieß auf die Bezugskarte für Kinder unter 5 Jahren. 100 Gramm Teigwaren auf den ersten Nährmittel-Abschnitt der neuen Warenbezugskarte. 150 Gramm Zucker. 250 Gramm Marmelade. 70 Gramm Margarine. 6½ Pfund Kartoffeln auf die Kartoffelkarte zum Preise von 10 ₰ für das Pfund. 1 Pfund Steckrüben zum Preise von 10 ₰ für das Pfund. 250 Gramm Fleisch auf die Reichsfleischkarte. 1750 Gramm Brot und 100 Gramm Mehl. Milch laut Bekanntmachung des Magistrats vom 26. November 1917. Frische Fische täglich bei allen Fischhändlern, soweit Vorrat vorhanden. Die Abgabe von Lebensmitteln (Weizengrieß, Zucker, Haferflocken) gegen Krankenscheine findet bis auf weiteres in den nachstehenden Geschäften statt: Für Mariental: P. Weger, Goethestr. 69, für die innere Stadt: M. Brandt, von Lengerckestr. 29, für die übrigen Bezirke: W. Biel, Manteuffelstr. 126.

Einmalige Petroleum-Verteilung. Inhaber von Petroleum-Vorzugskarten, denen keinerlei Gaslicht zur Verfügung steht, können für eine einmalige Belieferung mit Petroleum gegen Vorlegung der Vorzugskarten Ausweise im Einwohnermeldeamt erhalten. Abgegeben werden: Auf einen vollen Anteil Ausweise über 1 Liter, womit der Bedarf bis zum Eintritt der Sommerzeit (15. April) zu decken sein wird. Die Ausgabe des Petroleums geschieht in nachgenannten Geschäften: Martin Brandt, v. Lengerckestr. 29, Carl Hirsch, Lübeckerstraße 153, Ed. Gehrke, Langestr. 17, Johannes Kunstein, Neustr. 22, Handelsgesellschaft „Produktion“, Bramfelderstraße, Paul Weger, Goethestr. 69. Ohne Ausweis darf kein Petroleum mehr abgegeben werden.

Lebensmittelversorgung. Auf Abschnitt 15 der Warenbezugskarte werden für diese Woche 250 Gramm Marmelade abgegeben.

Städtischer Koksverkauf. Ab Lager Lydiastraße werden auf Ordnungskarten Nr. 1501—1600 am Montag, 18. März, 1601—1700 am Dienstag 19., 1701—1800 am Mittwoch 20., 1801—1900 am Donnerstag, 21., 1901—2000 am Freitag, 22., 2001—2100 am Sonnabend 23. März, zwei Doppel-Hektoliter Koks abgegeben.

Der Haushaltsplan der Stadt Wandsbeck für 1918 schließt in Einnahme und Ausgabe mit ℳ 5 779 500 gegen ℳ 4 898 000 im Vorjahre ab. Davon entfallen auf den ordentlichen Haushalt ℳ 5 716 000 gegen ℳ 4 787 000 im Jahre 1917. Ueberschüsse sollen liefern: die städtischen Anstalten ℳ 206 155 (gegen ℳ 288 680 im Vorjahre) und die Steuern ℳ 1 686 560 (gegen ℳ 1 347 560). Zuschüsse erfordern die Allg. Verwaltung ℳ 303 200 (gegen ℳ 193 900), Liegenschaften ℳ 14 414 (gegen ℳ 10 936), Zinsen- und Schuldenverwaltung ℳ 348 000 (gegen ℳ 347 800), die Unterhaltung allgemeiner Verkehrsanstalten ℳ 66 040 (gegen ℳ 37 270), Feuerlöschwesen ℳ 11 170 (gegen ℳ 6797), Polizeiverwaltung ℳ 186 400 (gegen ℳ 151 400), Schulverwaltung ℳ 527 796 (gegen ℳ 492 302), Armenpflege ℳ 129 240 (gegen ℳ 136 250), Kirchen und milde Stiftungen ℳ 33 527 (gegen ℳ 23 958), Staatliche, Provinzial- usw. Angelegenheiten ℳ 170 582 (gegen ℳ 139 602). Insgemein ℳ 102 205 (gegen ℳ 104 427).

Bramfeld. Umtragung in die Brotkundenliste. Da die Bäckerei von Soltau in Wellingsbüttel geschlossen wird, fordert die Gemeinde die dort eingetragenen Kunden auf, sich in der nächsten Bäckerei eintragen zu lassen. Das Brot für die Woche vom 16. bis 22. März muß noch vom Bäcker Soltau bezogen werden.

t. Alt-Rahlstedt. Der Fleischverkauf im Schlachtbezirk 6 findet statt am Sonnabend, 16. März, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags in der Reihenfolge der Kundenlistennummern. Im Schlachtbezirk 8 erfolgt die Fleischversorgung am Sonnabend, 16. März, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags nach Kundenlisten.

t. Alt-Rahlstedt. Warenausgabe. Die Versorgungsstelle 3 verteilt 1 Pfund Waschpulver auf Nr. 64 der Warenbezugskarte. — Der Ausschuß für Lebensmittelversorgung der fünf Nachbargemeinden bringt Saaterbsen in seiner Verkaufsstelle, Bachstraße 13, zum Verkauf. Die Saatkarten sind vorzulegen.

Staubpilze.

Von Guido Höller.

[9]

(Schluß.)

Aber ein Stachel war in seiner Brust zurückgeblieben; es war ihm nie gleichgültig gewesen, was andere von ihm dachten, und darum wurmte es ihn, daß sie ihn im falschen Lichte sahen. So war er unentschlossen, ob er die Anzapfung übersehen oder ob er sich rechtfertigen sollte und Mary bedurfte nicht vieler Worte, seinen ersten im Aerger gefaßten Vorsatz umzustimmen. Er ging und war angenehm berührt, wie zuvorkommend man ihn begrüßte. Mit keinem Worte wurde der Karte gedacht und alle taten, als ob nichts vorgefallen wäre. Und — war es seine mildere Stimmung, hatte sich ein übertriebener Eindruck in seinem Gedächtnis festgesetzt oder hatte der Stammtisch wirklich seinen guten Tag — er fand die Unterhaltung durchaus angemessen und er konnte wie sie lachen und lärmen.

Es gefiel ihm mit jedem Mal besser, und bald erzählte er auch, von Marys neugierigen Fragen getrieben, was er gehört hatte. Es war auch zu unterhaltend, in die ehelichen Geheimnisse anderer Menschen einzudringen, zu erfahren wie sich bei ihnen die verschwiegensten nur dem Dunkel sichtbaren Verhältnisse gestalteten. Was allein dem Gefühlston des hochbrausenden Augenblicks erträglich ist, würde in das Licht trüben Biertunstes gezerrt, würde zum lüsternen Gesprächsstoff angetrunkener Männer gemacht. Müßten nicht die Frauen Abscheu empfinden über diese schamlose Entblößung ihres geschlechtlichen Empfindens, das sich um seiner Hoheit willen in das Gewand seelischer Auswirkungen gehüllt hat. Ist dieses Indenkotzerren weniger gemein als die körperliche Untreue, über die alle Welt den Stab bricht? Verwandelt es nicht den lauteren Quell, aus der die Menschheit in das Licht geistigen Werdens steigt, in den unreinen Born gemeiner, tierischer Lust? Und die Frau, die zur Hüterin der Reinheit bestellt ist, sollte sich darüber nicht empören? Doch Mary hörte es gern, was Rudolf aus dem Bockskreis des Stammtisches mitbrachte, und wenn ihm auch das Gröbste nicht gleich über die Zunge wollte, sie wußte solange zu fragen, bis ihre Neugier zufrieden war, und es wird nicht lange mehr dauern, so wird Mary den Reiz der persönlichen Einkleidung entbehren können und an der nackten ins allgemeine gehenden Zote ihr Gefallen haben. Sie waren beide nicht im stande gewesen, sich von den die Alltagsluft erfüllenden Staubpilzen zu bewahren, und die Fäulniserreger hatten in ihrem von Selbstsucht und Niedrigkeit zersetzten Empfinden gute Wachstumsbedingungen gefunden. Nur ein starkes, nach den Höhen der seelischen und geistigen Entwicklung treibendes Fühlen vermag ihrer Vermehrung abzuwehren.

Das Wetter im Hause besserte sich, die Gereiztheit schwand und Gleichmut trat an ihre Stelle. Mary hatte ihren gewünschten Zweck erreicht. Rudolf ging regelmäßig zu den Zusammenkünften und seine Gedanken hatten die erforderliche Ablenkung erhalten, daß ihr Alleinsein die stürmischen Formen ablegte und in die ruhigen Bahnen der Gewohnheit steuerte. Mary hatte die Mutter wieder zu ihrer Vertrauten gemacht, und wenn Rudolf bei seinen Freunden war, saßen sie in eifrigen Gesprächen beieinander. Sie wollte ihre alte Machtstellung zurückgewinnen und die Mutter unterstützte sie dabei gern, sie hatte in ihrer eigenen Ehe genug erfahren, was es heißt, sich in allen Fragen unterordnen zu müssen. „Du warst rechtzeitig auf dem Posten, so kann es Dir nicht fehlen. Wir besitzen in dem Verlangen des Mannes ein letztes Mittel, unsere Wünsche durchzusetzen, wenn wir behutsam sind und unseren Widerspruch unter dem Mantel scheinbaren Entgegenkommens zu verbergen wissen.“ Dieser Ratschlag fiel auf fruchtbaren Boden, da Mary ihn schon unbewußt angewandt und auch die Natur hatte, ihn durchzuführen. Sie hätten gern zusammen eine Badereise gemacht, fürchteten aber, daß sie an Rudolfs Widerstand scheitern würde. Doch der mußte überwunden werden.

Ein strahlend schöner Sonntag war einer grauen arbeitsreichen Woche gefolgt. Der Frühling hatte sein grünes, buntbeblümtes Gewand ausgebreitet, unter dem leuchtenden Himmelsblau strömten die Menschen in den frohesten Farben ins Freie und wetteiferten mit der Natur in freudigster Lebensbejahung. Rudolf und Mary saßen beim Morgenkaffee, und die hellen Sonnenlichter flimmerten über Tassen und Teller und weckten die Lust, mit ihnen über Wiesen und Felder zu wandern. „Hast Du Dir schon einen Sommerplan zurechtgelegt?“ nahm Mary das Wort. Rudolf sah sie fragend an. „Ich dächte, wir könnten uns wieder einmal einen Landaufenthalt gönnen.“ „Hast Du auch bedacht, was es kostet?“ „Wir haben es ja, mir würde es gut tun, und auch Du siehst angegriffen genug aus.“ „Wenn es Deine Gesundheit verlangt, reisen wir. Aber wohin?“ „Ich glaube, die Nordsee wird uns allen am besten bekommen.“ Damit war Rudolf einverstanden und versprach, einen Reiseführer zu Rate zu ziehen, um einen einfachen, wenig besuchten Ort mit schönem Badestrand ausfindig zu machen. Aber davon wollte Mary nichts wissen, die Verpflegung sei dort nicht gut und sie würden sich auch zu Tode langweilen. „Du willst Dich doch erholen?“ „Für mich ist es keine Erholung, sich vor aller Welt zu vergraben, ich muß Menschen sehen, mit denen ich meine Müdigkeit weglachen kann.“ „So hast Du schon einen Ort ausgesucht?“ „Ich bin für Norderney.“ „Du hältst mich wohl für einen Krösus; aber ich habe keinen Sinn für solch maßlose Verschwendung.“ „Du übertreibst, es kommt nicht viel teurer als Deine bescheidenen Sommerfrischen; man kriegt aber auch was für sein Geld, lebt im großen Strom der Welt und hat das Gefühl, etwas zu bedeuten und vorzustellen.“ „Und sollen die Kinder auch dieses Leben mitführen?“ „Meine Mutter will mitgehen und sie beaufsichtigen, daß wir uns freier bewegen können.“ „Soweit ist alles schon verabredet, da brauche ich wohl nur ja zu sagen und den Säckel zu ziehen. Nein, daraus wird nichts; ich fühle mich nicht wohl unter dieser großtuerischen Gesellschaft und denke mit Freuden an Rügen zurück; werde anspruchsloser, wenn Du reisen willst.“ Mary versuchte Rudolf vergeblich für ihre Ansicht zu gewinnen, der endlich mißmutig das Gespräch abbrach. Sie aber nahm sich den Fehlschlag nicht sehr zu Herzen und sprach bei sich: „Ich kriege doch meinen Willen.“

Tage verstrichen, ohne daß einer der Sommerreise gedachte. Als aber eines Abends der gewohnte Kuß wärmer ausfiel, beschloß Mary den letzten Angriff zu wagen. Sie kleidete sich in ein leichtes Gewand, das Arme und Nacken freiließ und war in munterster Laune. Verwundert sah Rudolf sie an und fragte, ob sie sich vorgenommen hätte, auszugehen. „Darf man sich nicht für seinen Eheliebsten schön machen? Ist das durch strenge Hausordnung verboten?“ „Aber ich habe Lust, noch einen Schoppen zu trinken, wenn Du so aufgeräumt bist.“ „Das können wir auch zu Hause tun,“ und sie holte eine Flasche Wein. Sie stießen an und sahen sich vergnügt in die Augen. „Das Leben ist doch schön, wenn man im rechten Augenblick zugreifen kann,“ meinte Rudolf. „Ist heute ein solcher Augenblick?“ fragte Mary und brachte den Arm in seine Blicknähe. Er ergriff den Arm und umschloß ihn mit beiden Händen. „Ist es nicht dumm, daß die schönsten Stunden so schnell vergehen?“ „Wenn sie nur oft genug kommen, soll die Zeit schon rennen,“ und die Gläser klangen aufs neue zusammen, daß sie wie schadenfrohe Teufelchen kicherten. „Weißt Du, daß Weib und Wein nicht nur dem Buchstaben nach zusammengehören?“ „Ja sie berauschen beide und schwatzen das Herz auf die Zunge. Doch kennst Du auch den Unterschied?“ „Jung erfreut das Weib und alt der Wein am meisten,“ und Rudolf zog sie an sich und küßte sie. Mary blieb in seinen Armen liegen und fühlte, wie sich sein Verlangen entzündete. „Du bist so anders heute, bringst mir das Blut in Wallung daß wieder rote Rosen blühen.“ „Nur dein Eigensinn hat sie zurückgehalten, sind sie Dir Norderney nicht wert?“ „Sei still davon und störe diese schöne Stunde nicht, komm!“ und er wollte sie mit sich fortziehen. Sie aber sperrte sich und sagte: „Der Leib ist schwach, doch will mein Wille ihm nicht folgen, sei lieb zu mir und sage ja,“ und sie preßte sich an ihn und schmeichelte ihm mit ihren Händen. Das nahm ihm den letzten Widerstand, und, seiner Einwilligung froh, glühte das Feuer in heißer Umarmung auf.

Grau schritt der nächste Tag über die Erde; aber in Mary lachte das siegreiche Weib, sie kleidete sich sorgfältig an, der Mutter zu sagen, sich für die Badereise zu rüsten. Keck trug sie ihren Erfolg zur Schau. Als sie jedoch auf die Straße trat, sprach eine geschminkte Dirne sie frech-vertraulich an. Das überstieg alle Begriffe! Eine ehrbare Frau auf offener Straße so zu verdächtigen. Und sie erboste sich, daß keine strengen Maßregeln bestanden, das bezahlte Laster in den Schranken seines dunklen Daseins zurückzuhalten.

Die Verblendung ist von jeher die Begleiterin des Unrechts gewesen, und darum fühlte Mary nicht, daß ihre Gesinnung sie neben jenes verachtete Geschöpf stellte und sie sich selbst das Urteil sprach.

Ende.

Theater und Musik.

Thalia-Theater.

Raoul Auernheimers seichtes leichtes Unterhaltungslustspiel „Das Paar nach der Mode“, das früher schon in Altona ein anspruchsloses Publikum mit seinen blinkenden Scherzen erfreute, ist nun an die Thalia-Bühne hinübergewechselt. Ella Kobold, die einmal wieder auf der Bühne zu sehen, man sich immer freut, gab die tragende Rolle der Mutti Förster so frisch, so reizvoll, daß man, zumal auch die übrigen Hauptrollen eine vortreffliche Besetzung erfahren haben, die Unbedeutendheit des Stückes fast darüber vergaß. Aber es ist dennoch gut, daß man auf dem Zettel schon für die kommende Woche den „Hamlet“ angekündigt fand. Dabei erholt man sich selbst von dem sprühendsten Auernheimer.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Veranstaltungen des Bildungs-Ausschusses.

(Geschäftsstelle und Ausgabe der Billette Fehlandstraße 11, „Echo“.)

Schiller-Theater.

Am Mittwoch, 20. März, abends 7½ Uhr, gelangt das neue Lustspiel „Herzlich Willkommen“ zur Aufführung. Karten sind von heute, Sonnabend, an der Kasse des Bildungsausschusses zu haben.

Harburg und Wilhelmsburg.

Eduard Sander, einer der eifrigsten Harburger Parteigenossen, ist am Donnerstag, 14. März, durch einen Unglücksfall im Alter von 52 Jahren gestorben. Einer unserer Besten ist mit ihm gefallen. Er war 15 Jahre lang Bezirksführer und während der Kriegszeit füllte er manche Lücke aus. Er war neben der Partei auch für seine Gewerkschaft, den Verband der Maschinisten und Heizer, sowie für die „Volksfürsorge" ein eifriger Agitator. Das Andenken Eduard Sanders wird von allen, die ihn kannten, hoch in Ehren gehalten werden. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 1½ Uhr, statt.

Die Fabrikarbeiter versammeln sich heute, Sonnabend, abends 8½ Uhr, im Lokale von Fr. Schnack, Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich.

Zum Schutze gegen Feuersgefahr erläßt das stellvertretende Generalkommando des 10. Armeekorps eine Verordnung, wonach für die Monate März bis einschließlich Oktober für Forsten, Wälder, Heiden und Moore, sowie für gefährliche Stellen in deren Nähe einschließlich aller hindurchführenden öffentlichen und privaten Wege verboten ist: das Rauchen, abgesehen vom Rauchen aus gedeckten Pfeifen, das Anzünden von Feuer außerhalb einer polizeilich genehmigten Feuerstätte, das Betreten mit unverwahrtem Feuer und Licht, sowie das Fallenlassen, Fortwerfen oder das unvorsichtige Umgehen mit brennenden oder glimmenden Gegenständen.

Treibriemendiebstahl. Auf den Erdölwerken am Reiherstieg in Wilhelmsburg wurde ein Treibriemen zerschnitten und zum Teil gestohlen. Für die Ermittlung des Täters setzt die Fabrikleitung eine Belohnung von M. 100 aus.

Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise wurde die Ehefrau des Landwirts Eddelbüttel vom Schöffengericht in Harburg zu M. 500 Geldstrafe verurteilt. Sie hatte nach Hamburg Kartoffeln verkauft und dabei den Höchstpreis überschritten.

Kleine Chronik.

Honigwucher. Der Imker Voß in Osnabrück, der unter Ueberschreitung des Höchstpreises für Honig, der M. 3,50 für das Pfund beträgt, Honig zu M. 5 das Pfund verkaufte, wurde dem „B. T." zufolge, von der Strafkammer zu M. 6000 Geldstrafe verurteilt. — Mit den Honiggeschäften des Amtsgerichtsrats Priest aus Fehrbellin hatte sich das Kammergericht in letzter Instanz zu befassen. Nachdem der Amtsgerichtsrat P. pensioniert worden war, ließ er sich in Fehrbellin nieder und widmete sich der Imkerei. Als sich verschiedene Personen bereit erklärten, Honig zu kaufen, schrieb er an diese Personen und fragte an, was sie für ein Pfund Honig geben wollten, das Pfund Honig solle in Berlin schon acht Mark kosten. Im Gegensatz zu der Entscheidung des Schöffengerichts verurteilte das Landgericht den Angeklagten im zweiten Rechtsgange zu einer Geldstrafe. Das Kammergericht wies die Revision als unbegründet zurück und machte geltend: Der Vorderrichter habe angenommen, daß der Angeklagte in den Postkarten einen Preis von acht Mark für ein Pfund Honig gefordert habe. Bei dieser Auslegung sei dem Landgericht kein Rechtsirrtum unterlaufen. Die Verurteilung wegen übermäßiger Preissteigerung erscheine also gerechtfertigt.

Raub. Wie der „Oberschlesische Wanderer" meldet, wurde morgens der Bote der Deutschen Bank auf der Breitenstraße in Rybnik auf dem Wege von der Post zum Bankgeschäft überfallen und ihm zwei Geldbeutel mit M. 300 000 Inhalt geraubt. Ein Geldbeutel mit M. 230 000, den der Räuber auf der Flucht von sich warf, ist inzwischen gefunden worden. Mit dem Rest von M. 80 000 entkam der Räuber.

Die Explosionskatastrophe in Halifax. Havas meldet aus Halifax (Kanada): Der Präsident der Hilfskommission, Rogers, teilte mit, daß nach der amtlichen Schätzung die Zahl der Opfer der Explosion des Munitionsdampfers „Mont Blas", der das umfangreiche Unglück in Halifax verursachte 1800 bis 2000 Tote beträgt. Der Sachschaden beläuft sich auf 22½ Millionen Dollar. 13 Millionen Dollar wurden zur Hilfeleistung gesammelt.

Veranstaltungen des Jugendbundes.

Altona, Jugendheim, Blücherstraße 28. Sonntag, 17. März, morgens: Agitation. Treffen 9 Uhr vorm. Jugendheim. — Mittwoch, 20. März: Teilnehmerversammlung.

Wandsbeck, Sternstraße 27, bei Gerstenkorn. Sonntag, 17. März: Theaterbesuch. — Mittwoch, 20. März: Teilnehmerversammlung.

Eimsbüttel 1, Ecke Marthastraße und Eppendorferweg, bei Goldammer. Sonntag, 17. März, nachmittags 3 Uhr: Halbtagswanderung nach Bönningstedt mit der Abteilung Eimsbüttel 2 zusammen. Abmarsch 2 Uhr von der Abteilung. — Mittwoch, 20. März: Fragekasten.

Hoheluft, Gärtnerstraße 41, Ecke Wrangelstraße, bei Rosenbaum. Sonntag, 17. März: Wanderung nach Harburg. Treffen 6¼ Uhr vorm Lokal. — Mittwoch, 20. März, abends 8¼ Uhr: Märchenabend.

1. Distrikt, Sonnabend, 16. März, abends 8,30 Uhr: 18jährigen-Veranstaltung bei Hubert. — Sonntag, 17. März, morgens 10 Uhr, bei Agnes Hübert, Sandweg 14, 3. St.: Feldpost- und Festkommissionssitzung. Die Festkommissionssitzung ist für die Agitationsfeier am 17. April in der Aula der Realschule Bogenstraße.

Ihlenhorst, Beethovenstraße 1, Ecke Winterhuderweg, bei H. Drews. Sonntag, 17. März: Halbtagswanderung nach der Tarpenbek. Treffen morgens 6 Uhr am Flurstraßenbahnhof. — Mittwoch, 20. März, abends 8 Uhr: Diskussion.

Barmbeck, Jugendheim, Hinrichsenstraße. Sonnabend, 16. März: Vorlesen: „Die Bettlerin von Pont des Arts" von Hauff. — Sonntag, 17. März, 3,30 Uhr: Ueben für den Elternabend. 8,30 Uhr: Liederabend. — Mittwoch, 20. März: Vortrag von einem Jugendlichen.

Eilbeck, Eilbeckerweg 61, bei Rehren. Sonntag, 17. März, nachmittags 3 Uhr: Treffen im großen Saal des „Schwarzen Bären", Wandsbeck: Einlassungsfeier der Turner. — Montag, 18. März, pünktlich abends 8 Uhr: Probe: „Wilhelm Tell", im großen Saal des „Schwarzen Bären, Wandsbeck. Das Erscheinen aller ist unbedingt notwendig! — Mittwoch, 20. März: Diskussion.

Neustadt, Jugendheim, Gr. Theaterstraße 44. Sonntag, 17. März: Distriktsvortrag über die Gefahren des Nikotins und Alkohols. — Mittwoch, 20. März: Diskussion: „Was ist Freundschaft?"

St. Pauli, Wilhelminenstraße, bei Heitmann. Sonntag, 17. März, nachmittags: Außenspiele. Treffen 2 Uhr vorm Lokal. Abends 8 Uhr: Diskussionsabend. — Montag, 18. März: Fortsetzung der Diskussion über die Wirtschaftslehre. — Mittwoch, 20. März: Teilnehmerversammlung. Anfang präz. 8½ Uhr.

Ottensen, Jugendheim, Friedensallee 46. Sonntag, 17. März: Plattdeutscher Leseabend. — Mittwoch, 20. März: Vortrag über die Entstehung der Zeitung.

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg
am 16. März:
Flut: 8 Uhr 3 Min. nachm. — Ebbe: 3 Uhr 34 Min. nachm.

Anzeigen.

Verbot von lärmenden Lustbarkeiten.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird folgendes angeordnet:

Während der Zeit vom 24. März (Palmsonntag) bis 31. März (ersten Osterfeiertag) 1918, beide Tage einschließlich, dürfen lärmende Lustbarkeiten nicht stattfinden.

Lärmend im Sinne dieser Verordnung sind Lustbarkeiten dann, wenn sie für das auf Straßen und Plätzen verkehrende Publikum wahrnehmbar und geeignet sind, die allgemeine, in jenen Tagen ernster gerichtete Stimmung zu stören (z. B. der Betrieb von Karussell, Schaukel, Hippodrom und dergl.).

Zuwiderhandlungen ziehen die in § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. Dezember 1915 — R.-G.-Bl. S. 818 — vorgesehenen Strafen nach sich.

Altona, den 8. März 1918.

Stellvertr. Generalkommando IX. Armeekorps.
gez. **v. Falk,**
General der Infanterie.

Bekanntmachung
über die Abgabe von Lebensmitteln.

1. Zuckerhaltige Aufstrichmittel.

§ 1.

In der Woche vom 16. bis 22. März 1918 dürfen auf den Marmelade-Abschnitt der für die Woche gültigen Warenbezugskarte (Nr. 45) 250 Gramm Marmelade zum Preise von 45 ₰ bei demjenigen Kleinhändler, bei welchem der Verbraucher als Kunde in die Marmelade-Kundenliste eingetragen ist, abgegeben und entnommen werden.

2. Süßstoff.

§ 2.

Für die Woche vom 16. bis 22. März 1918 darf gegen Vorlage der für die Woche gültigen Warenbezugskarte Nr. 45 und Abtrennung des mit „Süßstoff" bezeichneten Abschnittes 1 Briefchen Süßstoff (H-Packung), vom Montag, 18. März, ab in den Apotheken, soweit vorhanden, abgegeben und entnommen werden.

3. Mühlenerzeugnisse.

§ 3.

Auf die Abschnitte 45a, 45b und 45c der für die Woche vom 16. bis 22. März 1918 gültigen allgemeinen Warenbezugskarte und der Kinderwarenbezugskarte gelangen insgesamt 60 Gramm Weizengrieß zur Verteilung.

Bei Verzicht auf Essenentnahme in den Kriegsküchen sind bei Entnahme der 60 Gramm Weizengrieß, die nur in derjenigen Kleinverkaufsstelle erfolgen kann, bei welcher die Eintragung in die Kundenliste erfolgt ist, die mit 45a, 45b und 45c bezeichneten Abschnitte der allgemeinen Warenbezugskarte bezw. Kinder-Warenbezugskarte abzutrennen.

Diejenigen, welche Essen in den Kriegsküchen erhalten, können auf den Abschnitt 45a 80 Gramm Weizengrieß beziehen. Die mit 45b und 45c bezeichneten Abschnitte berechtigen jeder entweder zur Empfangnahme von 1 Liter (Portion) Kriegsküchenessen für drei Tage, oder ½ Liter (Portion) Kriegsküchenessen für eine Woche, oder zur Empfangnahme von je 15 Gramm Weizengrieß in den Kleinverkaufsstellen.

Auf die beiden Abschnitte der Nährmittelzusatzkarte für Rüstungsarbeiter dürfen entnommen und abgegeben werden je entweder ½ Liter (Portion) Kriegsküchenessen täglich in der Woche,
oder je 1 Liter (Portion) Kriegsküchenessen an drei Tagen in der Woche,
oder 20 Gramm Weizengrieß in derjenigen Kleinverkaufsstelle, in der die Eintragung in die Kundenliste erfolgt ist.

Soweit bei den Kleinhändlern noch Vorräte aus den Verteilungen der Vorwochen vorhanden sind, sind die Kleinhändler berechtigt und verpflichtet, diese an Stelle des Weizengrieß an die Verbraucher abzugeben.

Die Abgabepreise für Weizengrieß betragen:

60	Gramm	4 ₰
120	„	8 „
180	„	12 „
240	„	16 „
300	„	20 „
360	„	24 „
420	„	27 „
480	„	31 „
540	„	35 „
600	„	39 „

§ 4.

Auf den Abschnitt 45e der für die Woche vom 16. bis 22. März 1918 gültigen Kinderwarenbezugskarte dürfen in den bekanntgegebenen Kleinverkaufsstellen 250 Gramm Nährmittel (im allgemeinen in Packung) abgegeben und entnommen werden.

4. Kaffee-Ersatzmittel.

§ 5.

Bis auf weiteres dürfen Kaffee-Ersatzmittel an Einzelverbraucher nur von denjenigen Kleinhandelsgeschäften abgegeben werden, in deren Kundenlisten die Einzelverbraucher eingetragen sind. Die Einzelverbraucher dürfen die Kaffee-Ersatzmittel ihrerseits nur in diesen Geschäften entnehmen.

Ausgenommen ist die Abgabe und Entnahme der Kaffee-Ersatzmittel für Inhaber von Schifferkarten und Militärurlauberkarten. Die Abgabe und Entnahme der Kaffee-Ersatzmittel für diese darf bei allen Kleinhändlern erfolgen.

§ 6.

Auf dem Kaffeeabschnitt der allgemeinen für die Woche vom 16. bis 22. März gültigen Warenbezugskarte (Nr. 45) darf in der Zeit vom 16. März bis 6. April ½ Pfund Kaffee-ersatzmittel abgegeben und entnommen werden. Auf den Kaffeeabschnitt der für die Woche vom 16. bis 22. März gültigen Warenbezugskarte für Schiffer und Urlauber darf ⅓ Pfund Kaffee-Ersatzmittel abgegeben werden.

Die auf den Kaffeeabschnitt der allgemeinen Warenbezugskarte jetzt zur Verteilung gelangenden Kaffee-Ersatzmittel sollen für die Versorgungszeit vom 16. März bis 6. April reichen.

Auf die jeweils gültigen Schiffer- und Urlauberkarten dürfen auch in den nächsten Wochen, falls nichts Gegenteiliges bestimmt wird, wöchentlich ⅓ Pfund Kaffee-Ersatzmittel abgegeben und entnommen werden.

§ 7.

Die Kleinhändler haben die von ihnen abgetrennten Kaffeeabschnitte der allgemeinen Warenbezugskarte Nr. 45 in der Woche vom 7. bis 13. April, auf gummierte Bogen aufgeklebt, der Kaffeeabteilung des Kriegsversorgungsamts zusammen mit den Bestandsaufgaben einzureichen. Die Kaffeeabschnitte der Schiffer- und Urlauberkarten sind gesondert allwöchentlich der Kaffeeabteilung einzuliefern.

5. Eier.

§ 8.

In der Woche vom 16. bis 22. März 1918 darf auf den Eierabschnitt der Warenbezugskarte Nr. 45 für Kinder vom 7. bis 36. Lebensmonat ein Ei abgegeben und entnommen werden. Der Preis ist ab 16. März d. J. bis auf weiteres auf 42 ₰ für das Stück festgesetzt.

6. Strafbestimmungen.

§ 9.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu M. 1500 bestraft.

Hamburg, den 15. März 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung,
betreffend
Aufhebung der für Steinwärder und den Kleinen Grasbrook eingerichteten Karten-Ausgabestelle des Kriegsversorgungsamts.

Mit dem 16. März 1918 wird die in der Volksschule Neuhoferstraße 5 für die allgemeine Ausgabe von Lebensmittel- und sonstigen Bezugskarten eingerichtete Verteilungsstelle und die ebenda befindliche Bezirks-Ausgabestelle Nr. 157 aufgehoben.

Vom 18. März dieses Jahres an sind zuständig:

1. die bei den allgemeinen Ausgaben von Lebensmittel- und sonstigen Bezugskarten in der Volksschule Taubenstraße 6 eingerichtete Verteilungsstelle und die ebenda befindliche Bezirks-Ausgabestelle 41 für die Einwohner folgender Straßen:
Arningstraße, Athabaskahöft, Auguste Victoria Kai, Ballinkai, Breslauer Ufer, Bubendey Ufer, Buchheisterstraße, Burchardkai, Grenzweide, Ellerholz, Ellerholzdamm, Ellerholzhöft, Grevendamm, Grevenhof, Grevenhof-Ufer, Griesenwärder, Griesenwärderdeich, Hellinghöft, Kaiser Wilhelm Höft, Klütjenfelde, Klütjenfelderstraße, Köhlbranddeich, Köhlbrandhöft, Kohlenkai, Beim Kraftwerk, Kronprinzenkai, Kuhwärderhöft, Kupferdamm, Lotsenhöft, Mittelufer, Mönckebergkai, Nehlsstraße, Neuhof, Neuhoferstraße, Norderelbstraße, Nordersand, Oberhöft, Parkhöft, Preböhlkai, Reiherdamm, Reiherkai, Reiherstraße, Rethwisch, Roeloffs Ufer, Rohrweg, Roß, Roßdamm, Roßhöft, Roßkai, Rugenbergen, Schanzenweg, Schilfstraße, Seemannshöft, Steinwärder Ufer, Stettiner Ufer, Stillhornerdamm, Tollerort, Vogelreth, Vulcanhöft, Vulcankai, Werftstraße, Westerweg, Worthdamm,
sowie für diejenigen Personen, die auf Steinwärder auf Schiffen und in Werft- und sonstigen Betriebsanlagen wohnen;

2. die bei den allgemeinen Ausgaben von Lebensmittel- und sonstigen Bezugskarten in der Volksschule Sielbeich 28 eingerichtete Verteilungsstelle und die ebenda befindliche Bezirks-Ausgabestelle 159 für die Einwohner folgender Straßen:
Afrikahöft, Afrikakai, Amerikahöft, Amerikakai, Asiakai, Australiakai, Berliner Ufer, Brandenburger Ufer, Bremer Kai, Dessauer Ufer, Dresdener Ufer, Hallesches Ufer, Hansahöft, Harburgerchaussee, von der Hannoverschen Bahn westlich, Holthusenkai, Indiakai, Krahnhöft, Lübecker Ufer, Melniker Ufer, Niedernfelde, Niedernfelder Ufer, Oswaldkai, Potsdamer Ufer, Pragerufer, Schumacherwärder, Segelschiffkai, Spandauer Ufer, Tankweg, Veddelerdamm, Veddelhöft.

Hamburg, den 15. März 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Marktbesuchstage
für den Deichtormarkt in Hamburg

Die Besuchsordnung für Händler und Großverbraucher auf dem Deichtormarkt in der **Woche vom 17. bis 23. März 1918** wird wie folgt bekanntgegeben:

	Hauptmarkt	Nebenmarkt vormittags	Nebenmarkt nachmittags
1. Gruppe:			
Händler (A-H)	Mittwoch	Montag	
Großverbraucher (A-G)	Freitag	Donnerstag	Dienstag
2. Gruppe:			
Händler (J-P)	Montag	Dienstag	
Großverbraucher (H-P)	Mittwoch	Freitag	Sonnabend
3. Gruppe:			
Händler und	Montag	Mittwoch	
Großverbraucher (Q-Z)	Freitag	Sonnabend	Donnerstag

Altona, den 15. März 1918.

Der Magistrat. Schnackenburg.

Der Oeffentliche Arbeitsnachweis Bergedorf, Abteilung für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, im Stadthause, Wentorferstraße 13, Zimmer 6a, sucht für Schüler, die im März dieses Jahres die Stadtschule verlassen, Lehrstellen. Gewünscht werden Lehrstellen bei Kaufleuten, Banken, Krämern, Drogisten, Bäckermeistern, Elektrotechnikern, Schlossermeistern, Maurermeistern, Zimmermeistern, Schlachtermeistern, Landwirten, Gärtnern und Molkereibesitzern.

Die Abteilung für Berufsberatung erteilt unentgeltlich Auskunft über die gemeldeten Lehrlinge und fordert auch für ihre Vermittlung keine Gebühren.

Bergedorf, den 27. Februar 1918.

Oeffentlicher Arbeitsnachweis Bergedorf.
Abteil. für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung.
Stadthaus, Wentorferstraße 13, Zimmer 6a.



Bestellen Sie jetzt Ihren Garten!

Denken Sie beizeiten daran, Ihre Einkäufe zu decken! Alles wird knapp u. ist schwer z. haben.
Darum sorge jeder schon jetzt dafür!
Wo decken Sie Ihren Bedarf an
Gemüse-Sämereien, Erbsen u. Bohnen
(Saatkarte nicht vergessen), Obstbäumen und Sträuchern, Rhabarber-Pflanzen, Erdbeeren, Dahlien-Knollen, Erbsenbusch, Bohnenbusch, Baumpfählen, Obstbaum-Karbolineum, Raupenleim usw.?

In Barmbeck
bei **Sophus Witt,**
Hamburgerstrasse 184,
Samenhandlung.
2 Min. von der Hochbahnstation Dehnhaide, Haltest d. Strassenb.-L. 6, 7, 8, 9. Mesterkamp.
Machen Sie einen Versuch; jeder noch so weite Weg lohnt sich!

Beachten Sie auch bei Bedarf mein den grössten Anforderungen entsprech. **Blumengeschäft.** Reichste Auswahl in fertig dekorierten Topfpflanzen, Schnittblumen in Masse. **Trauerkränze** in nie gesehener, grossartigster Auswahl Aufmerksamste erstklassige Bedienung!
Meine Geschäfte bestehen schon seit 20 Jahren.
Hamburgerstrasse 184 u. 186, 3 grosse Schaufenster.

Bekanntmachung.
Am **Montag, 18. März,**
findet in **Bergedorf**
Schweinemarkt
statt.
Bergedorf, 16. März 1918.
Der Magistrat.
Walli.

Gut geh. silb. Ank. **Rem.-Uhr** (Doppelkapsel) m. Kette u. schwer. silb. Zigarett.-Etui. Gärtnerstraße 112, I. l., Eimsb.

Schneide-Anstalt,
Schulterblatt 58. **Isermanns Industriehaus,** H. A, III., schneidet alle Kräuter, Tabak (Ersatz), auch Chemikalien.

Ränzel
imitiertes Seehundsfell ... 12,75

Schultasche
für
Hand und Rücken
3,95

Ränzel
Kalbfell, Lederriemen, Ledereinfassung 23,75

Schwammdosen 45, 38,	25 ₰	Bleistifte, „Faber" ... 8,	5 ₰
Federkasten 1,10, 75,	30 ₰	Buntstifte ... Karton	30 ₰
Federhalter-Etuis 2,45, 1,75,	1,45	Bleistiftanspitzer	15 ₰
Frühstückstaschen	1,35	Federhalter ... 18,	5 ₰
Frühstückstaschen m. Blecheinsatz	2,75	Schreibfedern Dutzend	32 ₰
Büchertaschen, Wachstuch,	4,75	Löschblätter, Mappe 25 Stück	30 ₰
Schultaschen, Hansersatz. 1,75,	1,25	Tafelschwämme	10 ₰

L. Wagner,
Grosslager **Elbstrasse 70–86.**

Dringende Bitte!

Zu der bereits am kommenden **Mittwoch und Donnerstag, den 20. und 21. März,** stattfindenden **Ziehung** bitte ich meine geehrten Kunden, die

Erneuerung 3. Klasse
der 350. Hamburger Staats-Lotterie

baldmöglichst vorzunehmen und tunlichst auch die Vormittagsstunden hierfür zu benutzen, da der Andrang kurz vor der Ziehung bekanntlich ein derartig starker ist, dass **langes Warten** nicht vermieden werden kann.

Plangemäss hat die **Erneuerung vor dem 16. März d. J.** zu geschehen, doch können Lose, soweit vorhanden, bis zum

19. März d. J., abds. 7 Uhr,

erneuert werden.

Ueber diesen Termin hinaus können Lose nicht mehr reserviert werden.

Gleichzeitig erlaube ich mir, auch diejenigen meiner werten Kunden, welche die **durch Boten** oder **per Post** zuzustellenden Erneuerungslose nicht rechtzeitig erhalten haben, darauf aufmerksam zu machen, **dass sie sich selbst, um ihre Rechte zu wahren,** den Besitz der Lose zu sichern haben.

Rob. Th. Schröder
Firma gegründet 1870.
Hauptgeschäft: **Graskeller 6.**
Filialen: Reeperbahn 147, Steindamm 33, Eimsb. Chauss. 23, Hamburgerstr. 8, Billhorner Röhrendamm 54, Eppendorferbaum 34, Wandsbecker Chaussee 303
Cuxhaven: Deichstr. 17. **Bergedorf:** Grossestr. 32.

Wir empfehlen:
Der wahre Jacob.
Nummer 826.
Preis 15 Pfennig.
Buchhandlung Auer & Co.,
Hamburg 36, Fehlandstraße 11.
Auch zu beziehen durch sämtliche **Filialleiter** und **Kolporteure des „Hamburger Echo".**

Kinderwagen, gut erhalten, auf Gummi, für M. 30 zu verkaufen. **Schmidt,** Barmbeck, Vollsdorferstraße 28, Keller.

Alte Gebisse,
höchstzahlend, pro Zahn bis M. 2, kauft Benkendorff, nachm. 3–7 Uhr, Wilhelminenstraße 19, part.

Daunenb. Oberd. M. 50, Gänsefedern m. Daunen 6,50 per Pfd., Bettstell., Matr. **Bettenlager Sander,** Osterstr. 20, Hp.

Gebr. Bettstelle m. Matratze, einf. Waschtisch m. Geschirr, Küchentisch, Konzertzither zu verkaufen. **Bultze,** Zimmerstraße 55, III. l.; nach 5 Uhr.

Arbeitsmarkt

Arbeiterinnen gesucht
für das Artilleriedepot in **Mecklenburg.**
Meld.: 8—12 Uhr mit Meldeschein u. Invalidenkarte im Städtischen Arbeitsnachweis, **Altona,** Lessers Passage.

Nieter,
möglichst solche, welche schon auf
Feldbahnwagen
gearbeitet haben, sofort gesucht.
Holsatia, Werk II, Altona-Ottensen, 1. Bornstr. 31.

Tüchtige Schirrmeister und Zuschläger
für unsere Reifen- und Beschlagschmiede **sofort gesucht.**
Holsatia, Werk II, Altona-Ottensen, 1. Bornstraße 31.

Ueber Frau Pastor **Werner,** die zwei Jahre eine unserer Kriegsküchen in vorbildlicher Weise geleitet hat und vor 1½ Jahren aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten ist, sind in Anlaß ihrer früheren Tätigkeit ehrverletzende Gerüchte verbreitet.

Wir erklären hiermit, daß diese Gerüchte völlig unwahr sind; sie entbehren jeglicher tatsächlichen Grundlage.

Der Speise-Ausschuß der Hamburger Kriegsküchen.
Lattmann.

Bretter,
Plankenpfähle, Einzäunungspfähle, Latten, Leisten, Wassertonnen usw. billig zu verkaufen.
Sonnabends nachm. von 4 Uhr an, Sonntags v. 9–12 Uhr u. Mittwochs v. 9–12 Uhr.
Rehben, Lokstedt, Grandweg,
2 Min. v. Grenzh. Hoheluft-Ch.

Zu verk. eine 2schläf. Bettstelle mit Rahmen, fast neu, 2tür. Kleiderschr., 2 Sofas u. Tische. Sonntag 9—11 Uhr vorm. Stadtdeich 10, ptr.

Vermietungen.

Kleinere Wohnungen (2 Zimmer und Küche) Breitergang 18/19 per sofort. Näheres daselbst.

Zu vermieten: Amidammachergang 36/37, bei der Werpassage, 2-Zimmerwohnungen. Näheres daselbst 1. Et.

Zu vermieten:
Eine 2-Zimmerwohnung
M. 240 p. a.
Marckmannstr. 24.

Eiffestr. 628/630 sind per sof. od. spät. 2 Läden, sowie sehr schöne 2- u. 3-Zim.-Wohng. zu verm. Näh. Verw. Cordes, Nr. 628.

Hamburgerstrasse 172, Voigt.
8 bis. Werkst. Licht- u. Kraftanl.

Tüchtigen I. Akzidenzsetzer
sucht Hartung & Co., Hamburg 25.

Morgenmädchen gesucht. Frau **Horn,** Alt. 2 Wielandstr. 6 III.

Per sofort gesucht
tüchtige Schneiderin
auf Aenderungen u. Neuanfertigung.
Gottschalk & Grünning,
Grindelallee 87, I.

Gesucht tüchtige
Arbeiter
für Maschinentransport.
Zu melden abends nach 7 Uhr Rönnhaidstr. 74, IV., beim Monteur Madauss.

Zimmerer
sof. gesucht von **O. Timm, Baugeschäft, Eidelstedt,** Kielerstraße 30. Gr. 5. 1780.

Bühnenarbeiter
sofort gesucht.
Schiller-Theater, Altona.

Gesucht ein Mann für Gartenarbeiten.
Hasselbrookstr. 44, Lad.

Größere Lagergesellschaft (Kriegsgesellschaft) sucht auf sofort 10 bis 12 in Faßarbeiten
erfahrene Küper.
Näheres bei **Metzlaff,** Ferdinandstraße 58, III., von 9—12 und von 2—5 Uhr.

Selbständiger
Betriebs-Elektriker
sowie
2 Betriebsschlosser
gesucht.
Gaswerk Wandsbeck.

Maschinenmeister
sucht Hartung & Co., Hamburg 25.

Kohlenarbeiter
gesucht.
F. Bauck & Co.,
Danielstraße 91, 6½ Uhr.

Tüchtige Schlosser
und Arbeiter für Montage nach Geesthacht. Zu melden abends nach 7 Uhr bei **Adam,** Lappenbergs-Allee 5, part.

Per sofort gesucht Schmiedeschirrmeister bei dauernder Arbeit. Billw. Neudeich 154, Schiffsschmiede.

Ges. erstklassig. Schuhmacher für Damen u. Herren, evt. zum Mitarbeiten für Neuanfert. **Tostmann,** Gr. Bleichen 8. Von 1—3 Uhr geschlossen.

Gesucht zu Ostern Klempner- und Mechanikerlehrling.
J. Laudi, Eiffestr. 53.

Rehmstr. 15/17 sind per sof. od. spät. 2 Läden, sowie schöne 2- u. 3-Zim.-Wohng. zu verm. Näh. Verwalter **Klod,** daselbst.

Ges. Hausarbeiter mit Dauerschein, welche Zigarren oder Zigarillos in kl. Quanten verk. **Meyer,** Bogenstr. 14, P.-A. 18.

Verloren auf dem Wege Leibnizstraße über Wandsb. Chaussee nach der Mädchenschule Kantstraße eine gold. Damen-Armbanduhr. Gegen M. 20 Belohnung abzugeben bei **Lindenberg,** Leibnizstr. 10, II.

Nähmaschinen aller Systeme, neue u. gebr., kauf. Sie nirg. günstiger als bei **Leifermann,** Stadthausbrücke 19 u. Maxstr. 2.

Gut geh. silb. Dam.- u. Herr.-Rem.-Uhr m. Kette zu verkaufen. **Wandsbeckerstieg 40, II. l.**

Gummi-Sohlen,
haltb., nicht brechend, 4 mm stark, von der E. S. G. gen., fertig z. Selbstaufnageln, f. Herren M. 3, f. Damen M. 2,45, Absatzflecke M. 1 u. M. 0,85 pro Paar u. Porto. **Sohlenschoner** a. Kernleder, 50 St. M. 3. Holzpantoffeln ohne Bezugsschein.
Sohlenvertrieb, Hamburg 21, Osterbeckstr. 57, Hintergeb.